Nr. 286. 35. Jahrg.

Bezugspreis:
Vierteljährl. 5,40 Mk., monatl. 1,80 Mk., frei ins Haus, vorauszahlbar. Einzelne Nummern 10 Pfennig. Poſtbezug: Monatlich, vom Poſtſchalter abzuholen 1,80 Mk., vom Briefträger ins Haus gebracht 1,94 Mk. Unter Kreuzband für Deutſchland und Oeſterreich-Ungarn 4,— Mk., für das übrige Ausland 5,50 Mk. monatlich. Verſand ins Feld bei direkter Beſtellung monatl. 2,— Mk. Poſtbeſtellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. Eingetragen in die Poſt-Zeitungs-Preisliſte.
Erſcheint täglich.

Telegramm-Adreſſe:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts
Berliner Volksblatt.
Zentralorgan der ſozialdemokratiſchen Partei Deutſchlands.

10 Pfennig

Anzeigenpreis:
Die ſiebengeſpaltene Kolonelzeile koſtet 80 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das fettgedruckte Wort 30 Pfg. (zuläſſig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 15 Pfg. Stellengeſuche und Schlafſtellenanzeigen das erſte Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Worte über 15 Buchſtaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuſchlag 30%. Familien-Anzeigen, politiſche und gewerkſchaftliche Vereins-Anzeigen 70 Pfg. die Zeile. Anzeigen für die nächſte Nummer müſſen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeſchäft Berlin SW. 68, Lindenſtraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 8 Uhr früh bis 7 Uhr abends.

Redaktion: SW. 68, Lindenſtraße 3.
Fernſprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Donnerstag, den 17. Oktober 1918.

Expedition: SW. 68, Lindenſtraße 3.
Fernſprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Fortdauer der Rückzugsſchlacht.

Wilſons neue Antwort und England.

Miniſterrat in London.

London, 15. Oktober. Das Reuterſche Bureau erklärt, daß der ausführliche Text der Antwort Wilſons an Deutſchland, wie er von Reuter aus Amerika übermittelt wurde, früh in den Händen der Mitglieder der Regierung war, die über ihn in einer miniſteriellen Beratung, die bis nach 11 Uhr abgehalten wurde, verhandelten. Für den Augenblick iſt keine motivierte Erklärung möglich. Aber es ſcheint, daß die Antwort des Präſidenten faktiſch die Anſichten der anderen aſſoziierten Regierungen widergibt. Die Bezugnahme des Präſidenten auf Oeſterreich-Ungarn wird als ein bezeichnender Teil der amerikaniſchen Antwort betrachtet. Die Bemerkungen des Präſidenten über die verantwortlichen Männer in Deutſchland werden als ein deutlicher Wink an das deutſche Volk aufgefaßt, was man von ihm verlangt.

Amſterdam, 16. Oktober. Wie „Algemeen Handelsblad“ aus London erfährt, kann bereits jetzt geſagt werden, daß die Antwort des Präſidenten Wilſon der allgemeinen Erwartung der engliſchen Preſſe entſpricht und der Ausdruck der vorherrſchenden Meinung aller Stände in Großbritannien und Amerika iſt.

•

London, 15. Oktober. (Reuter.) **Unterhaus.** Das Haus iſt nach den Ferien wieder zuſammengetreten. Der Beſuch war gut und es herrſchte allgemein eine frohe Stimmung. Es wurden viele Fragen über die ſchlechte Behandlung britiſcher Kriegsgefangener durch die Deutſchen und über Vergeltungsmaßregeln geſtellt. Cave erklärte, was die Türkei betreffe, ſo ſei die bedingungsloſe Auslieferung der britiſchen Kriegsgefangenen die Vorausſetzung für jeden Waffenſtillſtand. Was die Mittelmächte betreffe, ſo ſei es nicht erwünſcht, die Bedingungen, unter denen allein einem Waffenſtillſtand zugeſtimmt werden könnte, einzeln zur Sprache zu bringen. Man habe die Angelegenheit beſtändig im Auge gehabt und werde es auch in Zukunft tun. Bonar Law ſagte in Beantwortung anderer Fragen, es ſei nicht erwünſcht, im jetzigen Augenblicke irgend eine Erklärung über die militäriſchen Operationen oder über Friedensmitteilungen abzugeben.

Amſterdam, 16. Oktober. „Handelsblad“ erfährt aus London: Die Pazifiſten ſind von Wilſons Erklärung ebenfalls ganz befriedigt und erklären, nicht in der Stimmung zu ſein, eine Debatte im Hauſe zu eröffnen. In dieſem Falle wird die Regierung keine offizielle Erklärung abgeben.

London, 15. Oktober. (Reuter.) In Mancheſter ſagte Churchill:

Wilſons feſte und kraftvolle Antwort an Deutſchland wird in den alliierten Ländern einmütige herzliche Zuſtimmung finden. Ihr erſter und wichtigſter Punkt iſt, daß der Feind uns angemeſſene Sicherheiten und Garantien geben muß, bevor wir uns darauf einlaſſen, den Druck unſerer ſiegreichen Armeen einzuſtellen. Wir müſſen unbedingt wirkſame Garantien haben, die den Deutſchen eine Wiederaufnahme des Kampfes unmöglich machen. Ueber die Frage der Garantien, die vor Bewilligung des Waffenſtillſtandes zu leiſten ſind, muß an erſter Stelle Foch zu Rate gezogen werden. Wir müſſen **auch Garantien für die See** haben und hierüber wäre das Urteil der britiſchen Admiralität einzuholen. Ein weiterer Punkt iſt der, daß die Deutſchen aufhören müſſen, Grauſamkeiten zu begehen, bevor wir mit ihnen verhandeln können. Wir haben nicht den Wunſch, Deutſchland zu vernichten, aber die Deutſchen müſſen ihren Traum einer Weltherrſchaft aufgeben. Es iſt möglich, daß wir noch einen ſchweren monatelangen Kampf vor uns haben, der rieſige Mengen von Blut und Geld koſtet. Sollte dies der Fall ſein, ſei es beſſer, der Konflikt wird jetzt ausgetragen, als daß wir einen Kompromiß annehmen oder uns um die Früchte unſerer Anſtrengungen brächten.

Anmerkung des WTB: **Präſident Wilſon ſpricht in erſter Linie von den militäriſchen Ratgebern der Vereinigten Staaten.**

Rotterdam, 16. Oktober. „Nieuwe Courant“ ſchreibt: Die neuen Forderungen von Wilſon ſind keine Antwort auf das deutſche Erſuchen. Es ſind neue Bedingungen, von denen nicht geſagt wird, daß ihnen nicht andere folgen werden. Dieſe Forderungen gleichen viel mehr dem Verlangen nach völliger Kapitulation als die anderen. Aber vielleicht ſind ſie doch ſoweit davon entfernt, als ſich mit den Wünſchen von Wilſons Bundesgenoſſen noch gerade vereinigen ließ.

Luxemburg will geräumt werden.

Baſel, 16. Oktober. Die neue Korreſpondenz meldet aus Luxemburg: Die luxemburgiſche Abgeordnetenkammer und die Regierung haben beim Präſidenten Wilſon das Erſuchen geſtellt, zugunſten Luxemburgs einzuſchreiten und die Räumung ſeines Gebiets durch die deutſchen Truppen zu fordern.

Schwere Kämpfe um Torhout — Feindlicher Vorſtoß über die Bahn Iſegem-Kortrik — Kämpfe vor den neuen Stellungen nördlich von [illegible] und im Maasgebiet.

Berlin, 16. Oktober 1918, abends. Amtlich.

Nordöſtlich von Roeſelare, am Selle-Abſchnitt bei Hauſſy, zwiſchen Aire und Maas und auf dem Oſtufer der Maas ſind feindliche Angriffe geſcheitert. Die von franzöſiſchen Flüchtlingen angefüllte Stadt Denain liegt unter dauerndem Feuer ſchwerer engliſcher Artillerie. Der Feind beſchoß geſtern die von uns während des Krieges ſorgſam verſchonte Wallfahrtsſtätte von Lieſſe.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 16. Oktober 1918.

Weſtlicher Kriegsſchauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern ſetzte der Feind ſeine Angriffe fort. Ihr Hauptſtoß richtete ſich auf Torhout und gegen die Bahn Iſegem—Kortrik. Auch gegen die übrige Kampffront führte der Feind vielfach durch Panzerwagen unterſtützte heftige Angriffe. An einzelnen Stellen haben unſere Truppen ihre Linien behauptet; an anderen Stellen wichen ſie kämpfend aus und wehrten den Feind an rückwärtigen Stützpunkten vielfach durch Gegenſtöße ab. Auf dem nördlichen Angriffsflügel blieb Torhout in unſerer Hand. Verſuche des Feindes, zwiſchen Werken und Torhout in nördlicher Richtung vorzuſtoßen, wurden in erſter Linie durch Truppen der 38. Landwehr-Diviſion verhindert. Südlich von Torhout haben wir die Linie Lichtervelde—Iſegem gehalten. Südlich von Iſegem gelang es dem Gegner über die Bahn Iſegem—Kortrik hinaus vorzudringen; öſtlich der Bahn brachten wir ihn zum Stehen. Weſtlich und ſüdweſtlich von Lille ſetzten wir unſere Linien etwas vom Feinde ab.

Heeresgruppe Deutſcher Kronprinz.

Zwiſchen Bohain und der Oiſe griff der Feind erneut nach ſtarker Artilleriewirkung an. Nördlich der Straße Bohain—Riſonville hielten wir ihn durch unſer Feuer nieder. Riſonville wurde nach heftigem Kampf gegen den beiderſeits des Ortes und gegen den Ort ſelbſt mit ſtarken Kräften mehrfach anſtürmenden Gegner gehalten. Auch der nördlich der Oiſe vorbrechende feindliche Angriff ſcheiterte vor unſeren Linien. Die ſeit Wochen faſt ununterbrochen im Kampf ſtehende 6. bayeriſche Infanterie-Diviſion zeichnete ſich wiederum beſonders aus. Kämpfe vor unſeren neuen Stellungen nördlich und nordöſtlich von Laon und weſtlich der Aisne, in denen wir dem Gegner vielfach ſchwere Verluſte zufügten. Der Feind ſteht hier ſüdlich der Serre und etwa in Linie Lieſſe—Siſſone—Le Thour—St. Germainmont. — An der Aisnefront Erkundungsgefechte. Der zwiſchen Olizy und Grandpré auf Mouron entlang der Aisne vorſpringende kleine Stellungsbogen wurde geräumt. Die dort kämpfende Truppe hat den Feind auch geſtern wieder zu mehrfachen für ihn verluſtreichen Angriffen veranlaßt und damit den mit dem vorübergehenden Halten des Bogens beabſichtigten Zweck voll erreicht.

Heeresgruppe Gallwitz.

Zwiſchen den Argonnen und der Maas ſind erneute heftige Angriffe der Amerikaner in unſerem Feuer und an unſeren Gegenſtößen geſcheitert. Der Feind hat auch geſtern trotz Einſatz weit überlegener Kräfte, ſtarker Artillerie und trotz Unterſtützung durch Panzerwagen nur wenig Gelände gewonnen. Nördlich von Juvin, am Walde von Bantheville und nordöſtlich von Cunel fanden die Kämpfe bei Einbruch der Dunkelheit ihren Abſchluß. Auf dem öſtlichen Maasufer zerſplitterten ſich die zwiſchen der Maas und nordweſtlich von Beaumont gerichteten Angriffe in dem unüberſichtlichen Waldgelände in ſehr heftige Teilkämpfe, die zu unſeren Gunſten endeten. Der Amerikaner erlitt auch geſtern wiederum außerordentlich ſchwere Verluſte.

Der Erſte Generalquartiermeiſter.
Ludendorff.

Der öſterreichiſche Bericht.

Wien, 16. Oktober. Amtlich wird verlautbart:

Auf dem Saſſo Roſſo vereitelten unſere Sicherungstruppen einen italieniſchen Vorſtoß.

In Serbien und in Albanien vollziehen ſich unſere Bewegungen und Maßnahmen ohne Einwirkung des Gegners.

Der Chef des Generalſtabes.

Sowjetnote an die Ukraine.

Kiew, 15. Oktober. Zeitungsmeldungen zufolge überreichte der Vorſitzende der ruſſiſchen Friedensdelegation, Manuilſki, der ukrainiſchen Regierung eine Note der ruſſiſchen Sowjetregierung mit der Forderung der Beſtrafung aller an den letzten Verhaftungen und Hausſuchungen bei den Vertretern der ruſſiſchen Regierung beteiligten Perſonen.

Regierung Haaſe-Ledebour?

In einigen Fabriken Groß-Berlins ſprechen manche Leute von einer Regierung Haaſe-Ledebour als von einem kommenden Ereignis. Haaſe-Ledebour iſt für ſie ungefähr die deutſche Ueberſetzung von Trotzki-Lenin. Die Regierung Haaſe-Ledebour ſoll die Diktatur des Proletariats verkörpern, die auf die Herrſchaft der Arbeiterräte gegründet ſein ſoll.

Daß dieſe Ueberſetzung aus dem Ruſſiſchen **nicht ganz** richtig iſt, ſei nur nebenbei erwähnt. Haaſe-Ledebour gehören zu einer ganz anderen Richtung als Trotzki-Lenin. In einem Flugblatt der neuen Kommuniſtenſekte, die ſich durch den Zuſammenſchluß zweier anderer kleiner Gruppen gebildet hat, laſen wir neulich, die Unabhängigen unterſchieden ſich von den Sozialdemokraten durch nichts als durch ein gleißendes Phraſenmäntelchen. Das iſt, wie zahlreiche Flugſchriften bezeugen, die Auffaſſung aller (aber dieſe „alle“ ſind nur recht wenige), denen es mit der Ueberſetzung aus dem Ruſſiſchen ernſt iſt. Und die Unabhängigen ſind ja in der Tat durchaus keine Bolſchewiki.

Aber davon abgeſehen, wäre eine Regierung Haaſe-Ledebour für uns eine ſehr diskutable Sache. Mit Freuden würden unſere Genoſſen heute aus den Aemtern gehen, und die anderen Miniſter, ſofern ſie vernünftig ſind, würden ihnen mit Freuden folgen, wenn Haaſe und Ledebour ihnen die furchtbare Laſt der Verantwortung abnehmen wollten. Die Aufgabe der neuen aus den Unabhängigen gebildeten Regierung wäre dann, einen erträglichen Frieden zu ſchließen, die Volksernährung ſicherzuſtellen und unſere Kriegswirtſchaft in den Friedenszuſtand überzuleiten.

Es iſt ſelbſtverſtändlich, daß eine aus Unabhängigen gebildete Regierung auf jedes Zuſammenarbeiten mit den bürgerlichen Parteien — höchſt wahrſcheinlich auch mit uns „Regierungsſozialiſten“ — verzichten würde. Sie ſoll ja eine reine Proletarierregierung ſein und binnen allerkürzeſter Zeit — nicht wie die „Regierungsſozialiſten“ beabſichtigen, Schritt für Schritt — die ſozialiſtiſche Geſellſchaftsordnung in Deutſchland einführen.

Wer den Mut hat, dieſe Aufgabe zu übernehmen, und wer glaubt, mit ihrer ſchnellſten Löſung das Glück des Volkes fördern zu können, der trete vor!

Es wird ſich aber keiner melden! Denn jeder marxiſtiſch geſchulte Sozialiſt, der nicht nur Ziele vor ſeinen Augen ſieht, ſondern auch mit den Verhältniſſen rechnet, unter denen dieſe Ziele erreicht werden ſollen, weiß, daß ein derartiges Unternehmen von vornherein dazu beſtimmt iſt, Schiffbruch zu erleiden und den Sozialismus zu kompromittieren.

Die erſte Vorausſetzung für die Umgeſtaltung der kapitaliſtiſchen Geſellſchaft iſt der Frieden. Dieſen zu erreichen, iſt die neue Regierung Deutſchlands nach Kräften bemüht. Die Schwierigkeiten kennt jedermann. Wer beſſere Mittel weiß, ſie zu überwinden, als die bisher verſuchten, der nehme das Wort!

Die zweite Vorausſetzung iſt die Uebereinſtimmung des Volkes mit den Zielen und den Methoden der ſozialiſtiſchen Regierung. Ein Sozialismus, der nicht aus dem Leibe der Demokratie gewachſen iſt, bleibt eine lebensunfähige Mißgeburt. „Was will das Volk?“ Das muß für uns Sozialdemokraten die erſte Frage ſein. Die Antwort kann nur lauten: „Das Volk wünſcht ganz offenbar den Fortſchritt zur Demokratie, es iſt wahrſcheinlich auch für weitgehende Reformen im Sinne des Sozialismus zu haben, aber die Politik der Unabhängigen lehnt es ab.“ Siehe die vorgeſtrige Wahl in Berlin I, ſiehe Niederbarnim, Zwickau, Spandau-Oſthavelland uſw.

Eine Regierung Haaſe-Ledebour könnte ſich nicht auf den Volkswillen, ſondern nur auf die Diktatur ſtützen. Das erſte, was ſie zu tun hätte, wäre, den Belagerungszuſtand, der jetzt abgebaut wird, wieder einzuführen, die Preß- und Verſammlungsfreiheit, die jetzt wieder eingeführt werden ſoll, wieder abzuſchaffen. Denn, wer nicht das Volk hinter ſich hat, kann ſich nur durch Gewalt halten, mag er ein Alldeutſcher oder ein Unabhängiger ſein.

Welche Mittel hätte die reinproletariſche Diktaturregierung an der Hand, um die Volksernährung ſicherzuſtellen? Zur Sicherſtellung der Volksernährung gehört eine willig produzierende Bevölkerung auf dem Lande und ein williger Verwaltungsapparat. Wie will man das beſchaffen? Um nur von dem Verwaltungsapparat zu ſprechen, ſo gehören dazu Zehntauſende erfahrene und geſchulte Leute — wo ſollen die mit einem Male hergenommen werden? Fehlen ſie und fehlen die Mittel, die Abneigung der Landwirte gegen die Produktion unter den neuen Bedingungen zu brechen, können die Schwierigkeiten des Güterverkehrs nicht glatt überwunden werden, ſo wird die „Herrſchaft des proletariſchen Sozialismus“ für die Maſſen der Arbeiterklaſſe mit einer Hungerperiode beginnen, wie ſie auch während des Krieges noch nicht erlebt worden iſt.

Und die Umwandlung der kapitaliſtiſchen Wirtſchaftsordnung in die ſozialiſtiſche — wie ſtellt man ſich die vor? Kann irgendein vernünftiger Menſch glauben, eine ſolche Entwicklung laſſe ſich über das Knie brechen, und der Sozialismus ſei ſchon da, wenn man ihn bloß proklamiert? Sozialiſierung iſt Organiſierung, iſt ruhig-planmäßige, alle Wirkungen vorausberechnende Verwaltungsarbeit! Mit Gewalt iſt das nicht zu erreichen. Mit Gewalt kann man Gewalt niederſchlagen, Hinderniſſe aus dem Weg räumen, niederreißen. Aufbauen kann man nur mit Plan und Ueberlegung.

Wer da glaubt, dem tauſendfach verwickelten Geäder der Wirtſchaftsordnung mit bloßer Gewalt beikommen zu können, der gleicht dem Manne, der ſich mit Hammer und Säge naht, um eine Taſchenuhr zu reparieren.

Was ſoll durch Gewalt erreicht werden? Mit Gewalt kann man die Staatsform ändern, die Demokratie erreichen oder — zerſtören. Würde Gewaltanwendung jetzt Förderung oder Zerſtörung der Demokratie bedeuten? Die Unentwegten geben ruhig zu: die Zerſtörung, wenigſtens für die „Uebergangsperiode". Mit dem alten Programm der Sozialdemokratie, zu dem wir uns bekennen und zu dem ſich auch die Unabhängigen bekennen — wie ſie behaupten, nur noch grundſatzfeſter als wir — läßt ſich ein ſolches Vorhaben nicht vereinbaren. Wer die Demokratie, das Recht des Volkes, über ſich ſelber zu beſtimmen, verneint, hat auf den Namen eines Sozialdemokraten keinen Anſpruch.

Würden Haaſe und Ledebour nach den Plänen jener Wirrköpfe zur Regierung gelangen, ſo geſchähe das gegen ihre eigenen Grundſätze. Und da die Unentwegteſten der Unentwegten in jenen beiden Männern ja längſt „Sozialverräter" erblicken, würde die Entwicklung ſehr ſchnell auch über ſie hinweggehen. Wohin?

Den Phantaſten, die von einer reinen Proletarierregierung Haaſe-Ledebour reden, oder die gar ſchon in ihren Gedanken eine noch weiter links ſtehende Regierung gebildet haben, ſchwebt das ruſſiſche Vorbild vor, das ſie nicht kennen. Kennten ſie es, ſo würden wahrſcheinlich auch ſie nicht glauben, auf dieſem Weg etwas für das zukünftige Glück des Volkes erreichen zu können. Der Bolſchewismus hat bisher das ruſſiſche Volk nicht glücklich gemacht, leider! Ob er je dazu kommen wird, iſt noch ſehr die Frage! Man ſollte verſtändigerweiſe erſt die weiteren Erfolge abwarten.

Wir Sozialdemokraten wollen zunächſt den Frieden und die Volksregierung. Dann wollen wir alle ſozialiſtiſchen Reformen einführen, zu denen wir die Zuſtimmung des Volkes gewonnen haben. Bewähren ſie ſich, ſo wird uns das Vertrauen des Volkes raſch höher und höher tragen, bis wir das ganze Werk des Sozialismus vollenden können. Es gibt keinen denkenden Sozialiſten, der ſich die Sache anders vorſtellen kann, und wir glauben, daß Haaſe und Ledebour — Bernſtein nicht zu vergeſſen! — derſelben Meinung ſind. Wenn nicht, mögen ſie es ſagen!

Wir wollen arbeiten! Zu Kindereien iſt keine Zeit!

Jeder ſeiner Verantwortung bewußte Sozialdemokrat muß die Arbeiter davor warnen, den unſinnigen Ratſchlägen Unverantwortlicher zu folgen. Wir appellieren an die Einſicht und an das Gewiſſen der Genoſſen, die in Jahrzehnten des Klaſſenkampfes geſchult ſind. Törichte Streiche machen wir nicht mit!

Die Note Wilſons und Frankreich.

Der Eindruck in der Kammer.

Amſterdam, 16. Oktober. Nach Meldungen aus Paris wurde Wilſons Antwort in der Pariſer Kammer vor Beginn der Sitzung bekannt. Sie rief das größte Intereſſe hervor. Die ſozialiſtiſchen Abgeordneten machen einigen Pariſer Blättern zum Vorwurf, daß ſie zu große Forderungen ſtellten. Sie raten ihnen, die pazifiſtiſche Strömung in Deutſchland nicht zu ſtören. Der Sozialiſtenführer Sembat erklärte, daß Wilſon fortfahren werde, wie er begonnen habe und ſtreng mit ſeinem Gewiſſen zu Rate gehen würde. Deshalb, ſo ſagt Sembat, ſind wir beruhigt. Wilſon befindet ſich in Uebereinſtimmung mit gewiſſen Politikern. Der radikale Führer und ehemalige Miniſter Steeg will zuerſt die deutſchen Gegenvorſchläge abwarten. „Laßt uns nicht vergeſſen," ſchreibt er, „daß für unſere Feinde ausſchließlich die Notwehr gilt. Mit dieſem Standpunkte begann er den Krieg und damit wird er ihn beendigen." Der „Temps" ſchreibt: Nun ſtehen wir in Erwartung der Antwort des deutſchen Volkes, das ſelbſt für den Frieden wirken muß; wenn dies nicht geſchieht, dann wird der Friede nur durch unſere Waffen kommen.

Genf, 16. Oktober. Der „Populaire" brandmarkt die Hetzkampagne der geſamten franzöſiſchen Preſſe gegen einen Waffenſtillſtand und gegen den Frieden. Die Preſſe verlangt von den Deutſchen Unmögliches, darunter die Beſetzung deutſchen Gebietes, und es ſei zu hoffen, daß Wilſon dieſem chauviniſtiſchen Druck genügend Widerſtand leiſten werde. „Oeuvre" hält es für richtig, die Verhandlungen zu verſchleppen, bis die Ententeheere am Rhein ſtünden.

Neue Mehrheit und neue Minderheit in der franzöſiſchen Sozialiſtenpartei.

Die Reden auf dem Kongreßbankett.

Bern, 15. Oktober. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts".) Renaudel erklärt in der „Humanité", daß der Kampf in der Partei nicht etwa beendet ſei. Die neue Mehrheit wies die angebotene Einigkeit zurück; die neue Minderheit wird ihre Mitarbeit in der „Humanité" nicht verſagen. Renaudel beſchuldigt die Anhänger Longuets und die Kienthaler, daß ſie, um der politiſchen Verantwortung auszuweichen, den mehr rechts ſtehenden Cachin als Leiter der „Humanité" vorgezogen hätten. Nur um dieſes Trugbild einer Parteieinheit hintanzuhalten, habe er die Gegenkandidatur angenommen, aber er ſei entſchloſſen geweſen, falls er durchdringe, zugunſten Cachins zu verzichten.

Der Verſuch Renaudels, die geiſtige Solidarität Cachins mit der neuen Mehrheit als fraglich hinzuſtellen, wird durch die Rede Cachins auf dem Kongreßbankett widerlegt. Cachin ſagte dort: Nie war ein Einvernehmen echter, als zwiſchen der neuen Mehrheit und mir. Unſer Programm iſt die Reſolution des Parteitages, aber wir verſperren niemandem die Tür. Dem Bankett wohnte nur die neue Mehrheit und Auslandsgäſte bei. Longuet grüßte die Sozialiſten in den Gefängniſſen des Auslandes: Lazzari, Serrati, Debs, Liebknecht, Zetkin, Adler und die ruſſiſchen Revolutionäre.

Die Verſammlung brachte Hochrufe auf die Sowjetrepublik aus. Jowett griff die Nationaliſten an, für die die Alliierten Engel, die Zentralſtaatler Teufel ſeien. Auf beiden Seiten müſſe man die Völker von den Regierungen unterſcheiden. Morgari ſagte: Man will das Trentino und Trieſt befreien. Ich weiß nicht, ob die Bewohner nachher glücklicher ſein werden. Aber muß man, um 600 000 Italiener zu befreien, Millionen töten? Merrheim erklärte, die Parteieinheit ſei notwendig, da ſonſt die Einheit der Konföderation der Arbeit gefährdet ſei. Der Grieche Petridis ſagte: Das Beiſpiel Cyperns zeigt die Dehnbarkeit des Nationalitätsgefühls. Das „Journal du Peuple" ſchreibt: Das Bankett war ein gutes Vorzeichen der großen Kundgebungen, welche ſchon vorbereitet ſind, und womit wir in den Maſſen die Luſt zur ſozialiſtiſchen Aktion erwecken wollen.

Arbeiterpartei und Gewerkſchaften Englands zum deutſchen Friedensangebot.

Die Forderung offizieller Arbeitervertretungen auf der Friedenskonferenz.

Das am 9. Oktober zur Friedensfrage von der britiſchen Arbeiterſchaft ausgegebene Manifeſt, deſſen Inhalt unſer Berner Korreſpondent bereits mitteilte, lautet:

Die gemeinſame Verſammlung des parlamentariſchen Ausſchuſſes des Gewerkſchaftskongreſſes und der nationalen Exekutive der Arbeiterpartei iſt der Anſicht, daß das neue Friedensangebot der Regierungen der Zentralmächte eine Lage voller Möglichkeiten ſchafft, welche die Alliierten, ihre Völker und die Regierungen, nicht ignorieren können. Der deutſche Vorſchlag wird von einer Regierung gemacht, welche die Vertreter der Mehrheitsparteien des Reichstages einſchließt. Wir ſind daher der Meinung, daß das Angebot einen Anſpruch auf vernünftige Erwägung hat. Wir erkennen offen an, daß eine weitere Klarſtellung dieſer Vorſchläge abſolut notwendig iſt, ehe die militäriſchen Anſtrengungen der Alliierten angehalten werden können. Als unumgängliche Vorbedingung müſſen die Zentralmächte ihre Heere von allen beſetzten Gebieten zurückziehen und eine öffentliche unzweideutige Erklärung ihrer Bereitwilligkeit abgeben, die von Wilſon formulierten Grundſätze ehrlich und rückhaltlos auf jede in der ſchließlichen Auseinanderſetzung zu regelnde Frage anzuwenden. Nur durch ſolche vorhergehende Maßnahmen und wenn dieſe Prinzipien gemäß den Worten Wilſons auf die poſitiven Einzelheiten, welche jede ſchließliche Auseinanderſetzung ausmachen müſſen, angewandt werden, können wir ihrem Friedenswillen vertrauen und die notwendigen Bürgſchaften dafür verlangen, daß jede bei der Friedenskonferenz aufkommende Frage der Gerechtigkeit und des internationalen Rechts nicht als Gegenſtand des Schachers und des Kompromiſſes zwiſchen einzelnen Nationen erörtert wird.

Gleichzeitig erſuchen wir die alliierten Regierungen, öffentlich gemeinſam zu erklären, daß die unbedingte Annahme der Bedingungen Wilſons einſchließlich des Völkerbundes den Anfang der amtlichen Verhandlungen für den allgemeinen Frieden ſein werde. Wir würden ſo eine gemeinſame Definition des Zieles und eine Uebereinſtimmung betreffs der Grundlage des Friedens haben, welche eine erfolgreiche Erörterung möglich machen würden. Mit dem Präſidenten der Vereinigten Staaten ſind wir der Meinung, daß eine ſolche Definition und Uebereinſtimmung die weſentliche Vorbedingung zwiſchen den kriegführenden Regierungen bildet. Wir teilen ſeine Anſicht, daß die **Methode für die Herbeiführung des Friedens nicht die des Wiener Kongreſſes** ſein kann, wo die Diplomaten heimlich die verſchiedenen Länder zurechtſtutzten, ohne ſich um die Wünſche der Landesbewohner, noch um den Willen der Nationen, für die ſie zu handeln vorgaben, zu bekümmern. Das Volk hat ſchmerzliche Leiden erduldet und ſchwere Bürden getragen in der Hoffnung, daß die Menſchheit ſchließlich aus der Auseinanderſetzung einen bleibenden Frieden in Sicherheit bringen wird. Wir glauben, daß innerhalb des Rahmens des Kriegszielmanifeſtes der organiſierten Arbeiter der alliierten Nationen, ſowie des Programmes des Präſidenten Wilſon ein ſolcher Friede auf der Grundlage des Selbſtbeſtimmungsrechtes der Völker errichtet werden kann. Dieſes Prinzip muß die Erörterung einer jeden vor die Friedenskonferenz kommenden Frage territorialen und politiſchen Charakters leiten. Seine Nichtbeachtung kann nur zu einem prinzipienloſen Kompromiß führen. Unſere Generation hat den ſchweren Preis dafür bezahlt, daß dieſes Prinzip in den Friedensſchlüſſen nach früheren Kriegen verletzt und ignoriert wurde. Der gegenwärtige Weltkrieg iſt hauptſächlich aus einer derartigen Verletzung des Rechtes der kleinen Nationen ſowie ſolcher Nationalitäten entſtanden, denen bisher der Zuſammenhalt und die Kraft fehlt, ihren Anſpruch, unter Regierungsformen eigener Wahl zu leben, geltend zu machen.

Als Vertreter der organiſierten Arbeiterſchaft fordern wir die Regierung auf, dieſen neuen Weg zum Frieden einzig in dem Beſtreben zu ſuchen, um feſtzuſtellen, ob er zu einer internationalen Ordnung und zum allgemeinen Frieden führt, die zu genießen und ſchützen wir alle uns vereinigen können. Die Aufmerkſamkeit der Regierung wird auf das Erſuchen der interalliierten Konferenz vom September gelenkt, welches das auf der interalliierten Konferenz vom Februar geſtellte Erſuchen wiederholte, nämlich, erſtens, daß der amtlichen Delegation **zur Friedenskonferenz ein direkter offizieller Vertreter der organiſierten Arbeiter** beigegeben werde, und zweitens, daß eine **repräſentative internationale Konferenz von Arbeiter- und Sozialiſtenorganiſationen** am gleichen Platze zur gleichen Zeit wie die Friedenskonferenz abgehalten werde, wobei jede Nation auf vier Delegierte beſchränkt ſein ſoll. Das geſamte Komitee betont, daß dieſe zwei Erſuchen nicht alternativ geſtellt werden, und daß die Teilnahme der Arbeiter an der amtlichen Delegation ohne Abhaltung der erbetenen internationalen Konferenz von geringer Bedeutung ſein würde, namentlich wegen der gewichtigen Notwendigkeit der Herbeiführung eines internationalen Abkommens zur Durchführung geſetzlicher Maßnahmen in allen Ländern in bezug auf Fabrikzuſtände, auf den Achtſtundentag, auf die Verhinderung geſundheitsſchädlicher Beſchäftigung, auf den Schutz der Arbeiter gegen Ausbeutung und Bedrückung und auf die Verhinderung von Nachtarbeit für Frauen und Kinder.

Die Arbeiterpartei und der Frieden.

Der einflußreiche Sekretär der Keſſelſchmiede und Schiffsbauer John Hill ſandte an die Mitglieder und den parlamentariſchen Ausſchuß des Gewerkſchaftskongreſſes folgenden Entwurf einer Entſchließung:

„Wir begrüßen die Antwort auf unſeren Aufruf an Deutſchland, eine demokratiſche Regierung zu errichten; wir freuen uns über die Bildung einer deutſchen Regierung, die hauptſächlich aus Vertretern des Volkes und der Arbeiter zuſammengeſetzt iſt; ebenſo über die Annahme der vierzehn Punkte Wilſons und deſſen ſpäterer Bedingungen als Grundlage der Unterhandlungen. Und da unſer Miniſterpräſident Lloyd George erklärt hat, daß Deutſchland ſchon morgen den Frieden mit England und Frankreich haben könnte, wenn es die Bedingungen Wilſons annähme, ſo fordern wir die Verbündeten Regierungen auf, die Note des deutſchen Reichskanzlers gebührend zu beachten und die gegenwärtige Lage genau auszuforſchen, um zu erfahren, ob ein frühzeitiger, ehrenvoller und dauernder Friede möglich iſt."

Die Entſchließung ſoll in einer gemeinſamen Sitzung der Arbeiterpartei und der Gewerkſchaften zur Beratung gelangen.

England und Italien.

Bern, 16. Oktober. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts".) Der „Corriere" veröffentlicht das Interview einer Miſſion der Irredentiſten, die nach Paris und London reiſte. Geſpräche mit einer hervorragenden Perſönlichkeit des engliſchen Miniſteriums und mit autoritativen Vertretern der öffentlichen Meinung zeigten, daß die Regierung und das engliſche Volk diplomatiſche Verträge der Alliierten mit Italien heilig halten wird. Die Miſſion ſagt: In einigen Kreiſen gelang uns die Beſeitigung des gefährlichen Mißverſtändniſſes, als ob das Abkommen in Rom den Londoner Vertrag in bezug auf die territorialen Grenzen aufgehoben hätte. Eine höchſt kompetente verantwortliche engliſche Perſönlichkeit wies bei Andeutung des geſchichtlichen Anſpruchs Italiens auf das Vorrecht an der Oſtküſte der Adria ſpontan auf die unzureichende jetzige Seegrenze und die Notwendigkeit einer dortigen Verteidigungsbaſis für Italien hin. Wir verließen London ſehr beruhigt, aber der dringenden Notwendigkeit bewußt, dort dauernd Fühlung zu behalten. In Paris ſagte uns Clemenceau wörtlich: „Ihre Sache iſt unſere Sache."

Oeſterreich noch Bundesſtaat?

Die Ereigniſſe vollziehen ſich in Oeſterreich mit einer ſo lawinenartigen Wucht und Schnelligkeit, daß man ſich billig fragen darf, ob das Habsburgerreich auch nur als Bundesſtaat weiter beſtehen wird. Doch darf die Hoffnung nicht ſchwinden, daß die wirtſchaftlichen und politiſchen Notwendigkeiten über die Sturmrufe der jetzt triumphierenden nationalen Radikalinskis ſiegen und zu einem Zuſammenſchluß auf neuer und geſünderer Grundlage drängen werden.

Im Ausſchuſſe der ungariſchen Delegation für auswärtige Angelegenheiten gab der Führer der ungariſchen Unabhängigkeitspartei Graf Michael Karolyi die angekündigte Unabhängigkeitserklärung ab und unterſtrich ihre Bedeutung mit dem Auszug aus der Delegation:

„Ich bin gekommen, Cäſar zu begraben, nicht ihn zu feiern. Ich mißachte die Delegation und betrachte ſie nur als Podium, das mir Gelegenheit bietet, gegen die gemeinſame öſterreichiſch-ungariſche Regierung vor ganz Europa Anklage zu erheben. Die Fehler, die die gemeinſame Regierung und die Delegation begangen haben, ſind unverzeihlich. Graf Czernin und Graf Burian, der im Weltkrieg zweimal Miniſter war, haben abſichtlich die Delegation nicht zuſammenberufen, um nicht vor dem Richterſtuhl erſcheinen zu müſſen. Die Tatſache, daß Graf Burian ſie jetzt zuſammenberuft, iſt eine Verſpottung des ungariſchen Volkes. Graf Burian hätte die heutigen Einladungen mit einem Trauerrand abſenden müſſen. Die Achtundvierziger (Unabhängigkeits-) Partei iſt ſeit jeher mit all ihrer ganzen Kraft gegen dieſes unmögliche Inſtrument, die Delegation, aufgetreten. Ich klage das gemeinſame Miniſterium und die Delegationen an, daß ſie allein den Zuſammenbruch der Monarchie verurſachten, und ſo Ungarn in dieſe traurige Lage verſetzt haben, in der es heute ſich befindet. Die gemeinſame Regierung hat ſich niemals um die Stimmung im Volke gekümmert, ſondern auch in der ernſten Zeit immer kleinliche Intrigen betrieben."

Das Beiſpiel des Grafen Karolyi dürfte, wenn auch vielleicht in anderen Formen, Nachahmung finden und die vollſtändige Trennung Ungarns von Oeſterreich einleiten. Die Bildung eines neuen ungariſchen Kabinetts iſt mißlungen, die Demiſſion des Miniſteriums Wekerle wurde nicht angenommen.

In Agram ſoll als Gegenſtück zur ungariſchen Unabhängigkeitserklärung die Proklamation eines ſelbſtändigen ſüdſlawiſchen Staates geplant ſein.

Die der öſterreichiſchen Delegation angehörigen polniſchen Abgeordneten haben in der heutigen Sitzung der Delegation folgende Erklärung abgegeben:

„Die polniſchen Mitglieder der Delegation erklären feierlich, daß die Geſamtheit der polniſchen Reichsratsabgeordneten im vollſten Einvernehmen mit der öffentlichen Meinung und mit dem feſten Willen aller Bevölkerungsſchichten im Lande die am 2. Oktober 1918 im Abgeordnetenhauſe durch die polniſchen Parteien abgegebene Erklärung als einzige politiſche Grundlage für die polniſche Nation in der Monarchie, insbeſondere in Galizien, anſehen und ſich von dieſem Augenblick an auch als Zugehörige und Bürger des freien, vereinigten, unabhängigen polniſchen Staates betrachten, wobei ſie ſich ſowohl auf die weltbekannte Erklärung des Präſidenten der Vereinigten Staaten von Amerika ſowie auf die Anerkennung durch die Zentralmächte berufen. Die polniſchen Mitglieder der Delegation fordern die k. u. k. Regierung auf, unverzüglich alle notwendigen Schritte einzuleiten, die zur Verwirklichung der Grundſätze des Präſidenten Wilſon führen und in klarer Weiſe das Recht des polniſchen Volkes zur Teilnahme an dem Friedenskongreß zur Durchführung der ſtaatlichen Angrenzung und Anbahnung der notwendigen wirtſchaftlichen Verträge zwiſchen dem ſouveränen polniſchen Staat und den übrigen Teilen des öſterreichiſch-ungariſchen Staates zur Geltung kommen laſſen."

Aehnlich wie ſich die Polen als unabhängig betrachten und der k. k. öſterreichiſch-ungariſchen Regierung nur die Aufgabe der formellen Liquidation Oeſterreich-Ungarns zuſchieben, erklären ſich die Tſchechen als ſelbſtändig. Sie haben gemeinſam mit den Südſlawen an den Kriegsminiſter und den Miniſter des Aeußeren folgende Anfragen gerichtet:

„1. Iſt die k. u. k. Regierung bereit, endlich einmal den Weg zum Frieden zu öffnen, indem ſie den Vertretern der Nationen, die ſich zu Nationalregierungen konſtituieren wollen, die Herbeiführung und Durchführung von Waffenſtillſtands- und Friedensverhandlungen ermöglicht? 2. Iſt die gemeinſame Regierung bereit, ſofort alle ſüdſlawiſchen Regimenter in die Heimat zu verſetzen?"

Im Heeresausſchuſſe der öſterreichiſchen Delegation verwies der tſchechiſche Delegierte Dr. Koerner darauf, daß der tſchecho-ſlowakiſche Staat nunmehr ins Leben getreten ſei. Die nähere Durchführung des neuen Staates werde den Gegenſtand internationaler Verhandlungen zu bilden haben. Jetzt beſtehe nur ein Uebergangsſtadium bis zur Loslöſung des neuen Staates von der öſterreichiſch-ungariſchen Monarchie. Deshalb nehme Redner an den Verhandlungen nur unter Verwahrung teil, ohne den Fortbeſtand der Verfaſſungsgeſetze vom Jahre 1867 anzuerkennen.

* * *

Wien, 15. Oktober. In der öſterreichiſchen Delegation ſind Anfragen der Tſchechen an den Kriegsminiſter betreffend Entſendung öſterreichiſch-ungariſcher Truppen an die Weſtfront, des Polen Glabinski an die gemeinſame Regierung wegen Errichtung von gemeinſamen polniſch-öſterreichiſch-ungariſchen und polniſch-preußiſchen Liquidationsausſchüſſen und ſchleunige Inangriffnahme weiterer ſich aus der Unabhängigkeitserklärung des geeinigten Polen ergebender Maßnahmen eingebracht worden.

Parlamentariſche Konferenz Huſſareks.

Wien, 16. Oktober. Miniſterpräſident Freiherr von Huſſarek hat für heute abend die Führer ſämtlicher parlamentariſchen Parteien zu einer Konferenz einberufen.

Nr. 286 ◆ 35. Jahrgang
Beilage des Vorwärts
Donnerstag, 17. Oktober 1918

Wohnungsfürſorge und Wohnungspflege

Von H. Thomas-Frankfurt a. M.

Zum erſten Male in der Geſchichte des Wohnungsweſens hat das große Gebiet aller der auf die Wohnungsfragen bezüglichen Stoffe in einem vierzehntägigen feſtumriſſenen Lehrgang eine Beleuchtung erfahren, wie ſie in dieſer Gründlichkeit von Spezialiſten wohl noch nie gegeben worden iſt. Die Zeitumſtände mögen dabei geholfen haben. Die Tage vom 23. September bis 5. Oktober, in denen ſich die politiſche Geſchichte Deutſchlands zu einem neuen Werden anſchickte, warfen ihre Schatten auch in das Wohnungsparlament nach Frankfurt a. M., wo ſich in der Univerſität 200 Vertreter verſammelt hatten.

Die Ausleſe der Teilnehmer geſchah nach deren ſozialer Wirkſamkeit, es waren meiſt Wohnungsinſpektorinnen, Sozialbeamte aller Art, Abgeordnete von Städten, Bildungsausſchüſſe, Armen- und Waiſenpfleger. Der Vortragsſtoff nahm Rückſicht auf alle einſchlägigen Gebiete. Aus dem reichen Material ſeien hier nur einige Stichproben wiedergegeben, die zeigen, mit welcher Weitſicht unterrichtet wurde: Errichtung und Organiſation von Wohnungsämtern, geſetzliche Grundlagen der Wohnungsfürſorge, Wohnungsaufſicht, kommunale Boden- und Siedlungspolitik, Bau- und Wohnungsordnungen, Wohnungsfragen des Mittelſtandes, Fürſorge der Arbeitgeber, die Technik des gemeinnützigen Wohnungsweſens, Fürſorge für ſtudentiſche Wohnungen, Kreditbeſchaffung, Hypothekenämter, Wohnungsnachweis, Wohlfahrtspflege, Wohnungbeſchaffung für Kinderreiche, für Fürſorgeperſonen, Kleingartenbau als Wohnungsergänzung, Reich und Wohnungsfrage, die Wohnung in kultureller Hinſicht, ferner in geſundheitlicher Beziehung, Tuberkuloſe, Möbelverſorgung, Heimſtättenſiedlung, Mietrecht uſw.

Jeder erſieht aus dem reichlichen Stoff, der, wie geſagt, nur eine Ausleſe darſtellt, welche tiefen Fragen erörtert worden ſind; die Auswahl der Redner war dem Ernſt der Aufgabe angepaßt, faſt nur Praktiker, wie Dr. Lindemann, Dr. Luppe, Dr. Quarck, Dr. Polligkeit, Dr. Landmann, Baumeiſter Greſſer, Profeſſoren Bleichner, Cahn, Bittel, Wohnungsinſpektor Gretſchel, Dr. Gut, Baurat Remicke, Aſſeſſor Dr. Maier, Dr. Marr und andere kamen zum Wort. Auch ſonſt waren bekannte Autoritäten herangezogen, wie Direktor Mantel-Leipzig, Architekt Paulſen-Berlin, Dr. Sonnenſchein-München-Gladbach, Vormbrock-Münſter, Dr. Kampffmeyer-Karlsruhe, Dr. Paßmann-Offenbach. Wirklich darf geſagt werden;

Es war Vorſorge getroffen, daß für jedes Gebiet Fachleute die einleitende Vorleſung übernehmen.

Die Leſer des „Vorwärts“ werden nun nicht verlangen können und wollen, über die zehn Tage eine auch nur annähernd auszugsweiſe Wiedergabe des Stoffes zu bekommen, es kann ſich nur darum handeln, in großen Umriſſen das zu ſchildern, was in Frankfurt für die Abgeſandten der deutſchen Städte geboten wurde.

Da ſoll nun an die Spitze geſtellt werden, die Bemerkung, daß die zehntägigen Verhandlungen bewieſen haben, daß die Wohnungsfrage eigentlich die Quelle der ganzen ſozialen Reformen ſein muß. Dem Vortragsſtoff hätte man noch ein Thema anreihen können, wofür ruhig ein Arbeiter als Lehrer genommen werden durfte, wie nämlich die Wohnung gewiſſermaßen entſcheidend iſt auch für die Bildung, Kultur, politiſche Schlagkraft uſw.

Aber abgeſehen davon, genügten auch dieſe Vorträge völlig, den tiefen inneren Zuſammenhang zu zeigen, wie alles, was in geſundheitlicher, volksökonomiſcher, bildenden Hinſicht getan werden kann, nur Wert hat im Zuſammenhang mit der Wohnungsfrage, wobei wir dieſe im weiteſten Sinne aufgefaßt wiſſen wollen.

Vor dem Krieg war hier ein gewiſſer Gleichgewichtszuſtand eingetreten. Vergeſſen wurde die Wichtigkeit der Wohnungsreform zwar nicht, aber es war doch eine Schwerfälligkeit allzu ſehr hinderlich. Das Problem der Wohnungsbeſchaffung für Bedürftige, Kinderreiche blieb ungelöſt, trotzdem eine halbe Milliarde von Sozialverſicherungsanſtalten im Wohnungsbau feſtgelegt ſind; was bedeuten 482 Millionen, wo mindeſtens vier bis fünf Milliarden nötig waren.

Nach dem Kriege wird die Wohnungsnot ſehr drückend wirken. Die Kriegswirtſchaft hat jegliche Initiative bei der privaten Wohnungsherſtellung zerſtört. Wie ſoll das nach dem Kriege werden? Aus dieſem Blick in die Zukunft ergibt ſich die Wichtigkeit zentraler Löſung. Heute fehlen ſchon in Deutſchland 800 000 Wohnungen — kleine Wohnungen werden bei dem Herabſinken des Mittelſtandes in das Proletariat noch viel mehr fehlen. Der Ausweg, mit Dach- und Kellerwohnungen zu helfen, iſt ein Tropfen auf dem heißen Stein, zudem geſundheitlich und erzieheriſch durchaus verwerflich. Barackenbauten ſind weder wirtſchaftlich noch billig.

Es wurde gefordert: Reform der Vorortbahntarife, großzügige Politik des Verkehrsweſens, Verbilligung des Wohnungsbaues, Siedlungsgeſellſchaften, Reform des Enteignungsrechtes, Preisregelung für Bauſtoffe, Organiſation im Einkauf, Kreditbeſchaffung, Mietzinsbindung für Hausbeſitzer im öffentlichen Intereſſe, Revidierung der Bauordnungen, Aenderung der Vorſchriften im Straßenbau, und eine Reihe anderer Maßnahmen. Die Beteiligung der Arbeiterſchaft iſt wichtig. Leider bringen dieſe heute der ganzen Sache lange nicht das Intereſſe entgegen, das erwünſcht ſei. Die Erfahrungen zeigen, daß auch die genoſſenſchaftlichen Beſtrebungen nicht ausreichend unterſtützt werden. In Verbindung mit der Sozialverſicherung müſſe nach einem Vorſchlag von Schmidtmann (Köln) Wohnverſicherung geſchaffen werden; die Anregung wird von Dr. Quarck aufgegriffen, der ſie beſonders im Intereſſe der Bedürftigſten in den ſchlechteſten Räumen verwirklicht ſehen möchte. Eine weitere Forderung iſt Feſtlegung der Mietpreiſe für ältere Wohnungen, überhaupt großzügige Schutzbeſtimmungen für Mieter. Sicherung des Wertzuwachſes für den Gemeindeſäckel, die bisherige Art der Bau- und Umſatzſteuer habe dieſe Sicherung nicht gebracht. Vorſichtige Bodenpolitik der Gemeinden, es dürfe nicht vorkommen, daß der Wettbewerb der Behörden die Bodenpreiſe künſtlich in die Höhe treibe, beim Fallen aber den Steuerzahlern die teuren Objekte bleiben. Ausgleich durch verſtändige Bebauungspläne, wodurch zugunſten des Kleinwohnungsbaues Vorteile auf Koſten von Geſchäfts- oder Villenvierteln errungen werden können, wobei auch gewiſſe Erleichterungen für Straßen-, Kanal-, Licht- und Waſſerbaukoſten erwogen werden können.

Die Aufgaben, die das Reich zu leiſten hat, ergeben ſich aus dem Verſagen kommunaler Arbeit auf dieſem Gebiet. Auch die Einzelſtaaten verſagen, erſt nachdem wir ein Reichswohnungsgeſetz haben, iſt es beſſer geworden. Das Reich hat jetzt die Aufgabe, durch Maßnahmen auf einen Abbau der Grundrente hinzuarbeiten, durch militäriſche Maßnahmen ſind zum Teil die Ueberteuerungen hervorgerufen worden, das Reich hat die Pflicht, die Wirkungen zu mildern. Beſchaffung von Baugeldern wird eine der nächſtliegenden Aufgaben des Reichs ſein, es dürfte ſich nach Lindemann dabei um eine Milliarde handeln. Reichswohnungsämter, Reichsſiedelungsgeſetz ſind weitere Forderungen, die zu ſtellen ſind.

Es darf betont werden, daß in den zehntägigen Verhandlungen zahlreiche Einblicke in örtliche Verhältniſſe gegeben wurden, manche verkehrte Maßnahme auf dem Gebiet der Grund- und Bodenpolitik wurde hier kritiſch beleuchtet, ihre verderbliche Wirkung gezeigt und ſo recht lehrreiches Material vorgetragen, das wohl geeignet iſt, den Blick kritiſch zu ſchärfen.

Alles in allem dürften die Verhandlungen vom 23. September bis 5. Oktober, womit das neue Wohlfahrtsamt ſeine Tätigkeit gewiſſermaßen eröffnete, als recht vorbildlich gelten, das kam in der Stimmung der Teilnehmer einmütig zum Ausdruck.

Wenn nun die zweihundert Hörer und Hörerinnen jeder an ſeiner Stelle im Sinne dieſer fortſchrittlich gerichteten Veranſtaltung weiter wirken, dürfte der Gewinn nicht gering einzuſchätzen ſein.

Für ähnliche Lehrgänge und Kongreſſe dürfte es erwünſcht ſein, wenn man auch die Beteiligten ſelbſt zu Worte kommen läßt, in der Weiſe, daß man die, die unter der Wohnungsnot direkt leiden, ihre Wünſche vortragen läßt; mancher friſche Zug, neue Anregungen und vielleicht auch tieferes Erfaſſen des ganzen Problems könnte dabei der Gewinn ſein.

Staatsſekretär **Bauer** über die Kriegsanleihe:

> Es komme, wie es wolle, die Kriegsanleihe iſt geſichert, dafür wird Reichstag und Regierung ſorgen.
>
> G. Bauer

Induſtrie und Handel.

Die Börſe.

Die ſtarke Abwärtsbewegung der Kurſe hat ſich in dieſer Woche fortgeſetzt. Die Kurſe haben vielfach einen Stand wie im Jahre 1915 erreicht. Beſonders angeboten waren Rüſtungswerte, oberſchleſiſche Montanaktien, deutſche Kaliaktien, in den letzten Tagen auch Schiffahrtswerte. Beſonders ausgeprägt iſt die Effektenflucht auf dem Kaſſamarkt, wo das Angebot vielfach keine Abnehmer findet, ſo daß entweder gar keine Notierungen ſtattfinden können, oder die Verkaufsaufträge nur zum Teil ausgeführt werden können. Charakteriſtiſch iſt ferner, daß man am Mittwoch in Hamburg mit der Feſtſetzung von Kurſen wartete, bis aus Berlin die Nachricht eingetroffen war, daß dort das Börſengeſchäft aufrechterhalten wird.

*

Der „Börſenkurier“ meldet: Der Börſenvorſtand, der in der letzten Zeit faſt täglich zuſammentritt, um die Verhältniſſe an der Börſe zu beſprechen, hielt auch Mittwoch eine Sitzung ab, in der u. a. auf Veranlaſſung von Provinzbörſen die Frage einer Schließung der Berliner Börſe erörtert wurde. Der Börſenvorſtand war einmütig der Anſicht, daß die gegenwärtigen Verhältniſſe keinen Anlaß zu einer ſo ſchwerwiegenden Maßnahme bilden, wie die Einſtellung des Börſenverkehrs ſie darſtellen würde, und traf in dieſem Sinne ſeine Entſcheidung. In der Sitzung wurden ferner Richtlinien für die Handhabung der Kursfeſtſetzung aufgeſtellt.

Aus dem Berliner Wirtſchaftsleben.

Die Deutſche Gasglühlicht-Aktien-Geſellſchaft (Auer) weiſt für das Jahr 1917/18 eine Steigerung ihres Geſchäftsgewinns von 25,4 Millionen Mark auf 27 218 654 M. aus. In viel ſtärkerem Umfang als dieſer ſind aber die Handlungsunkoſten geſtiegen, nämlich von 10 116 307 M. auf 19 832 723 M. Zurückzuführen iſt die Erhöhung des Geſchäftsgewinnes auf die neuerliche Steigerung des Umſatzes, während die Steigerung der Unkoſten, abgeſehen von den allgemeinen Umſtänden, insbeſondere damit zuſammenhängt, daß von der Geſellſchaft über die früher geſtellten Kriegsſteuerrücklagen hinaus ein ſehr erheblicher Mehrbetrag für Kriegsſteuern gezahlt und über Handlungsunkoſten verbucht werden mußte. Die Abſchreibungen werden mit 585 097 M. (1 074 861) ausgewieſen und entſprechen wie in den Vorjahren den Zugängen auf den Anlagekonten mit Ausnahme der Grundſtücks- und Gebäudekonten, auf denen die Zugänge nicht oder nur zum kleinen Teil zur Abſchreibung gelangten. Der Ueberſchuß einſchließlich eines Vortrages von 1 679 994 M. (2 367 007) ſtellt ſich auf 8 530 828 M. (14 356 674). Der Rückgang wird, abgeſehen von der oben erwähnten Steigerung der Unkoſten, auch auf die Verringerung des Gewinnes aus Lieferungen an die Heeresverwaltung zurückgeführt. Von dem Ueberſchuß erhalten 6 824 000 M. (8 808 000) noch verbliebene Vorzugsaktien 5 Proz. und 1 976 000 M. (1 985 000) Stammaktien Litera C gleichfalls 5 Proz. Dividende, während auf 7 924 000 M. (7 935 000) gewöhnliche Stammaktien wieder 25 Proz. ausgeſchüttet werden. Einer neu zu bildenden „Rückſtellung zur Verfügung künftiger Generalverſammlungen“ ſollen 4 500 000 M. zugeführt werden (i. V. für die Umwandlungstransaktion in Aktien Litera C 7 936 000 M. und für den Rückkauf von Vorzugsaktien 2 122 880 M.). Wie die Verwaltung im Geſchäftsbericht mitteilt, ſind in Ausführung des Beſchluſſes der vorjährigen Generalverſammlung 1984 Vorzugsaktien zurückerworben worden. Von der gleichfalls beſchloſſenen Ermächtigung der Verwaltung zur Umwandlung von weiteren Stammaktien in Aktien Litera C hat dieſe mit Rückſicht auf einen noch ſchwebenden Anfechtungsprozeß bisher keinen Gebrauch gemacht. Der zur Verfügung geſtellte Betrag iſt einer beſonderen Rückſtellung überwieſen worden. In der Bilanz erſcheinen u. a. Bankguthaben mit 10,9 Millionen Mark (9), Debitoren mit 34,2 Millionen Mark (25,9), darunter Untergeſellſchaften mit 20,7 Millionen Mark (12,8), Beteiligungen und Effekten mit 17,8 Millionen Mark (21,7) und Waren mit 7,4 Millionen Mark (6,7). Die Kreditoren haben ſich von 26,3 auf 31,3 Millionen Mark erhöht.

Abſchluß und Bilanz bieten trotz der betonten Schmälerung der Kriegsgewinne ein wahrhaft glänzendes Bild und die Herren Aktionäre haben ſich bei einer Dividende von 25 Proz. und einer neuen Sonderrückſtellung von 4,5 Millionen Mark „zur Verfügung künftiger Generalverſammlungen“ wahrhaftig nicht zu beklagen.

Deviſenverkehr zwiſchen Deutſchland und Oeſterreich-Ungarn.

Die Zentralnotenbanken Deutſchlands und Oeſterreichs haben ſich verpflichtet, von jetzt ab im Handelsverkehr zwiſchen den beiden Ländern Einwilligungen zum Erwerb von Waren nur inſoweit zu verſagen, als durch die getroffenen oder zu treffenden handelspolitiſchen Vereinbarungen Einfuhrbeſchränkungen oder Guthabenſperren für zuläſſig erklärt werden. In dem die Ein-, Aus- und Durchfuhr zwiſchen Deutſchland und Oeſterreich-Ungarn regelnden Uebereinkommen ſind dieſe Beſchränkungen nur für einige Waren, hauptſächlich reine Luxuswaren wie Edelſteine, Kaviar uſw. vorbehalten geblieben. Im übrigen vollzieht ſich hiernach der Warenverkehr zwiſchen den beiden Staaten — abgeſehen von der durch die beiderſeitigen Deviſenverordnungen (Verordnungen über den Verkehr mit ausländiſchen Zahlungsmitteln) vorgeſehenen Aufſicht der beiden Noteninſtitute, der Deutſchen Reichsbank und der Oeſterreichiſch-Ungariſchen Bank — wieder ohne weitere Behinderung.

Die Eingehung von Verbindlichkeiten zum Zwecke des Ankaufs von Wertpapieren zu verſagen, bleibt den Notenbanken als Führerinnen der beiderſeitigen Deviſenzentralen nach wie vor vorbehalten. Die Noteninſtitute ſind berechtigt, die Einwilligung von der Erfüllung gewiſſer Bedingungen abhängig zu machen.

Die bis zum Abſchluß des neuen Abkommens entſtandenen geſperrten Guthaben ſollen, inſoweit ſie nach den neuen Grundſätzen freigegeben werden müſſen, allmählich, und zwar in der Weiſe freigegeben werden, daß die Sperre auf die am längſten beſtehenden Guthaben jeweils zuerſt aufgehoben wird. Für die Freigabe der Guthaben iſt die Notenbank desjenigen Landes zuſtändig, in deſſen Währung das Guthaben beſteht. Ueber die freigegebenen Guthaben kann natürlich nur zugunſten einer Deviſenfirma oder mit Genehmigung der Notenbank verfügt werden.

Hiermit haben die Sperrmaßnahmen, die auf beiden Seiten viel Staub aufgewirbelt haben, ihre befriedigende Regelung gefunden. Was die Stellung der Deutſchen Reichsbank dabei anbelangt, ſo ſei zur Richtigſtellung der in verſchiedenen Zeitungen aufgetauchten Behauptungen hier nochmals feſtgeſtellt, daß die von der Reichsbank getroffene Maßnahme ſeinerzeit erſt als Gegenmaßnahme gegen die bereits lange vorher von Oeſterreich-Ungarn verhängte Sperre erfolgt war.

Groß-Berlin

Eine Demonſtration Unter den Linden.

Geſtern in den Nachmittagsſtunden ſtrebte eine Menge — etwa 1500 Perſonen beiderlei Geſchlechts — vom Tiergarten dem Reichstag zu und wurde dort von der Polizei nach dem Brandenburger Tor abgedrängt. Die Demonſtranten zogen nun unter Hochrufen auf den Frieden die Linden entlang. Vor der ruſſiſchen Botſchaft ſtaute ſich die Menge und brachte Hochrufe aus. Als ſich der Zug weiter bewegte, ſtellte ſich ihm ein ſtarkes Polizeiaufgebot entgegen. Die Polizei benahm ſich wieder einmal ſehr nervös und ſuchte die Menge mit der blanken Waffe zu zerſtreuen, obwohl zu einem ſolchen Vorgehen abſolut kein Grund vorlag. Es kam infolgedeſſen, wie uns berichtet wird, an der Ecke Kleine Mauerſtraße und Unter den Linden ſowie zwiſchen Friedrich- und Charlottenſtraße zu Zuſammenſtößen, wobei es auf Seiten des Publikums einige Verwundete, darunter einen Schwerverwundeten, gegeben haben ſoll. Auch verſchiedene Verhaftungen von Militär- und Zivilperſonen wurden vorgenommen.

Die Erbitterung über das provozierende Verhalten der Polizei war auch unter den Straßenpaſſanten ſehr groß. Noch bis in die Abendſtunden hinein bildeten ſich überall Gruppen, die ihrer Entrüſtung Ausdruck gaben, und dabei ſich daran erinnerten, wie anders ſich die Sicherheitsbehörde bei der kürzlich ſtattgefundenen Hindenburg-Demonſtration der Alldeutſchen verhielt. Es wäre wirklich dringend zu wünſchen, daß die Polizei nicht kopflos wird und in den gegenwärtigen bitterernſten Tagen noch Oel ins Feuer gießt!

Daß die Demonſtration an ſich kein nützliches politiſches Unternehmen war, darüber wird es unter überlegenden Menſchen keine Meinungsverſchiedenheiten geben. Was mit ihr erreicht werden ſollte, iſt ganz unklar. Konflikte provozieren heißt heute doch geradezu den Alldeutſchen in die Hände arbeiten. Um ſo ſchlimmer, daß die Polizei durch ihr kopfloſes Verhalten an der Erreichung eines unerwünſchten Werks erfolgreich mitgearbeitet hat. Erſt durch ſie hat die kleine Demonſtration eine größere Bedeutung erlangen können!

Schafft Jugendherbergen!

Die Frage der Errichtung von Jugendherbergen hat in letzter Zeit lebhaft die einſchlägigen Vereine beſchäftigt und zu einem Zuſammenſchluß im Bunde Märkiſcher Jugendherbergen unter dem Vorſitz von Stadtſchulrat Dr. Reimann geführt.

Der Verein Arbeiterjugend Groß-Berlin iſt dieſem Bunde bisher nicht angeſchloſſen. Es kann aber kein Zweifel ſein, daß wir nicht nur dem Gedanken der Einrichtung von Jugendherbergen zuſtimmend gegenüberſtehen, ſondern darüber hinaus den dringenden Wunſch haben, daß recht bald eine ausreichende Anzahl ſolcher Jugendherbergen geſchaffen werde. Es würde dies gerade im Intereſſe der arbeitenden Jugend ſehr zu begrüßen ſein und mächtig zur Förderung des geſunden Wandergedankens und damit der Volksgeſundheit beitragen.

Bisher hat ſich ausſchließlich der Hauptausſchuß für deutſche Jugendherbergen zu Altena i. W. auf dieſem Gebiete betätigt und etwa 400 Jugendherbergen eingerichtet, die ſich hauptſächlich im Weſten und Nordweſten Deutſchlands befinden. Die Ausſtattung dieſer Herbergen iſt ſo einfach und zweckmäßig wie möglich. Eine Hausordnung regelt den Betrieb im Heim. Die Benutzung ſteht allen Jugendwanderern frei und muß vorher angemeldet werden. Für Badegelegenheit (Brauſebad und Fußwaſchung) iſt geſorgt; auch Kocheinrichtungen fehlen nicht. Die Koſten der Uebernachtung werden ſo billig wie möglich berechnet, 20 bis 30 Pf. pro Perſon. Es iſt ſowohl für Einzel- als auch Maſſenquartiere geſorgt.

Die von dem genannten Ausſchuß eingerichteten Unterkunftsſtätten befinden ſich meiſt in Gebirgsgegenden und kommen daher vorwiegend nur als Uebernachtungsgelegenheit bei mehrtägigen Ferienwanderungen in Betracht. Für den jungen Arbeiter ſind aber Ferien leider noch eine ſehr ſeltene Sache, ſo daß ihm in der Hauptſache nur der Sonntag für Ausflüge zur Verfügung ſteht. Der freie Sonntag könnte aber von der wandernden Jugend ganz anders ausgenutzt werden, wenn ſie ſchon Sonnabend abend hinausfahren und draußen übernachten könnte! Unter dieſem Geſichtspunkte betrachtet, würde die Errichtung von Unterkunftsſtätten vor den Toren der Großſtädte für die arbeitende Jugend ein gut Teil Luft und Licht, Sonne und Geſundheit mehr bedeuten. Im übrigen liegt der große Wert dieſer gemeinnützigen Einrichtung darin, daß ſie die Jugend dem Wirtshaus und ſeinen ſchädlichen Einflüſſen fernhält.

Die Schaffung von Jugendherbergen iſt in erſter Linie Aufgabe der Gemeinden. Es eröffnet ſich damit ein lohnendes Betätigungsfeld für die Jugendämter. Das Berliner Jugendamt hat bereits den Anfang gemacht. Es hat z. B. in der Nähe von Lanke das alte Forſthaus von Netzdorf ſowie die Gemeinſchaftshäuſer auf den Gütern in Hobrechtsfelde und Albertshof mit den nötigen Einrichtungen verſehen, um eine große Schar von jugendlichen Wanderern zweckentſprechend unterzubringen. Wie weiter mitgeteilt wird, iſt auch eine Reihe von kleineren Gemeinden in der Mark bereit, geeignete Bauten für dieſen Zweck zur Verfügung zu ſtellen. Es beſteht auch die Abſicht, die zu ſchaffenden Jugendherbergen mit der Zeit auszubauen zu Jugendheimſtätten, die den Jugendlichen auch einen mehrtägigen Aufenthalt in den Herbergsräumen ermöglichen. Im Intereſſe der arbeitenden Jugend, die in den Steinmeeren der Großſtadt hinter düſteren Fabrikmmern oder in dunſtgeſchwängerten Bureauräumen ihre Jahre verbringen muß, liegt es daher, wenn wir an die Gemeinden den dringenden Ruf richten: Schafft Jugendherbergen in ausreichender Anzahl vor den Toren der Großſtädte!

Die Grippe.

Die Erkrankungen haben nach den Meldungen der Krankenkaſſen, Krankenanſtalten und Aerzte weiter nicht unerheblich zugenommen, ebenſo auch die Zahl der Erkrankungen an Lungenentzündung. Nach Anſicht von Aerzten kann man heute in Berlin mit mehr als 10 000 Fällen an Grippeerkrankungen rechnen. Die Mehrzahl iſt leichterer Natur. Wenn die Krankheit auch als eine Epidemie angeſprochen werden muß, ſo iſt die Zahl der Todesfälle in Groß-Berlin keineswegs erheblich geſtiegen.

Der Allgemeinen Ortskrankenkaſſe wurden am Montag 1251 Neuerkrankungen an Grippe gemeldet, darunter 24 mit Lungenentzündung. Am Dienstag ſtieg die Zahl auf 1414 Fälle, darunter 43 mit Lungenentzündung.

Der Charlottenburger Magiſtrat hat mit Rückſicht auf die große Verbreitung der Grippe unter der Schuljugend und der Lehrerſchaft die ſtädtiſchen höheren und Volksſchulen bis Sonnabend, den 26. Oktober, geſchloſſen. — Das Provinzial-Schulkollegium hat an die höheren Lehranſtalten Berlins und der Provinz eine Verfügung ergehen laſſen, worin im Hinblick auf die ſtarke Zunahme der Grippe die Direktoren ermächtigt werden, im Notfalle einzelne Klaſſen oder auch die ganze Schule, wenn möglich nach Anhörung des Kreisarztes, zu ſchließen.

Warum Neukölln nicht dem Wohnungsverband beitritt.

Vom Neuköllner Magiſtrat erhalten wir nachſtehende Zuſchrift:

Neukölln hat den Staatskommiſſar für das Wohnungsweſen gebeten, von einem Zwangswohnungsverbande Abſtand zu nehmen. In der Eingabe heißt es u. a.: Bei den Verhandlungen über die Gründung eines freiwilligen Wohnungsverbandes haben wir ſtets die Forderung vertreten, ein ſolcher Wohnungsverband ſei nur annehmbar beim Vorhandenſein ganz beſtimmter Sicherungen für die Arbeiterwohnſitzgemeinden Groß-Berlins. Dieſe Sicherungen beſtehen u. E. darin, daß von vornherein in der Satzung bereits genau feſtgelegt wird, daß auch die weſtlichen Gemeinden beim Bau von Kleinwohnungen für die arbeitende Bevölkerung mit herangezogen werden und daß die öſtlichen Arbeiterwohnſitzgemeinden nicht — wie dies bisher geſchehen iſt — zu gunſten der weſtlichen Gemeinden belaſtet werden. Unſere dahingehenden Anträge und Anregungen haben keine Annahme gefunden. — Die Aufnahme einer qualifizierten Mehrheit iſt kein Erſatz für unſere Forderung, denn was wir verlangen müſſen, iſt eine poſitive Beſtimmung, daß auch die weſtlichen Gemeinden Kleinwohnungen aufnehmen. Gerade hiergegen ſträuben ſich aber die weſtlichen Gemeinden, denn den Lichtenberger Vermittlungsvorſchlag, den wir ſodann aufgenommen haben, nämlich, daß keine Gemeinde mehr Kleinwohnungen aufzunehmen hat als ihre Einwohnerzahl im Verhältnis ſteht zur Einwohnerzahl des geſamten Verbandes, haben die weſtlichen Gemeinden mit der Begründung abgelehnt, daß dieſer Antrag eine für ſie unannehmbare poſitive Seite habe. Wenn nämlich, ſo folgerten ſie, Lichtenberg und Neukölln nach dieſer Beſtimmung die erforderliche Anzahl von Kleinwohnungen gebaut hätten, und es ſei dann noch Wohnungsmangel vorhanden, dann beſtände für die weſtlichen Gemeinden ein Zwang, die nun erforderlichen Kleinwohnungen aufzunehmen. Gerade die Begründung, die zu dieſer Ablehnung von den weſtlichen Gemeinden gegeben wurde, zwingt uns dazu, unter allen Umſtänden unſere Forderung aufrecht zu erhalten. — Der freiwillige Wohnungsverband iſt nunmehr, da unſerem Antrage nicht ſtattgegeben wurde, geſcheitert. In einen Verband, in dem die Gemeinden Groß-Berlins zwangsweiſe zuſammengeſchloſſen würden, würden ſie aber nur mit Widerwillen und Widerſtreben eintreten, die jeder Zwang auslöſt. Die ſelbſtändige Arbeit, an die die einzelnen Gemeinden in ausgedehntem Maße herangetreten ſind, um die Wohnungsnot zu bekämpfen, würde in Wegfall kommen, ohne daß der Verband ſofort gleichwertigen Erſatz ſchaffen könnte. Ein Zwangswohnungsverband würde daher die Gefahr bedeuten, daß weniger zur Bekämpfung der Wohnungsnot geſchieht, als bisher getan wird.

Kleinwohnungsbau.

Der Ausſchuß der Landesverſicherungsanſtalt Berlin bewilligte auf Antrag des Vorſtandes 100 000 M. zur Beteiligung an einer Geſellſchaft mit beſchränkter Haftung, die den Kleinwohnungsbau fördern will. Die Geſellſchaft wird gebildet aus der Stadt Berlin und den Vororten, ſowie gemeinnützigen Vereinen. Das Geſellſchafter-Kapital iſt zunächſt auf 2 Millionen Mark feſtgeſetzt, von denen 1½ Millionen Mark Anteile die Stadt Berlin übernehmen will.

An und für ſich iſt die Summe von 100 000 M., die die Landesverſicherungsanſtalt Berlin bewilligt hat für den Zweck des Kleinwohnungsbaus äußerſt gering, wenn man bedenkt, daß das Vermögen der Anſtalt jetzt 130 Millionen Mark beträgt. Die Landesverſicherungsanſtalt hat doch ein großes Intereſſe an einer geſunden Wohnungspolitik. Je beſſer und geſünder die Arbeiter, alſo die Verſicherten, wohnen, umſo geringer ſind die Riſiken der Anſtalt, umſo ſpäter brauchen Renten bewilligt zu werden.

Es ſteht zu hoffen, daß die Landesverſicherungsanſtalt größere Mittel bereitſtellen wird.

Eiſenbahnnot und Schlafwagenbetrieb.

Man ſchreibt uns: Aus dringenden Gründen, wie es in der amtlichen Bekanntmachung heißt, hat die Eiſenbahnverwaltung vom 14. Oktober ab eine Anzahl von Schnellzügen plötzlich ausfallen laſſen. Welche Umſtände für dieſe blitzartige Dringlichkeit ſprechen, erfährt die Bevölkerung nicht. Vielleicht laſſen ſich einige Schlüſſe ziehen aus einer nachträglichen Mahnung, in der alle Vaterlandsfreunde gebeten werden, deſſen eingedenk zu ſein, daß jeder die Kriegführung ſchädige und die Verſorgung mit Lebensmitteln und Kohlen erſchwere, der unnötig reiſe.

Die Aufhebung der D-Züge betrifft in erſter Linie den Betrieb zwiſchen Berlin und dem Weſten, alſo die verſchiedenen Fahrſtrecken Köln—Berlin. Ein Leſer unſeres Blattes, der genötigt war, vor dem 14. Oktober von Berlin nach dem Rheinlande zu reiſen, und nach der Aenderung wieder nach Berlin zu ſtreben gedachte, gibt uns folgende Schilderung ſeiner Erlebniſſe: „Halb- oder ganztägige Verzögerung der Rückreiſe mit den entſprechenden Koſten bei den heutigen Verpflegungsſätzen der Gaſthäuſer, nachher im Zuge, teilweiſe ohne Beleuchtung, rippengefährliche Unterkunft zwiſchen in den Gängen aufgeſtapelten Gegenſtänden kriegeriſcher und bürgerlicher Herkunft, zwölfſtündige Erprobung der Stehfähigkeit und was ſonſt der perſönlichen Annehmlichkeiten mehr ſind. Die Gänge und vor allem die Zu- oder Ausgänge an den beiden Wagenenden derartig verſtopft, daß die Reiſenden gezwungen waren, bei einem auch auf der Eiſenbahn nicht abweisbaren Bedürfnis den Aufenthalt auf einer Station zu benutzen, um ſchleunigſt einen Ausflug durchs Fenſter zu unternehmen. Die am Ziel angelangten Reiſenden mußten den Zug ebenſo durch die Fenſter verlaſſen, da ſie ſonſt hätten weiterfahren müſſen. Daß bei dem ſich an jeder Halteſtelle wiederholenden Sturm dann und wann eine Fenſterſcheibe zerklirrte, gab den Eingeſchloſſenen friſche Nacht- und Zugluft, den dennoch zu Hunderten Zurückbleibenden nur geringen Troſt.

Zu der gleichen Zeit, am 15. Oktober abends, als ſich auf dem Düſſeldorfer Hauptbahnhof die Maſſen ſtauten, die mit einigen der ausgefallenen Züge fahren wollten und nun auf den einzig übriggebliebenen warteten, der mit 40 Minuten Verſpätung eintraf, paſſierte in ſchöner Ungeniertheit ein Schlafwagenzug Köln—Berlin den Bahnhof. Ein Zug 1. und 2. Klaſſe, nur für Leute, die ſich die Bequemlichkeit eines Bettlagers bis Berlin leiſten dürfen, beförderte in ſeiner langen Wagenreihe nur ganz wenige Perſonen, wohl vier in jedem Abteil, wenn alles beſetzt iſt. Für dieſe wenigen Schlafpaſſagiere wird natürlich an Material, Beamten, Kohlen mindeſtens ebenſoviel verbraucht, wie für die drei- und vierfache Anzahl von gewöhnlichen Menſchenkindern, die nur ſitzend oder ſtehend die Eiſenbahn zu benutzen gewohnt ſind."

Die behördliche Mahnung droht mit weiteren in das öffentliche Leben tief einſchneidenden Maßnahmen, wenn der Not der Zeit nicht Rechnung getragen werde. Gilt die Not der Zeit nicht für ausſchließliche Schlafwagenzüge mit ihren paar Inſaſſen? Oder iſt deren Vaterlandsfreundlichkeit ſo turmhoch, daß ſie auf jeden Fall durch ein für den übrigen Betrieb ſchädigendes Privileg belohnt werden muß.

Lohnende Hamſterjagd.

Ein Arbeiter berichtet uns, was er auf einer Hamſterfahrt erlebte. Da er in der Munitionsinduſtrie beſchäftigt iſt und täglich 10—11 Stunden arbeiten muß, ſo werden an ſeine Leiſtungsfähigkeit hohe Anforderungen geſtellt. Mit den ihm zugeteilten Lebensmitteln hat er es in den letzten zwei Jahren glücklich dahin gebracht, daß ſein Körpergewicht um 60 Pfund zurückging. Er meinte daher, es ſei eine Pflicht der Selbſterhaltung, ſich „hintenrum" noch einige Lebensmittel zu verſchaffen. Am vorigen Sonntag fuhr er nach einem Dorf hinter Nauen, wo ein Bekannter von ihm wohnt, und ließ ſich etwa 80 Pfund Kartoffeln geben. Daß ſie ihm nicht verkauft, ſondern geſchenkt wurden, macht für die Hamſterjäger keinen Unterſchied. Als er am Abend mit ſeinem vollen Sack auf dem Bahnhof Nauen eintraf, hielt der dort aufgeſtellte Hilfsgendarm ihn an und beſchlagnahmte die Kartoffeln. Dasſelbe Schickſal hatten verſchiedene andere Perſonen, die um dieſe Zeit auf dem Bahnhof ankamen und die in den Dörfern erworbenen Lebensmittel nach Berlin ſchaffen wollten. Wie viele überhaupt den Hamſterjägern in die Hände fallen, darüber iſt in der Oeffentlichkeit bisher nichts bekannt geworden. Man kann ſich aber eine Vorſtellung davon machen nach einer Aeußerung, die der Hilfsgendarm tat, als er die Quittungen über die Beſchlagnahme ausſchrieb. Er entnahm die auf dünnem Seidenpapier gedruckten Quittungsformulare einem Formularbuch, das ihrer einige hundert enthalten haben konnte. In einem Ton, den er vielleicht für jovial hielt, erzählte er, daß er in einer Woche ſchon das zweite Buch aufgebraucht habe. Wenn ein einzelner Beamter derartige „Erfolge" aufzuweiſen hat, dann möchten wir wiſſen, wieviel Hamſter durch die Geſamtheit der auf die Umgebung Berlins verteilten Hamſterjäger zur Strecke gebracht werden. Genaue Zahlenangaben hierüber könnten ſehr lehrreich ſein; denn die Häufigkeit der Beſchlagnahme geſtattet einen Schluß auf den Umfang der Hamſterei und auf die Ernährungsverhältniſſe Groß-Berlins. Zum Vergnügen begibt ſich gewiß niemand auf eine Hamſterfahrt, die nach allen Mühen und Geldausgaben mit einer Beſchlagnahme der teuer gekauften Lebensmittel enden kann.

Unabhängiger Antrag. Die Stadtverordneten Barenthin und Genoſſen (U. S.) haben der Berliner Stadtverordnetenverſammlung folgenden Antrag unterbreitet: „Wir beantragen, die Stadtverordnetenverſammlung wolle beſchließen, den Magiſtrat zu erſuchen, unverzüglich eine Erhöhung der Sätze der ſtädtiſchen Arbeitsloſenunterſtützung eintreten zu laſſen."

Tauentzien-Palaſt. Neben dem Schauſpiel „Erträumtes . . ." wird ein Luſtſpiel „Ticky-Tacky" mit Katta Sterna und Ernſt Matray am Freitag zur Uraufführung gelangen; ferner werden Aufnahmen vom weſtlichen Kriegsſchauplatz gezeigt.

Das Admiralstheater zeigt Freitag zum erſten Male „Das Gift der Medici" mit Maria Fein, und „Der Mann mit den ſieben Masken" mit Viggo Larſen.

Charlottenburg. Lebensmittel. Vom Donnerstag, den 17., bis Sonnabend, den 26. Oktober, werden verabfolgt: 100 Gramm Graupen bzw. Gerſtengrütze, je nach Vorrat, zum Preiſe von neun Pfennigen auf Abſchnitt 69 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte.

Neukölln. Stadtverordnetenwahlen. Der Magiſtrat hat beſchloſſen, auch in dieſem Jahre von den regelmäßigen Stadtverordneten-Ergänzungswahlen wegen der Einberufung zahlreicher Wähler zum Heeresdienſt abzuſehen und gemäß der Verordnung vom 6. November 1916 um ein weiteres Jahr zu verſchieben. Dagegen ſollen die durch Tod oder Wegzug erforderlichen Erſatzwahlen ſtattfinden, und zwar für die dritte Abteilung am Sonntag, den 3. November, von 10 Uhr vormittags bis 6 Uhr abends, für die zweite Abteilung am Dienstag, den 5. November, von 11 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends.

Spandau. Außerordentliche Unterſtützungen der Fronturlauber. Der Magiſtrat Spandau beantragt bei den Stadtverordneten, zur Gewährung von außerordentlichen Unterſtützungen an die Fronturlauber einen Kredit von vorläufig 100 000 M. zu bewilligen. Die Unterſtützungen ſollen beſtehen in unentgeltlicher Verpflegung in der Kriegsküche, in Gewährung von 1 M. an diejenigen, die von den Arbeiterausſchüſſen nichts erhalten; ferner ſollen an die Front gehende Truppen mit Tabak uſw. und vorher mit einer Unterhaltung verſehen werden.

Kreis Teltow. Einrichtung einer Schweinezuchtwirtſchaft. Auf dem der Stadt Berlin gehörigen und von ihr zu dieſem Zweck verpachteten Rittergut Ruhlsdorf im Kreiſe Teltow iſt, wie Dr. Wilsdorf im „Landboten", der Zeitſchrift der Landwirtſchaftskammer für die Provinz Brandenburg, mitteilt, eine von verſchiedenen Staatsbehörden, Viehhandelsverbänden, Landwirtſchaftskammern, ländlichen und ſtädtiſchen Kommunalverbänden und Züchtervereinigungen gemeinſam gegründete Verſuchswirtſchaft für Schweine eingerichtet worden. Mit dem Umbau für die Zwecke der Verſuchswirtſchaft wird jetzt begonnen. Der neue Plan ſieht außerordentlich zweckmäßige Schweineſtallungen vor, die nach den Erfahrungen praktiſcher Schweinezüchter eingerichtet werden. Hierbei wird auch Wert darauf gelegt, daß verſchiedenartige Einrichtungen, die ſich in der Praxis bewährt oder nicht bewährt haben, für die Beſucher der Verſuchswirtſchaft und insbeſondere für die dort geplanten Kurſe für Tierzuchtbeamte wie auch für die Schweinemeiſterſchule zur Belehrung dienen ſollen. Als Direktor der Verſuchswirtſchaft wurde Direktor Müller, bisher an der landwirtſchaftlichen Lehranſtalt in Birnbaum in Poſen, gewählt. Das zur Verfügung ſtehende Gelände eignet ſich ganz ausgezeichnet für die Verſuchszwecke. Der Verwaltungsrat wird in nächſter Zeit für die Verſuchswirtſchaft noch einige Ausſchüſſe bilden, damit der Verſuchsbetrieb auch nach der wiſſenſchaftlichen und praktiſchen Seite hin jede nur mögliche Unterſtützung erfährt. Die Verſuche werden ſich zunächſt darauf erſtrecken, daß die einzelnen Wirtſchaftserzeugniſſe in beſtimmten Gruppenverſuchen gefüttert werden, wie überhaupt die künftige Schweinehaltung mehr einen bodenſtändigen und landwirtſchaftlichen Charakter bekommen muß, als das vor dem Kriege in vielen Landesteilen der Fall war.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Groß-Berlin.

Heute Fortſetzung der Vortragsreihe des Genoſſen Molkenbuhr „Die Geſchichte der deutſchen Sozialdemokratie" im Jugendheim, Lindenſtr. 3, II. Hof, Sitzſ. 3 Tr., Teilnehmerkarten ſind noch am Eingang des Vortragsſaales zu haben.

Soziales.

Geſundheitsſchutz der Munitionsarbeiter.

Man ſchreibt uns:

„Mit der Herſtellung und Verarbeitung der chemiſchen Stoffe, die für die neuzeitlichen Kampfmittel Verwendung finden, können erhebliche Gefahren für das Leben und die Geſundheit der beteiligten Arbeiter verbunden ſein. Dieſen Gefahren nach Möglichkeit zu begegnen und die von Geſundheitsſchädigungen Betroffenen für die Einbuße an ihrer Arbeitsfähigkeit ſchadlos zu halten, iſt eine Aufgabe, die zu erfüllen die berufenen Stellen bemüht ſind. Dieſe Bemühungen ſtießen anfänglich auf mannigfache Schwierigkeiten, weil die geſundheitsſchädlichen Eigenſchaften dieſer Stoffe, und daher auch wirkſame Mittel zu ihrer Bekämpfung, vielfach weder den mit ihrer Erzeugung und Verwertung befaßten Fabrikbetrieben, noch den Aerzten bekannt waren. Die wiſſenſchaftlichen Arbeiten über die phyſiologiſche Wirkung jener Kampfſtoffe haben indeſſen nunmehr auch die Wege zur wirkſamen Bekämpfung der Gefahren bei ihrer Herſtellung gewieſen und andererſeits auch die Möglichkeit der zweifelsfreien Feſtſtellung des Zuſammenhanges einer Erkrankung mit der Beſchäftigung des Erkrankten mit jenen Stoffen gegeben. Dieſe Feſtſtellung iſt von beſonderer Bedeutung, weil ſie die Vorausſetzung für die Gewährung der Entſchädigung an die Hinterbliebenen iſt, die durch eine Bundesratsverordnung neuerdings den Berufsgenoſſenſchaften auferlegt worden iſt. Um die an der Durchführung dieſer Aufgaben beteiligten Kreiſe, namentlich die Aerzte, Gewerbeaufſichtsbeamten, Betriebsleiter und Betriebsarbeiter über die hier in Betracht kommenden Fragen aufzuklären, beabſichtigt die Berufsgenoſſenſchaft der chemiſchen Induſtrie in den Zentren der Munitionsinduſtrie Vorträge halten zu laſſen von hervorragenden Sachverſtändigen auf dem Gebiet der Gewerbehygiene. Eine erſte Vortragsreihe wird in Halle im hygieniſchen Inſtitut der Univerſität abgehalten werden. Die Vorträge finden ſtatt am Sonnabend, den 9. November, und am Sonnabend, den 16. November, in der Zeit von 4 bis 7 Uhr, und zwar wird der Kgl. bayeriſche Landesgewerbearzt Medizinalrat Dr. Koelſch eine kurze Einführung in die Gewerbepathologie und Gewerbehygiene geben und über berufliche Schädigungen durch aromatiſche Kohlenwaſſerſtoffe unter beſonderer Berückſichtigung der Munitionsinduſtrie, ſprechen; der bekannte Gewerbehygieniker und Fabrikarzt Dr. Curſchmann wird vortragen über berufliche Schädigungen durch ätzende Gaſe und Behandlung beruflicher Vergiftungen durch Sauerſtoffeinatmungen, ſowie über die Begutachtung beruflicher Erkrankungen. Der Beſuch der Vorträge iſt unentgeltlich. Zutrittskarten werden auf Wunſch überſandt von der Berufsgenoſſenſchaft der chemiſchen Induſtrie, Berlin W. 10, Sigismundſtraße 3." —

Das Unternehmen, das von der Berufsgenoſſenſchaft der chemiſchen Induſtrie ausgeht, kommt reichlich ſpät; faſt hat es den Anſchein, als habe erſt der erweiterte Unfallſchutz, der neuerdings alle Erkrankungen bei der Herſtellung von Kampfgaſen als Betriebsunfälle der Verſicherung unterſtellt hat, das Gewiſſen der Herren aufgerüttelt, weil die Sache Geld koſtet. Dem ſei wie ihm wolle. Der Gedanke iſt gut. Nur muß dafür geſorgt werden, daß die direkt Beteiligten, die Arbeiter, in erſter Linie aufgeklärt werden und daß in den Betrieben alles geſchieht, um die Gefahren abzuſchwächen.

Hausgeld bei Heilſtättenbehandlung.

Man ſchreibt uns: Von Patienten der Heilanſtalt Beelitz wird über die ungleichen Beträge, die ihren Angehörigen als Hausgeld gezahlt werden, geklagt. Es werden Beträge von ungefähr 15 bis zu 40 M. gezahlt. Die Genannten ſind der Meinung, daß ſie gleiche Rechte haben und daß daher die Unterſtützung ihrer Angehörigen die gleiche ſein müſſe.

Dieſe Meinung iſt irrig. Der in Frage kommende § 1271 der Reichsverſicherungsordnung beſtimmt, daß Angehörige des Erkrankten, deren Unterhalt er ganz oder überwiegend aus ſeinem Arbeitsverdienſt beſtritten hat, für die Dauer des Heilverfahrens ein Hausgeld zu erhalten haben. Gehörte er keiner Krankenkaſſe an, beträgt dasſelbe ein Viertel des Ortslohnes für erwachſene Tagearbeiter. Unterlag jedoch der Erkrankte vorher der Krankenverſicherung, ſo richtet ſich das Hausgeld nach den Vorſchriften über Krankenverſicherung. Nach dieſen Vorſchriften beträgt das Hausgeld die Hälfte des Krankengeldes. Durch Satzungsbeſtimmung kann es bis zum Betrage des vollen Krankengeldes erhöht werden. Das Krankengeld ſelbſt iſt nach einem Grundlohn oder einem durchſchnittlichen Tagesentgelt der Verſicherten zu bemeſſen. In Berlin iſt es durchweg nach dem Letzteren bemeſſen. Die Satzung jeder Kaſſe muß darüber genaue Beſtimmungen enthalten. Hat der Erkrankte einen hohen Verdienſt gehabt, haben ſeine Angehörigen ein dementſprechend hohes Hausgeld zu erhalten, hat er wenig verdient, ein niedrigeres. Schon hieraus ergeben ſich vielfache Unterſchiede. Dann kommt hinzu, daß die Kaſſen nicht alle gleiche Unterſtützung gewähren, daß nach geſetzlichen Beſtimmungen manche Erkrankte nur Anſpruch auf Regelleiſtung haben, d. h. daß an ſie nur Krankengeld für Arbeitstage gezahlt werden darf, daß manche Kaſſen über die Regelleiſtung hinaus nicht gewähren uſw. Aus allen dieſen Gründen ergibt ſich die unterſchiedliche Höhe des von der Landesverſicherungsanſtalt gezahlten Hausgeldes. Gehört z. B. der Erkrankte der „Allgemeinen Ortskrankenkaſſe der Stadt Berlin" und deren höchſte Stufe als Mitglied an, ſo haben ſeine Angehörigen, ſofern er nur Anſpruch auf Regelleiſtung hat, ein Hausgeld in Höhe von 2,50 M. pro Arbeitstag zu erhalten; hat der Erkrankte Anſpruch auf Mehrleiſtung in Höhe von pro Tag 5 M.; gehört er der niedrigſten Stufe an, hat er unter denſelben Vorausſetzungen zu erhalten pro Arbeitstag 25 Pf. oder pro Tag 50 Pf. Mit jeder Stufe ſteigt dieſer Betrag um 25 bzw. 50 Pf.

Das, was dem Erkrankten bei ſeiner Krankenkaſſe zuſteht, muß die Landesverſicherungsanſtalt auf alle Fälle zahlen. Darüber hinaus kann ſie gewähren, und es muß zugeſtanden werden, daß die Landesverſicherungsanſtalt Berlin den Verſicherten auch durchweg entgegengekommen iſt. Daß Anträge auf Erhöhung des Hausgeldes begründet ſein müſſen und die Bedürftigkeit von den Organen der Anſtalt nachgewieſen werden muß, iſt ſelbſtverſtändlich. Daß von der Landesverſicherungsanſtalt die jetzigen wirtſchaftlichen Verhältniſſe beſonders berückſichtigt werden, glauben wir annehmen zu dürfen.

Jugendveranſtaltungen.

Verein Arbeiterjugend. Heute Donnerstag, abends 8 Uhr, in den Räumen Lindenſtr. 3, I. Hof parterre l., Mädchenabend.

Jugendheim Berlin, Lindenſtr. 3. Morgen erſter Abend des Vortragskurſus: Vier Jahrhunderte wirtſchaftlicher Entwicklung. Vortragender: Arbeiterſekretär Hermann Müller. Beginn abends 8 Uhr.

Abt. Neukölln. Morgen abends 8 Uhr im Jugendheim, Berliner Straße 86/87, Vortrag des Herrn Baumeiſter: Amerikaniſche Reiſeerlebniſſe.

Abt. Weißenſee. Heute abends 8 Uhr bei Stärke, Charlottenburger Straße 3, Vortrag von Fräulein Wachenheim: Freiheitsdichtungen in der Revolutionszeit.

Humaniſtiſche Gemeinde Berlin. Am Sonntag, den 20. Oktober, nachmittags 5 Uhr, findet in der Aula der Friedrich-Werderſchen Oberrealſchule, Niederwallſtr. 12, ein Vortrag des Herrn Dr. Rudolf Penzig über: „Durch Verzicht — zum Dauer-Frieden" ſtatt. Gäſte, Damen und Herren, willkommen.

Arbeiter-Samariterbund. Kolonne Groß-Berlin. Sonntag, den 20. Oktober, nachmittags 2½ Uhr, Treptower Sternwarte, Vortrag über „Sitten und Gebräuche fremder Völker". Karten zur Verloſung der Billetts (inkluſive Garderobe 80 Pf.) beim Vorſtand zu haben. Nach dem Vortrag Kaffeetrinken bei Mentz, Am Treptower Park 67. Eintrittskarten à 50 Pf. ſind an der Sternwarte zu haben.

Arbeiter-Turnerbund. Erſter Kreis. Die Turnfahrt der Altersriegen Groß-Berlins am 20. Oktober geht nicht nach Mönchwinkel, ſondern nach Grünheide bei Fangſchleuſe, Reſtaurant „Vater Fielitz". Alle Teilnehmer müſſen ſich mit Proviant verſehen, da kein Mittageſſen zu haben. Abfahrt Schleſiſcher Bahnhof morgens 7.30, Stralau-Rummelsburg 7.39 bis Erkner. Daſelbſt Abmarſch um 8½ Uhr nach Hohenbinde (Frühſtück Reſtaurant Heideſchloß).

Allgemeine Kranken- und Sterbekaſſe der Metallarbeiter. Filiale Neukölln. Sonnabend, den 19. Oktober, abends 8 Uhr, bei P. Kramer, Ziethenſtr. 65. Bericht von der Generalverſammlung.

Briefkaſten der Redaktion.

A. B. Sie werden vorausſichtlich nach Friedensſchluß nicht noch im Militärdienſt verbleiben müſſen; vorläufig läßt ſich aber Näheres darüber noch nicht ſagen, ſo lange der Demobiliſierungsplan noch nicht bekannt gegeben iſt. — **E. L. 1684.** Eine weitere Beſchwerdeinſtanz gibt es nicht, eine Beſchwerde würde auch keinen Zweck haben, da der Preis wohl als angemeſſen gelten muß. — **A. B. 88.** Wenn Ihre Frau einen Beſtellſchein unterſchrieben hat, ſo iſt damit ein Vertrag zuſtande gekommen. Sie ſind dann zur Annahme der Bücher verpflichtet. Die Firma würde gegen Sie klagbar werden. — **E. H. Weißenſee.** 1. Es iſt zuläſſig, daß die Einſchätzung nach Ihrem jetzigen Arbeitsverdienſt erfolgt. 2. Dieſe Gefahr beſteht nicht. — **Raub.** Sie müſſen ſich zunächſt an die dortige Poſtanſtalt wenden, bei der das Paket aufgegeben worden iſt. — **Feldpoſt 383.** Anſpruch darauf beſteht nicht. Sie können Erſatz durch Bezahlung dafür nicht erlangen. — **Tauſend.** Nein. — **Dobbrikow.** Wenden Sie ſich an die Kaſſenverwaltung, von der Ihnen Rente angewieſen wird. — **R. M. 90.** 1. Nein. 2. Wenn kein Teſtament des Verſtorbenen vorliegt und die Ehe kinderlos iſt, erben die Eltern vom baren Gelde und von den Gegenſtänden, ſoweit ſie nicht zur Wirtſchaft gehören, die Hälfte. — **W. T. 1000.** Wenn die Strafe über ſechs Monate dauert, ſo wird der Frau die Unterſtützung entzogen; ſie kann aber durch die Kriegswohlfahrtspflege eine Unterſtützung erlangen. — — **K. M. 94.** Wenn Sie Ihren ſtändigen Wohnſitz in B. genommen haben, ſo ſind Sie dort ſteuerpflichtig; die Veranlagung kann aber noch von dort erfolgen. — **H. P. 5.** Sie haben inzwiſchen ſchriftliche Mitteilung von uns bekommen. — **K. 100.** Antragen auf Beförderung können Sie; Anſpruch darauf haben Sie aber nicht. — **Ewald B., Neukölln 103.** Innerlich Schwerkranken, zu denen Sie anſcheinend gehören, ſoll nach einer Beſtimmung des Kriegsminiſteriums die Verſtümmelungszulage gewährt werden. — **K. W.** Sie haben nicht angegeben, wie viel Marken Sie geklebt haben; es ſcheint uns aber aus Ihrem Schreiben mit Sicherheit hervorzugehen, daß Sie erſt ſeit zwei Jahren wieder Marken kleben; Sie haben infolgedeſſen keinen Anſpruch auf Altersrente. —

Waſſerſtandsnachrichten der Landesanſtalt für Gewäſſerkunde,

mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Waſſerſtand am		14. cm	15. cm	Waſſerſtand am		14. cm	15. cm
Memel	Tilſit	148	180	Saale	Grochlitz	72	74
Pregel	Inſterburg	—30	22	Havel	Spandau	87	87
Weichſel	Thorn	104	94	"	Rathenow	5	7
Oder	Ratibor	179	168	Spree	Spremberg	80	78
"	Kroſſen	—	677	"	Beeskow	200	198
"	Frankfurt	72	74	Weſer	Münden	165	153
Warthe	Schrimm	0	—	"	Minden	222	—
"	Landsberg	—23	—24	Rhein	Maximilau	—	—
Netze	Vordamm	—30	—26	"	Kaub	180	—
Elbe	Leitmeritz	—37	—45	"	Cöln	160	—
"	Dresden	—147	—151	Neckar	Heilbronn	83	—
"	Barby	59	53	Main	Hanau	113	—
"	Magdeburg	62	55	Moſel	Trier	—	—

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutſchland bis Freitag mittag. Zeitweiſe heiter, jedoch vorherrſchend wolkig oder neblig, und beſonders im Weſten öfter leichte Regenfälle.

Deutſcher Metallarbeiterverband.

Verwaltungsſtelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unſer Kollege, der Schloſſer

Paul Rattig

am 11. Oktober an Herzleiden geſtorben iſt.

Die Einäſcherung findet am Freitag, den 18. Oktober, nachmittags 5 Uhr, im Krematorium Gerichtſtr. ſtatt.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unſer Kollege, der Schloſſer

Albert Stolzenburg

am 12. Oktober an Bronchialleiden geſtorben iſt.

Die Einäſcherung findet am Freitag, den 18. Oktober, nachmittags 6 Uhr, im Krematorium Gerichtſtraße ſtatt.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unſer Kollege, der Arbeiter

August Winter

am 14. Oktober an Herzſchlag geſtorben iſt.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 18. Oktober, nachmittags ¼4 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Kirchhofes in Neukölln, Hermannſtraße aus ſtatt.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unſer Kollege, der Dreher

Max Anders

am 14. Oktober an Lungenentzündung geſtorben iſt.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 17. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Adlershof aus ſtatt.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unſer Kollege, der Kernmacher

August Butschke

am 15. Oktober an Grippe geſtorben iſt.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 19. Oktober, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Kirchhofes in Neukölln, Hermannſtraße, aus ſtatt.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unſer Kollege, der Putzer

Julius Henseler

am 13. Oktober an Influenza geſtorben iſt.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 17. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des alten Nazareth-Kirchhofes in der Seeſtraße aus ſtatt.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unſer Kollege, der Schloſſer

Otto Golm

am 14. Oktober an Lungenleiden geſtorben iſt.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 18. Oktober, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Marien-Kirchhofes in der Prenzlauer Allee aus ſtatt.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unſer Kollege, der Werkzeugdreher

Oskar Koschinski

geſtorben iſt.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 17. Oktober, nachmittags 1½ Uhr, von der Leichenhalle des Neuköllner Gemeinde-Friedhofes in Neukölln, Mariendorfer Weg, aus ſtatt.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unſer Kollege, der Schloſſer

Erich Schwitzke

am 14. Oktober an Lungenleiden geſtorben iſt.

Die Einäſcherung findet am Freitag, den 18. Oktober, nachmittags 2½ Uhr, im Krematorium Treptow ſtatt.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unſer Kollege, der Schloſſer

Paul Sprenger

am 13. Oktober an Lungenentzündung geſtorben iſt.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 17. Oktober, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Golgatha-Kirchhofes in der Barfusſtraße aus ſtatt.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unſer Kollege, der Arbeiter

Albert Trenkel

am 13. Oktober an der Grippe geſtorben iſt.

Die Beerdigung findet am Montag, den 21. Oktober, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Kirchhofes in Neukölln, Hermannſtraße aus ſtatt.

Rege Beteiligung wird erwartet. 119/13

Nachruf.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unſer Kollege, der Fräſer

Albert Seifert

am 11. Oktober an Influenza geſtorben iſt.

Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

Straßenhändler

für den Verkauf des

„Vorwärts“

für Berlin und Vororte verlangt

Hauptexpedition des „Vorwärts“, Lindenſtr. 3.

Sozialdemokrat. Zentral-Wahlver. Teltow-Beeskow.

Ortsverein

Treptow Baumſchulenweg.

Am Sonnabend, 12. Oktober, ſtarb im 56. Lebensjahre unſer langjähriges Mitglied, der Genoſſe

Alphonse Roussel

Lohmühlenſtr. 51.

Ehre ſeinem Andenken!

Die Einäſcherung findet am Freitag, vormittags 10 Uhr, im Krematorium der Gemeinde Treptow in der Kiefholzſtraße (Baumſchulenweg) ſtatt.

Um zahlreiche Beteiligung erſucht

194/10 **Der Vorſtand.**

Deutſcher Buchbinder-Verband.

(Zahlſtelle Berlin.)

Den Mitgliedern zur Mitteilung, daß unſer Kollege

Georg Bischoff

plötzlich verſtorben iſt.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 18. Oktober, nachmittags 1.20 Uhr, auf dem Garniſonfriedhof in der Haſenheide ſtatt.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unſer langjähriges Mitglied, der Galanteriearbeiter

Artur Marx

verſtorben iſt.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 18. Oktober, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle der Freireligiöſen Gemeinde, Pappelallee 15/17, aus ſtatt.

Ehre ihrem Andenken!

Zahlreiche Beteiligung erwartet 24/1

Die Ortsverwaltung.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Filiale Groß-Berlin.

Den Mitgliedern geben wir hiermit Nachricht vom Tode des Kollegen

Paul Stephan

von der Reichsdruckerei.

Ehre ſeinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 18. Oktober, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Gethſemane-Kirchhofes in Nordend aus ſtatt.

Um rege Beteiligung bei der Beſtattung des Kollegen erſucht 33/6

Die Ortsverwaltung.

Freie Turnerſchaft Rummelsburg.

M. d. A.-T.-B.

Als weiteres Opfer des Weltkrieges fiel unſer Turngenoſſe 185/6

Franz Kemnitz

am 26. September.

Wir werden ſein Andenken ſtets in Ehren halten.

Der Vorſtand.

Verein der Freidenker für Feuerbeſtattung.

Sitz Berlin. Gegr. 1905.

Am 11. d. Mts. verſtarb unſer Mitglied, der Schloſſer

Paul Rettig

Berlin-Reinickendorf.

Ehre ſeinem Andenken!

Die Einäſcherung findet am Freitag, nachm. 5 Uhr, im Krematorium Gerichtſtraße ſtatt.

Um zahlreiche Beteiligung erſucht 109/5

Der Vorstand.

Verband der Lithographen, Steindrucker und verw. Berufe.

Unſeren Mitgliedern machen wir hierdurch die Mitteilung, daß der Kollege, Steindrucker

Georg Reiß

im Alter von 30 Jahren nach 3tägigem Krankenlager an Grippe verſtorben iſt.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 18. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Lichtenberg, Gürtelſtraße, aus ſtatt. 109/1

Um rege Beteiligung erſucht **Die Verwaltung.**

Berichtigung.

In der geſtrigen Todesanzeige der Familie Heinze muß es Zeile 10 v. u. heißen: Ernſt Blindow nebſt Frau (nicht Emma Blindow).

Spezialarzt

Dr. med. Wockenfuß

Friedrichstr. 125 Oranienbg. Tor Sprechst. 11-1, 5-8

für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden Blutuntersuchungen. Schnelle, sichere, schmerzlose Heilung ohne Berufsstörung. Teilzahlung

Spezialarzt

Dr. med. Laabs

beh. ſchnell, gründl., mögl. ſchmerzlos u. ohne Berufsſtör. Geschlechtskrankheit., geheime Haut-, Harn-, Frauenleiden, Schwäche. Erprobteſte Methoden Harn- und Blutuntersuchung.

Königstr. 34/36, Bahnhof Alexanderpl.

Spr. 10—1 u. 5—8, Sonnt. 10—1

Spezialarzt

Dr. med. Keeben für Geschlechtskrankheiten, Haut-, Harn-, Frauenleiden, nervös. Schwäche, Beinkranke. Behandlung schnell, sicher u. schmerzlos ohne Berufsstörung in Dr. Homeyer & Co. konz. Labor. f. Blutunters.; Fäden im Harn usw.

Friedrichstr. 81, gegenüb. Panoptik.

Königstr. 56/57, gegenüber Rathaus.

Spr. 10-1 u. 5-8, Sonnt. 10-1.

Honorar mäßig, a. Teilzahl.

Separates Damenzimmer.

Friedrich Wilhelm

Lebensverſicherungs-Aktiengeſellſchaft

Gegründet 1866 ∗ Berlin W 8 ∗ Behrenſtr. 58-61

Mit einmaliger barer Einzahlung von	erwerben Sie 5% ige 9. Kriegsanleihe nom.
M. 5000	10000 M.
M. 10000	20000 M.
M. 50 000	100000 M.
M. 100000	200000 M.

durch Verwendung der Zinſen und Zinſeszinſen belaſtungsfrei unter den jetzigen Kriegsanleihe-Bedingungen nach 14 Jahren durch unſere neue

Kriegsanleihe-Verdopplung

Mindeſteinzahlung 5000 Mark ∗ Höchſtbetrag unbegrenzt

Statt Bareinzahlung auch Annahme von Stücken früherer Kriegsanleihen

Man verlange unſere Druckſachen.

Spezialarzt

Dr. med. Hasché,

Friedrichstr. 90 direkt am Stadtbahnh.

Behandl. von Syphilis, Haut-, Harn-, Frauenleiden, ſpez. chron. Fälle. Schmerzloſe, kürzeſte Behandlg. ohne Berufsſtörung. Blutunterſuchung. Mäß. Preiſe. Teilzahlung. Sprechſtunden 11 bis 1 und 5—8, Sonnt. 11—1.

Spezialarzt

Dr. med. Haedicke *

Haut-, Harn-, Geschlechtsl. Blutuntersuchg. Friedrichstr. 187-188 (a. d. Mohrenstraße, Untergrdb.) 11-1, 5-7, Stg. 11-1.

Spezialarzt

Dr. med. Reinhardt,

Potsdamerstr. 117 a. d. Lützowst. ½12-2, 5-½10

Syphilis, Harn-, Frauenleiden, Blutuntersuchungen. Modernſtes erfolgreich. Heilverfahren. Teilz. Siehe 18 Seit. ſtarke Broſch. 0,60 M, nach außerhalb verſchloſſen 1, [illegible]

Fette Mastenten, fette

Brat- u. Suppenhühner, Fette Kaninchen

empfiehlt in großer Auswahl Schmidt vorm. Tasche, Planufer 21, am Halleschen Tor.

Filiale:

Rosenthaler Str. 55.

Damenhüte.

Großverkauf — Kleinverkauf.

Modernisieren u. Schwarz-Färben von Velours-, Plümos-, Filz- und Sammethüten in kürzeſter Zeit. 1702

Hutfabrik Carl Friedrich,

Chauſſeeſtraße 72a, II. Hof 3 Treppen.

J. F. Rauch, Königl. span. Hoflieferant,

Bergstraße 34 und Invalidenstraße 164,

Wein- und Probierkeller: Friedrichstraße 11.

1915er Moselwein Berncastler . . . Fl. 3.75

1915er Rheinwein Ockenheimer . . Fl. 7.40

Preise mit Glas, aber ohne Steuer. 57L*

Wermut-Obstwein Pellin, süß.

Feist Feldgrau . .	Sekt, zuckerdosiert	¹/₁ Fl. 10.80
Höhl Trocken . .		¹/₁ Fl. 11.—
Höhl Kaiserblume		¹/₁ Fl. 11.—

Preise mit Glas und mit Steuer.

Kräftiger, zuckergesüßter Halb u. Halb-Likör, ganze Fl. 23.— M., halbe 12.— M. mit Glas.

Wegen Aufgabe meiner Hotels Frankfurter Hof und Helvetia

Mobiliarverkauf

freihändig, täglich von 4½-6½, ca. 60 Fremdenzimmer u. Hotelzubehör (25 Zimmer in einfacher Ausführung), gute Betten, einige Teppiche u. Läufer, Sofas, Schreibtische, Bilder, Gartenmöbel, 1 Badewanne mit Armatur, 1 Herd, 1 Drehrolle, 1 Tischbillard, Adreßbücher, Karaffen und Gläser u. a. m. 123L

Mittelstraße 6 ◆ Fernsprecher: Ztr. 1178

Achtung!

Laubenkoloniſten!

Laubenland zu verpachten in Buchholz, der Stadt Berlin gehörend, am Sonntag, den 20. Oktober. — Treffpunkt 8 Uhr früh Buchholz, Bahnſtr. 15, bei Gaſtwirt Stock. 508

Joh. Baker, Vorſ., Bahnhofſtraße 23.

Bettnäſſen

jeder Art, auch hartnäckige und veraltete Fälle, beſeitigt vollſtändig Spez.-Mittel. Ueber 25 Jahre ſicher bewährt. M. 6,00. **Otto Reichel,** Berlin 43, SO, Eiſenbahnſtr. 4.

Nach dem Rasieren

nicht den unhygienischen Alaunstein, sondern Actoum-Lösung. Haarbälge desinfizierend und belebend. Fl. 3,50, wo nicht erhältlich, durch **Hygiena, Frankfurt a. M**

Die langen Winterabende kommen, und ſtärker als ſonſt meldet ſich das Bedürfnis nach guter Lektüre. Wer für dieſe Zeit vorſorgen will, der beſtelle zum 1. Oktober die illuſtrierte Wochenſchrift „In Freien Stunden“. — Es beginnt ein neuer Roman:

Der Schneider von Ulm von Max Eyth. Mit Bildern von Profeſſor J. Damberger. — Es iſt die prächtige Geſchichte des Ulmer Schneiders Berblinger, der eine Löſung des Flugproblems verſuchte, ein Vorläufer der modernen Flugzeugerfinder. Packende Seelenmalerei, erquickender Humor zeichnen dies Werk aus. Charakteriſtiſche Frauengeſtalten beleben den Roman, der zu den ſchönſten Erzeugniſſen der volkstümlichen Literatur gehört und beſonders auch der reiferen Jugend empfohlen werden kann. —

„In Freien Stunden“ erſcheinen wöchentlich für 20 Pf. und bringen außer dem Hauptroman in jedem Heft eine zweite Erzählung, Skizze oder Humoreske, ferner intereſſante Aufſätze, Notizen und Bilder aus allen Wiſſensgebieten, Ratſchläge für Haus und Küche, Rätſel, Scherz und Satire.

Unterzeichneter beſtellt:

In Freien Stunden

Heft 1 und folgende

(In jeder Woche 1 Heft für 20 Pf.)

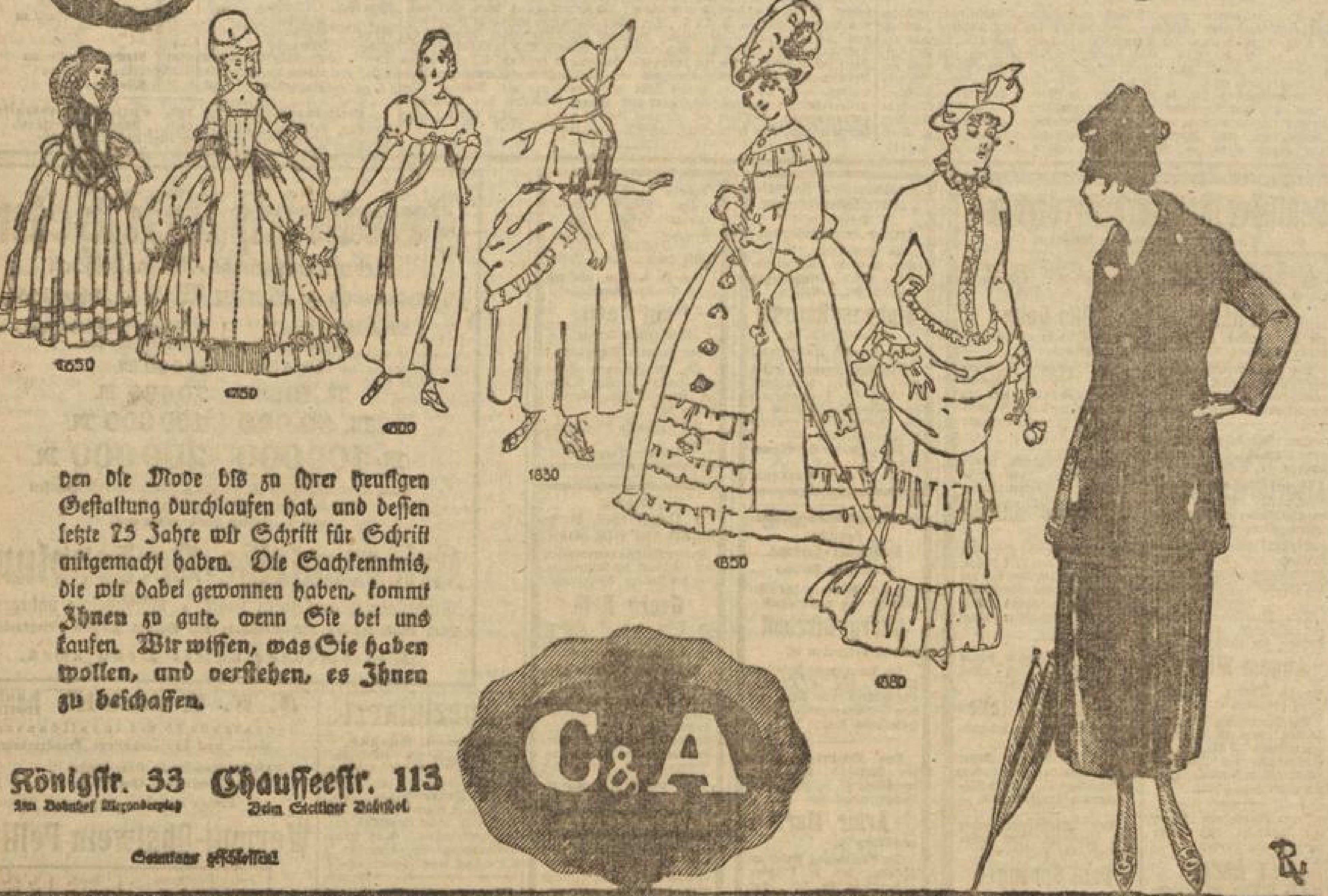
Name:

Ort:

Straße:

Der Beſtellzettel iſt an unſere Expedition einzuſenden!

Ein weiter Weg



den die Mode bis zu ihrer heutigen Geſtaltung durchlaufen hat, und deſſen letzte 25 Jahre wir Schritt für Schritt mitgemacht haben. Die Sachkenntnis, die wir dabei gewonnen haben, kommt Ihnen zu gute, wenn Sie bei uns kaufen. Wir wiſſen, was Sie haben wollen, und verſtehen, es Ihnen zu beſchaffen.

C&A

Königſtr. 33
Am Bahnhof Alexanderplatz

Chauſſeeſtr. 113
Beim Stettiner Bahnhof

Sonntags geſchloſſen

Direktion Max Reinhardt.
Deutsches Theater
7 U.: **Der leb. Leichnam.**
Kammerspiele
8 Uhr: **Der Weibsteufel.**
Kleines Schauspielhaus
Fasanenstraße 1, Portal 5.
7½ Uhr: Frühlings Erwachen.

Volksbühne
Theater am Bülowplatz.
Direktion Friedrich Kayßler.
7½ Uhr: **Maß für Maß.**

Dir. C. Meinhard — R. Bernauer.
Theater in d. Königgrätzer Str.
7½: **Der Hauch im All.**
Komödienhaus
½8 U.: Die tanzende Nymphe.
Berliner Theater
7¾ U.: **Blitzblaues Blut.**

Casino-Theater.
Lothringer Str. 37. Tägl. ½8 U.:
Ein großer Theatererfolg
der Berliner Poſſen-Schlager
Man lacht mal wieder!
Vorher das neue Cabaret-Progr.
Geſang, Akrobatik, Humor!
Sonnt. 3½: Ein fideles Huhn.

National-Theater.
½8 Cöpenicker Str. 68. ½8
Der große
Operettenerfolg!
Prinzenliebe.
Sonnt. 3½: Studentenliebchen.
Vorverk. 10—2 u. ab 6 Uhr.

Theater der Friedrichstadt.
Ecke Friedrich- u. Linienstr.
7½ Uhr. Tägl.: Nord. 8850.
Kaiserplatz 3, 1 Tr.
Ein lust. Stück m. Musik v. Laufs v. Möllendorff. Georg. L. Helms.
Mittw., Sonnab., Sonnt. 3½:
Hansel u. Gretel im Zauberwald.
Märchen m. Gesang u. Tanz.

Trianon-Theater
Bhf. Friedrichstr. Ztr. 4927, 2391
Nachm. ¼4 Uhr, kl. Preise:
Rotkäppchen.
Abends 8 Uhr:
Der gute Ruf
von Hermann Sudermann.
Ida Wüst. Bruno Kastner.
Dehner. Flink. Schönfeld. Klein.
Morgen u. folg. Tage 8 Uhr:
Der gute Ruf.
Freitag ¼4: Schneewittchen.
Sonnab. ¼4: Hänsel u. Gretel.
Sonntag ¼4: Johannisfeuer.

Theater für Donnerstag, 17. Oktober.

Central-Theater
7½ Uhr: **Die Rose von Stambul.**

Deutsches Opernhaus
7 Uhr: **Fidelio.**

Friedrich-Wilhelmst. Theater
7½ Uhr: **Hannerl.**

Kleines Theater
8 Uhr: **Alt-Nürnberg.**

Komische Oper
7½ U.: **Schwarzwaldmädel.**
Stg. 3½: Schwarzwaldmädel.

Lustspielhaus
7½ Uhr: **Die spanische Fliege.**

Metropol-Theater
7 U. 10: **Die Faschingsfee**
Sonntag 3 Uhr: Wiener Blut.

Palast-Theater
7½ Uhr: **Der Stralauer Fischzug.**

Neues Operettenhaus
7½ Uhr: **Das süße Mädel.**
Stg. 3½: Der Soldat der Marie.

Residenz-Theater
7½ Uhr: **Hotel Stadt Lemberg.**

Schiller-Th. Charl.
7½ Uhr: **Pfarrer von Kirchfeld.**

Thalia-Theater
7½ Uhr: **Unter d. blühend. Linde.**
Stg. 3 U.: Egon u. seine Frauen.

Theater am Nollendorfplatz
3¾ Uhr: **Fidelio.**
7 Uhr:
Das alte Spielhaus

Theater des Westens
7½ Uhr: **Die lustige Witwe**
mit Guido Thielscher.

Wallner-Theater
7½ Uhr **Graf Habenichts.**
Sonnt. 3½ Uhr: Frühlingsluft.

Walhalla-Theater.
7½ Uhr:
Donauliebchen.

Rose-Theater.
7½ Uhr: Gastsp. d. Friedr.-Wilhelmstädt. Theaters:
Das Dreimäderlhaus.

Admiralspalast.
Die Prinzessin von Tragant.
Wer ist die Schönste?
Sajdah.
7½ Uhr.

Theater am Kottbuser Tor.
Kottbuserst. 6 Leit. F. Wagner
Täglich 7½ Uhr:
Die Große Varieté-Schau.
Dekorationsentw. Heinr. Zille. — Anna Müller-Lincke.
Vorverk. 10½—1½ u. ab 5 U. sowie bei Wertheim.

Rennen zu Berlin-Karlshorst

Donnerstag, 17. Oktober 1918, mittags 12 Uhr.
7 Rennen i. Werte v. 124500 M., darunter:

Großes Stuten-Jagdrennen:	50 000 M.
Züchterpreis:	21 000 M.
Ahorn-Jagdrennen:	14 500 M.

Fahrpl. der Vorortzüge üb. Stadtbahn s. Anschläge. Außerd. Stadtbahnverb. v. Charlottenb.—Friedrichstraße nach Niederschöneweide sow. v. Görlitz. Bhf. n. Niederschöneweide, v. hier in 15 Min. ca. zu Fuß z. Rennb. Karlshorst. Straßenbahnverb. 1. v. Schles. Bahnh. üb. Stralau-Treptow n. Oberschöneweide; 2. v. Bahnh. Niederschöneweide nach Rennb. Karlshorst; 3. vom Alexanderplatz nach Friedrichsfelde; 4. von Friedrichsfelde nach Rennbahn Karlshorst.

Circus
Busch
Tägl. 7½, Sonnt. 3½ u. 7½.
Wiederauftreten des beliebten Direktorenpaares **Curty-Althoff** mit neuen Dressuren, u. a. **Punsch**, das einzig existierende Akrobatenpferd.
Sowie **Marino**, das Autowunder. **2 Carrès**, Nymphenspiele z. Pferde, u. das übrige Programm.
Zum Schluß:
Oberon
Phant. Wasser-Pantomime.

WINTERGARTEN
Trude Hesterberg
Inge Laury
Tegernseer Bauerntheater
Die Rosenknöpf'
sowie der
neue
Oktober-Spielplan!

Apollo
Friedrichstr. 218
Dir.: James Klein.
7½, Sonnt. 3½ u. 7½.
Die Welt geht unter!
Große Varieté-Ausstattungsschau in vielen Bildern mit
Senta Söneland
Ernst Lubitsch
usw.
Sonnt. 3½ Uhr jeder Erwachs. 1 Kind frei!

Reichshallen-Theater.
Allabendlich 7½ Uhr und Sonntag nachmittags 3 Uhr:
Stettiner Sänger.
Nachmittags ermäß. Preise!

Zahngebisse,
Platin. Gr. 7,80, kauft *
Frau Wagner,
Kaiſerſtr. 18 I (Alexanderplatz)

Kükük
Lichtspiele
Große Frankfurter Str. 28,
a. d. Andreasstraße.
Bis Donnerstag, 17./10.:
Die Rothenburger
nach d. Roman von Adolf Wilbrandt mit
Friedr. Zelnik,
Lya Mara.
Usw
Wochentags 5 Uhr.
Sonntags 3 Uhr.

Frauen-Heil-Institut
Berlin W, Potsdamer Str. 86.
Gute Erfolge ſeit 25 Jahren.
Spezialbehandlung
nervöser **Frauenleiden.**
Krankheiten d. Entwicklung u. Wechseljahre durch Massage, Wasserheilverf., Bestrahl., Elektrotherapie, Röntgenbehandlung.
Dr. med. Lommer, prakt. Arzt.
Sprechſt. 11-1 u. 3-7 außer Sonnabend u. Sonntag.
Fernſpr.: Kurfürſt 4081.
Mäßige Preiſe.
Broſch. durch **Minna Kube.**

Gartenlandparzellen,
in guter Kultur, zur Selbſtbewirtſchaftung vorzüglich geeignet, ſind in Niederſchönhauſen an der Kaiſer-Wilhelm-Straße für nur 85 M. pro Quadratrute zu verkaufen. Bequeme Verbindungen mit den Linien 23, 47, 49, 57 und zwei Siemens-Bahnen. Auskunft Niederſchönhauſen, Kaiſer-Wilhelm-Str. 53 zwiſchen 3 bis 6 Uhr. **S. Joseph.**
Amt Pankow. 683 562*

Zinshäuser
mit kleinen Wohnungen in beſter Lage in Ober- und Niederſchöneweide preiswert zu verkaufen.
Agenten verbeten.
Für Selbſtreflektanten zu ſprechen vormittags 9 bis 12 Uhr. 1788
Golde, Charlottenburg, Kantſtr. 142.

Auf Kredit
Gegen Bar
Vornehme
Herren- und Damen-Bekleidung

Herren-Anzüge	Herren-Paletots
Damen-Kleider	Damen-Kostüme
Damen-Mäntel	Damen-Ulster
Damen-Blusen	Kostüm-Röcke

in grosser Auswahl

Brunnenstrasse 1
Frankfurter Allee 350
Kottbuser Damm 103
Charlottbg., Scharrenstr. 5

B. FEDER

Nur bis Sonnabend, den 19. Oktober in Berlin,
tägl. v. 10—6 Uhr, zahle ich beſond. hohe Preiſe f. ausgebrauchte
Alte Gebisse pro Zahn bis 4 M.
auch für den gewöhnl. Platin-Zahn 0,50 bis 1 M., Platin-Stift-Zahn 1,60 bis 2 M., Platin-Platten-Zahn 3 bis 4 M. Metall-Gebiſſe bis 150 M., Platin-Abfälle, Brennſtifte Gramm 8 M., im Hotel Zum grünen Baum, Krauſenſtr. 56—58, Zimmer 1, part. (nahe Leipziger Straße). 116/15*
Frau Knuth.

Ia Velourshüte u. Reiher
im Vorverkauf billiger!
Lindeku, C., Rosenthaler Straße 36,
2. Geschäft: Grunewaldstr. 56, Ecke Bayrischer Platz. 261/10*

Buch der Erfindungen
728 Lex.-Seiten, m. 730 Abbild., Leinwband, M. 16,50 Nachn. **L. Schwarz & Co.,** Verlag, Berlin 14, Dresdener Straße 80. 127/4

Nr. 286 — 1918

Unterhaltungsblatt des Vorwärts

Donnerstag, 17. Oktober

Hinter dem Ural.

Bilder aus ruſſiſcher Kriegsgefangenſchaft

von Herbert Stegemann.

Die kleine Kreisſtadt liegt da in der Glut eines ſibiriſchen Sommernachmittags: die grelle Sonne flackert auf den flachen, mit grünem Meſſing gedeckten Dächern, kriecht gierig und erbarmungslos durch die Ritzen der Holzhütten, tanzt auf den weißen Steinquadern der Wohnhäuſer der wohlhabenden Kaufleute, deren es gerade in unſerem Städtchen nicht wenig gibt. Hin und wieder macht ſich ein plötzlicher Windſtoß auf: dann ſtiebt es auf von den breiten, ungepflaſterten Straßen — Säulen gelben Staubes, eine nach der andern; im Nu ſind die wenigen Menſchen, die auf den einſamen Straßen zu ſehen ſind, und die müden Gäule, die breite korbähnliche Bauernwagen mit der landesüblichen Behaglichkeit und Langſamkeit vorwärts ſchleppen, von den gelbgrauen Schmutzwolken verhüllt. Gegen Abend — das iſt ein alter Brauch — legt ſich der Wind: es wird angenehm kühl: und das in der Hitze des glutenden Tages erſtorbene Leben wagt ſich allmählich wieder hervor.

Die Hauptſtraße des Städtchens — es hat an zehntauſend Bewohner und liegt im aſiatiſchen Teil des Gouvernements Perm — iſt breit, ſie iſt weit breiter als die Friedrichſtraße in Berlin, wozu ja allerdings nicht übermäßig viel gehört. Hier gibts nur Steinhäuſer: hier iſt der langgeſtreckte Goſtinni Dwor, eine zuſammenhängende Reihe ſtattlicher Kaufläden, die freilich, als der Hauptſitz des Kapitalismus, während der bolſchewiſtiſchen Revolution der erbitterten Menge der Bauern und Soldaten zum Opfer fielen, hier iſt das Poſtkontor, ein paar andere Amtsgebäude wie die Semſtwoverwaltung, und hier iſt der abendliche Spazierweg der Bevölkerung. Der Bürgerſteig iſt freilich nur aus höchſt einfachem Holz gelegt, hin und wieder iſt ein umfängliches Loch darin, in welches man mit Seelenruhe immer wieder hineinfällt, ohne daß ein Menſch je daran denkt es auszubeſſern, und auf dieſem ſchmalen Steig drängt ſich allabendlich das Publikum. Man kann vergeſſen, daß man ſich hier einige tauſend Kilometer von der Heimat entfernt befindet. Denn außer ein paar ruſſiſchen Gymnaſiaſten ſieht man auf dieſer, dem Gotte Amor geweihten Promenade nur Deutſche und Oeſterreicher. Ruſſiſche Soldaten ſind ſeit der Herrſchaft der Bolſchewiſten Fabelweſen geworden, die man gar nicht mehr zu Geſicht bekommt. Das hier garniſonierende Regiment hatte ſchon zu Kerenskis Zeiten klar erkannt, daß der beſſere Teil der Tapferkeit die Vorſicht ſei, und nachdem es, ſehr wider ſeinen Willen an der Julioffenſive des Jahres 17 teilgenommen hatte, verlegte es den Schauplatz ſeiner kriegeriſchen Tätigkeit ins Innere des Landes, veranſtaltete einen hübſchen Pogrom, bei dem es übrigens ganz gutmütig zuging, Tote kaum vorkamen und vor allem wacker geplündert und gezecht ward, und zog alsdann, nachdem man noch eine Reſolution über die Blödſinnigkeit des Krieges im allgemeinen und dieſes Krieges im beſonderen gefaßt hatte, „mit den Schätzen reich beladen“ auf die heimiſchen Dörfer. Alſo Soldaten und Offiziere exiſtierten nicht mehr. Letzteres ward von den Deutſchen beſonders angenehm empfunden, denn die hübſchen Praporſchtiks, die dazu noch die Taſchen voll Geld hatten, ſtellten eine ſehr unangenehme Konkurrenz bei dem weiblichen Teil der Bevölkerung dar.

So war es in unſerer kleinen Kreisſtadt, wie jetzt in ſo manchem Land: die Deutſchen beherrſchten das Feld — oder richtiger die Mittelmächte, denn von den etwa 1500 Kriegsgefangenen entſtammten ungefähr 1200 Mann dem Völkergemiſch unſerer öſterreichiſchen Verbündeten. Bei der ungefähr gleich ſtarken Maſſe der Zivilgefangenen war das Verhältnis grade umgekehrt. Es läßt ſich denken, wie ſehr das Leben des kleinen Kreisſtädtchens durch die Anweſenheit einer ſo großen Anzahl meiſt junger und lebensluſtiger Gefangener beeinflußt wurde.

Zur Zeit des alten Regimes, mehr noch zur Zeit der Herrſchaft Kerenskis, war die Lage der Kriegsgefangenen recht traurig: ſeit dem Beginn der Herrſchaft der Bolſchewiſten beſſerte ſie ſich zuſehends, faſt all die ſinnloſen und läſtigen Beſchränkungen, die aus bloßer Gehäſſigkeit eingeführt waren, verſchwanden nach und nach, und die Deutſchen — ſowohl die Kriegs- wie die Zivilgefangenen — regten ſich freier und freier. Die kleine ſibiriſche Stadt wachte aus ihrer Schläfrigkeit auf: Handel und Wandel hob ſich — für den Handel ſorgten hauptſächlich etwa zweihundert galiziſche Juden, die mit allem, aber auch mit allem handelten, was ſich ein menſchliches Gehirn nur zu denken vermag, und für den Wandel ſorgten die öſterreichiſchen Offiziere und Fähnriche, die mit der weiblichen Jugend des Städtchens zu jeder Tages- und Nachtzeit ſpazieren wandelten.

Alle Zweige des gewerblichen Lebens gerieten mehr oder minder in deutſche Hand: nicht etwa weil der Deutſche ſich beſonders hervorgedrängt hatte, ſondern weil der nicht allzu arbeitsfrohe und ziemlich phlegmatiſche Ruſſe ihn förmlich einlud, überall mit Hand anzulegen. Unter der zariſtiſchen Regierung bemühte man ſich natürlich, dieſen Einfluß der Deutſchen nach Möglichkeit auszuſchalten und die Betätigung der Zivil- und Kriegsgefangenen auf das unumgänglich Notwendige einzuſchränken. Zur Uebernahme aller Arbeiten gehörte eine beſondere Erlaubnis der Behörde, die im allgemeinen nur da erteilt wurde, wo es ſich um grobe körperliche Arbeit handelte. Von der Revolution ab, jedenfalls von der November-Revolution ab, fiel das alles weg, und es gab eigentlich kaum mehr ein Gebiet des gewerblichen und geſchäftlichen Lebens, deſſen ſich die Deutſchen nicht mehr oder weniger bemächtigt hätten. Ruſſiſche Handwerker waren infolge des Krieges kaum mehr anzutreffen: ſelbſt in dieſem entlegenen ſibiriſchen Städtchen machten ſich die ungeheuren Verluſte, die Rußland an produktiven Kräften erlitten hatte, geltend.

So waren es einige deutſche Schneider und Schuſter, die allein für die Bekleidung und Beſchuhung der Stadt ſorgten, und bei außerordentlich geſtiegenen Preiſen gelang es dieſen faſt ausnahmslos, ſich ein kleines Vermögen zu erwerben. Ich ſehe ihn noch vor mir, den kleinen Schuſter aus Mitau mit ſeinen ſtarken Armen und geſchickten Händen, die raſtlos arbeiteten von früh bis ſpät: der Mann lieferte mit einem Gehilfen täglich ein Paar, meiſt ſchlecht ſitzende und oberflächlich gearbeitete Schuhe für 100 Rubel ab, wobei er infolge günſtiger Ledereinkäufe mindeſtens ſeine 50—60 Rubel verdiente. Im Sommer dieſes Jahres ſetzte er ſich nach etwa dreijähriger Tätigkeit mit einem Vermögen von ſiebzigtauſend Rubel zur Ruhe oder richtiger, er ward aus einem Handwerker zu einem Spekulanten und Darlehnsgeber an Zivil- und Kriegsgefangene, die von der Feldverbindung mit der Heimat abgeſchnitten waren oder es zu ſein behaupteten. Es iſt mir recht zweifelhaft, ob er mit dieſem neuen Geſchäftszweige ſoviel Glück haben wird wie mit der ehrſamen und ſoliden Schuſterei. Als vielbeneideter Großkapitaliſt ſtand ihm zur Seite ein deutſcher Pferdeſchlächter. Man ſieht, die Tage der Schweine- und Rinderbraten ſind ſelbſt für Sibirien gezählt: es gab freilich noch mittelmäßiges Fleiſch für etwa 5 Mark das Pfund, aber den meiſten Deutſchen geſtatteten ihre Verhältniſſe derartige luxuriöſe Ausſchweifungen nicht mehr, und ſo freundete man ſich mit dem verhältnismäßig billigen und, abgeſehen von ſeinem Mangel an Fettgehalt, nicht unangenehm ſchmeckenden Fohlenfleiſch an. Schuſter, Schneider, Schlächter, Maurer, Tiſchler, Zimmermann, Kutſcher, Bäcker — die Deutſchen waren alles auf den Straßen des Städtchens hörte man mehr Deutſch als Ruſſiſch, und, was das allerhübſcheſte war, ſelbſt die ſtädtiſchen Behörden lagen in letzter Zeit in deutſchen Händen. Auf dem Stadtamte, das die Mehlverteilung regelte, ſaßen Deutſche; im örtlichen Sowjet ſaßen Deutſche; aus Deutſchen ſetzte ſich die rote Garde zuſammen; Deutſche heirateten ſich behaglich in die beſſeren Familien der Stadt ein — kurz, das Städtchen war einfach eine kleine deutſche Kolonie im fernen Oſten.

Sturmbühne.

In der Form des Bühnenwerks müſſen alle Kunſtformen zuſammengefaßt lebendig ſein, als ein einziger beſonderer Ausdruck mit eigentümlicher rhythmiſcher Wirkung. Es iſt im Grunde handgreiflich einfach, was die Sturmbühnenleute theoretiſch als ihr Ziel bezeichnen, und wie Lothar Schreyer am Dienstag vor der erſten Vereinsaufführung im Verlauf ſeiner ſympathiſch werkfreudigen Worte zur Sache andeutete, will das Ziel auch gar nicht in ſolchem Maße grundſtürzend neu ſein, daß ſich das Heute der Kunſt etwa todfeindlich gegen ihr Geſtern ſtellt. Das Bühnenwerk, das Lothar Schreyer aus Auguſt Stramms Dichtung Sancta Suſanna im Verein mit Herwarth Waldens muſikaliſcher Beihilfe herauswachſen ließ, iſt ſicher eigen, beſtätigt aber, daß zwiſchen dem Geſtern und Heute Brücken ſchwingen. Beide trennt nur ein Gradunterſchied der Bewußtheit, aus Form und Farbe, Ton und Bewegung ein einheitliches Kunſtwerk, eben das Bühnenwerk, zu wollen. Und ich glaube, man darf nicht bezweifeln, daß die junge Inbrunſt der Energie, das Werk aus dem Innerſten fühlend heraufzuſchöpfen, ſich als groß und ſtark und rein empfindet und genießt. Das eben ließen die Worte erkennen, die Lothar Schreyer der Aufführung vorausſchickte.

Das Bühnenwerk hat nicht bloß Sprechwerk, nicht bloß maleriſche Leiſtung, nicht bloß Bewegungsbild zu ſein. Scharf wird das betont, und darin liegt, daß keine Unterordnung unter die Dichtung, von der es ausgeht, anerkannt wird. Frei ſoll der Künſtler, der ein Werk der Bühne ſchafft, ſchalten können. Aber Auguſt Stramm, der als ein Mutmenſch der Dichtkunſt zähen Wollens auf Neuland ausſteuerte, wies gleichwohl mit ſeiner Tonart die Richtung. Der Bühnentext, den er Sancta Suſanna nannte, hat nicht die merkwürdige Selbſtändigkeit ſpäterer dramatiſcher Gänge ſeiner Kraft; er könnte ein Abkömmling von Maeterlinckſcher Frühromantik ſein, und auch in deren Art aufgeführt werden. Das bringt immerhin die Frage auf, warum die Sturmbühne ihren Verſuch dennoch an dieſes Werk knüpfte. Warum machte ſie ſich nicht an Stramms ungleich ſtärkeren Szenenkreis „Kräfte“? Es kam ihr doch auch auf dieſen Dichter an, der ein Blutopfer des Krieges geworden iſt. Mit „Sancta Suſanna“ ließ ſie ſich von Stramms Dramatik nur das Motiv und die Folge der Gefühle und Bilder einer erotiſch durchſchwülten Nacht zwiſchen Untergang und Aufgang der Sonne geben: Sinnenglut ſpringt in klöſterliche Liebesabkehr über und ſprengt ſiegeriſch asketiſche Gelübde. Schreyer ging etwa darauf aus, dieſe Szenen nach dem Kunſtwollen des über „Sancta Suſanna“ fortgeſchrittenen Dichters zu formen. Denn Stramm iſt ein Prophet und Wegweiſer der Sturmleute.

Im Theaterſaal des Künſtlerhauſes in der Bellevueſtraße, der nur ein paar hundert Zuſchauer faßt, ging das Spiel vor ſich. Es hatte die ungeſtört ſtille Aufmerkſamkeit, die ſolches Erproben neuer Wege fordern darf. Das Weſen der Aufführung läßt ſich vom Weſen der neuen Wortkunſt aus andeuten, als deren Bildner Stramm gilt. Wenn dieſe darauf ausgeht, Worte zu heben, die für ſich und in ihrer Verbindung miteinander wie Urlaute des Gefühls wirken, alſo die Macht großen Gefühlsausdrucks haben, ſo geht nun auch alles, was das Bühnenbild ausmacht — Farbe, Linie, Form, Ton, Bewegung — auf Urſprünglichſtes aus. Das Theater einer Art Primitivkunſt öffnet ſich, deren Merkmal der Wille ſcheint, alles zu meiden, was Naturalismus heißen könnte. Alles iſt ſehr greifbar, aus wenig einfachen Elementen hart gefügt, aber alles iſt vom wirklich Lebenden entfernt: nicht nur das Aeußere der menſchlichen Geſtalten, auch ihre Sprache, die mit der Abſicht, charakteriſtiſch zu wirken, getönt iſt, ohne Muſik zu ſein. Das Wirkliche iſt begrenzt, die Kunſt, die das Wirkliche ſchöpferiſch überwindet, weitet es über ſich ſelbſt hinaus, ſprengt ſeine Begrenztheit auf, holt die Form heraus, in der das geiſtige Element des Wirklichen zur Geſtalt wird. Wenn dies das Ziel der Sturmbühnenkunſt iſt, ſo wird der Weg von viſionär-ſymboliſchen Geſtalten belebt ſein. Das war ſo in dem Werk Schreyers, war alſo in der Tat nicht etwas Neues. Als neuartig wirkt nur die kühn entſchloſſen gewählte Sprache einfachſter und einfachſt zuſammengefaßter Mittel, die, weil ſie ungewöhnlich und mehr noch ungewohnt ſind, zunächſt überraſchen und oft verwundert ſtutzen laſſen.

Nur eine halbe Stunde dauert das Spiel, das, durch einen Hintergrund von vier ſich übereinander weitenden Farbenhalbkreiſen geſtimmt und zuſammengehalten, in weſentlich pantomimiſch bewegten Reliefbildern vor ſich geht. In der Arbeit Schreyers iſt unzweifelhaft Ueberlegung bis in alles Einzelne der Elemente, die, zum Ganzen verwachſen, ein Ausdruck aufgärend in ſich ſelber ringender ſeeliſcher Ergriffenheit werden ſollen. Aber wirkte dieſe Ergriffenheit auch über ſich hinaus? Teilte ſie ſich gebieteriſch von der Bühne aus mit? Nur einen Augenblick ſteigerte die Darſtellerin der Clementia den Eindruck zu ſolcher Macht. Im übrigen blieb man in der Rolle des aufmerkſam prüfenden Beobachters, dem der Abend zwar ein reges Wollen und einen gangbaren Weg bezeugte, aber doch zunächſt eine künſtleriſche Offenbarung, die Gewolltes überzeugend geben konnte, verſagte. frd.

Notizen.

— **Vorträge.** Im Leſſing-Muſeum ſpricht Sonnabend, den 19. Oktober, 7½ Uhr, im Bürgerſaal des Rathauſes Paul Alfred Merbach über „Friedrich Schleiermacher“ (zu ſeinem 150. Geburtstage).

— **Meiſter und Schüler.** Im jüngſten Heft der bei B. Caſſirer erſcheinenden Zeitſchrift „Kunſt und Künſtler“ wird erzählt: Corot malte eines Tages zuſammen mit Guillemet, der ſein Schüler war, an einem Teiche bei Ville d'Avray. Corot ſagte: „Mein Sohn, male immer nur, was du ſiehſt.“ Nach einiger Zeit ſteht Guillemet auf und betrachtet das Bild des Meiſters. „Aber Sie ſagten mir eben, ich ſollte nur malen, was ich ſehe.“ „Gewiß.“ „Und dieſe Nymphen?“ „Ich ſehe ſie“, erwiderte Corot, „ſiehſt du ſie denn nicht?“ Guillemet, der die Geſchichte ſeinen Freunden erzählte, fügte hinzu: „Ich habe ſie nicht geſehen, und darum blieb ich ein Schüler, indeſſen er ein Meiſter war.“

— **Das Illuſtrierte Buch.** Unter dieſem Titel veröffentlicht ſoeben die Buchhandlung Edmund Meyer, Berlin, Potsdamer Straße 27B, einen umfangreichen Antiquariatskatalog, in dem in etwa anderthalbtauſend Namen die Künſtler ſo ziemlich aller Zeiten und Länder, die ſich mit der Buchilluſtration beſchäftigt haben, vertreten ſind. Beſonderes Gewicht iſt gelegt auf den franzöſiſchen Holzſchnitt des 19. Jahrhunderts: Doré, Daumier, Gavarni, Grandville, Johannot, Töpffer.

Lodz.

117]

Das gelobte Land.

Roman von W. St. Reymont.

Horn wollte ihm noch Troſt zuſprechen, fand aber nicht das richtige Wort. Er fühlte, daß ſolche Wunden Zeit und Schweigen allein heilen können, daß ſolche Schmerzen von eigenem Leid und eigenen Tränen ſich nähren und nur durch ſie allein erſterben.

Auf dem Hofe begegnete er Wyſocki, der aus dem Ambulatorium herauskam.

„Sind Sie Sonntag bei Trawinskis?“

„Selbſtverſtändlich. Es iſt ja der einzige Ort in Lodz, wo außer Fabrikanten auch noch Menſchen verkehren.“

Sie verabſchiedeten ſich raſch, weil Schajas Wagen ſchon vor dem Kontor wartete.

Schaja ſelbſt ſaß noch im Kontor und ſpielte mit ſeinen Enkelinnen, den Töchtern Stanislaws.

Die rötlichen Köpfe und die roſigen Geſichter ſchmiegten ſich an die breite Bruſt des Großvaters. Seine roten Habichtsaugen ſtrahlten vor Zärtlichkeit und Freude.

„Sehen Sie, Doktor, wie ermüdend es iſt, Großpapa zu ſein,“ ſagte er zu Wyſocki. „Wir müſſen aber gleich fahren, der Zug kommt in acht Minuten.“

Das am Fenſter diskret wartende Kinderfräulein nahm die Kinder ab, und ſie fuhren zuſammen zum Bahnhof.

Alle traten vor Schaja zurück und machten Platz. Mützen und Hüte flogen von den Köpfen, die Stimmen verſtummten. Neugierig blieben die Blicke aller auf der in einen langen Rock gehüllten erhabenen Geſtalt haften. Wohlgefällig glättete Schaja ſeinen Bart, nickte den Bekannten mit dem Kopfe zu und ging durch das Spalier, das ſich jetzt gebildet hatte, mit der Miene eines Königs, der allerhuldvollſt auf die arme, vor ihm zurückweichende Menge herabzuſchauen geruht.

Wie roſa Schmetterlinge liefen die beiden Mädchen voran.

Aus einem Wagenfenſter erſter Klaſſe erblickte Wyſocki ſchon von weitem die herausgebeugten Köpfe Roſas und Melas und ſtürzte ſich ſofort an die Wagentür.

„Wie geht's dir, Roſa, wie geht's denn?“ rief Schaja, Roſas Geſicht zärtlich ſtreichelnd. „Gut, daß du ſchon gekommen biſt.“ Rührung lag in ſeiner Stimme.

„Haben Sie auf uns gewartet?“ fragte Mela Wyſocki leiſe, auf dem Wege zum Wagen.

„Ich habe auf Sie gewartet.“

„Ich habe auf Sie gewartet ganze zwei Monate,“ ſagte Mela ergriffen und ganz leiſe.

Wyſocki wollte ſo ſchnell wie möglich fort. Er taumelte vor Erregung. Die Damen hielten ihn aber zurück. Er ſetzte ſich auf den Rückſitz, Mela gegenüber, und blickte auf ihr aſchgraues Haar, das unter dem großen, hellen Hut hervorleuchtete, und auf das etwas abgebrannte, wie mattgoldene Trauben leuchtende Geſicht. Eine ſolche Glut lag in ſeinem Blick, daß Mela verlegen vor Glück erſchauerte.

Roſa küßte die Mädchen herzlich und erzählte luſtige Reiſeerlebniſſe, ohne das freudeſtrahlende Geſicht Melas zu beachten.

„Wir erwarten Sie Sonntag wie gewöhnlich im ſchwarzen Boudoir,“ ſagte ſie Wyſocki zum Abſchied.

Beim Weggehen fing Wyſocki noch einen Blick Melas auf, der ihm die Seele mit ſeltſamer Unruhe erfüllte.

Er war ſich ſelbſt noch nicht ganz klar und konnte auch keines ſeiner Gefühle in einen klaren Gedanken faſſen. Von einem unwillkürlichen Verlangen nach Einſamkeit getrieben, ging er hinter die Stadt, durch eine neu angelegte Straße, zwiſchen noch nicht geebneten Aeckern.

„Ich liebe ſie! Ja, ich liebe ſie!“ dachte er und verſank in den Anblick der Windmühlen, die ſich auf den Hügeln in einer Reihe hinzogen, und der langſam ſich drehenden Flügel, die wie müde Arme auf dem Hintergrund des klaren Himmels ſich hoben und ſenkten.

Dann bog er in ein mit Hafer beſätes Feld ein, über dem ſich ſchwärzlich glitzernde Wolken jagten und an die fahlgelbe Kornwand ſchlugen. Lerchen flogen vor ſeinen Füßen auf und zwitſcherten zum Himmel empor.

Eine gewaltige Lebensfreude wallte in ihm auf, ſeine Bruſt hob ſich von der unſterblichen Macht, die aus den jungen Gräſern drang, die aus den blauen Augen der Kornblumen in den großen Roggenwüſten ſtrahlte, aus dem Rauſchen des Korns und dem ſchmeichelnden Hauch des Windes.

In Gedanken verſunken, glücklich und voll unausſprechlicher Rührung ging er weiter, bis ihm eine kleine, halb zerfallene Hütte den Weg verſperrte. Im Schatten einer großen Birke lag ein Mann auf Stroh. Der Kopf lag tief in einem karierten Kiſſen vergraben, die Augen hafteten an den ſchlaffen, zarten Zweigen. Mit ſchwacher Stimme ſang er vor ſich hin. Wie das Summen der Mücken klang es:

„Preiſet, Lippen, die heiligſte Jungfrau,
„Preiſet, Lippen, die gütigſte Mutter.“

Wyſocki blieb ſtehen.

Wie das Plätſchern des Waſſers auf ſteinigem Grunde klang die Stimme des Sängers. Sie brach immer und erhob ſich wiederum und erſtarb röchelnd in einem ſchweren Seufzer, nach dem der Mann einen rieſigen Roſenkranz durch ſeine Finger gleiten ließ und auf die Roggenfläche ſtarrte, die ſich rauſchend zu ihm neigte.

„Was fehlt Euch?“ fragte Wyſocki, ſich neben dem Liegenden niederlaſſend.

„Nichts, Herr, nichts . . . Ich ſterbe halt ſo 'n biſſel, nach und nach,“ erwiderte der Kranke langſam, über die Anweſenheit des Fremden gar nicht verwundert, und erhob ſeine grauen, traurigen Augen zu ihm.

„Was habt Ihr?“

„Ich habe den Tod, Herr, und auch das da,“ er ſchob einen Lumpen beiſeite und zeigte zwei Beinſtümpfe. „Die Fabrik hat mir die Füße bis zu den Knöcheln abgebiſſen, dann ſchnitten die Doktors es bis zu den Knien ab, aber der Tod ſchlich ſich doch heran; dann ſchnitten ſie's mir noch weiter ab, aber der Tod rückte nach, Herr . . . Und er wird auch kommen, ich flehe ja drum . . . den Allmächtigen und die heiligſte Jungfrau . . .“ Er hob das metallene Kreuz des Roſenkranzes zu den Lippen.

„Und jetzt habt Ihr keine Schmerzen?“

„Nein, was ſollte mir auch weh tun? Beine hab' ich keine, Fleiſch auch nicht, die Hände werden auch bald hin ſein, Herr, da . . .“, er zeigte zwei mit grauer Haut überzogene Knochen, die wie die krummen, trockenen Aeſte des Pflaumenbaumes ausſahen, der vor der Hütte ſtand. „Biſſel Atem ſpukt da noch in mir herum, aber wenn der auch, ſo Gott will, ausgeht, dann werd' ich wohl auch meine Ruhe haben.“

Mit großer Anſtrengung brachte er die einzelnen Worte langſam hervor. Ein ſchwaches Lächeln, wie der letzte Abglanz eines ſterbenden Tages umſpielte ſein abgemagertes Geſicht, das grau wie die Erde war, auf der er ruhte.

„Wer überwacht Euch hier? Wer pflegt Euch?“ fragte Wyſocki, immer mehr verwundert.

(Forts. folgt.)

Freie Volksbühne

Generalverſammlung der Freien Volksbühne

am Donnerstag, den 24. Oktober, abends $8^1/_2$ Uhr, im Gewerkschaftshaus (Saal 4).

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht des Vorstandes.
2. Bericht der Revisoren.
3. Diskussion. 188/7*
4. Neuwahlen des Vorstandes, Ausschusses, der Revisoren, der Verwaltung und Ordnerschaft.

Die Mitglied-karte ist an der Kontrolle vorzuzeigen.

Der Vorstand. In Vertr.: G. Winkler.

Volks-
Feuerbeſtattungs-
Verein Groß-Berlin
1913

Montag, den 21. Oktober, abends 8 Uhr, im Gewerkſchaftshaus, Engelufer 15, Saal 1:

Erweiterte Funktionärſitzung

Vortrag des Herrn A. Hanisch, Vorſitzender des Feuerbeſtattungs-Vereins Stuttgart.

Mitglieder, Freunde, Gönner herzlich willkommen.

Der Vorstand. 301/11

gez. Franz Biezonka, Vorſitzender, Rykeſtr. 7.

Zähne m. echtem Friedenskautschuk 4.– M.

5 Jahre Garantie. Zahnziehen m. Betäubung bei Beſtellung v. Gebiſſen gratis. Goldkronen v. 20 M. an. Spez. Zähne ohne Gaumenpl. **Zahnpraxis Halvani,** Danziger Straße 1 Ecke Schönh. Allee.*

Möbel

jeder Art preiswert

Große Auswahl

Möbel-Lechner

BERLIN

Brunnenstraße 7.

Nähe Rosenthaler Platz.

Teilzahlung gestattet. *

Einjähr.-gen-Anſt., Dr. Fadelmann Bln. W., Hohenzollerndamm 198.

I. Berl. Spezialgeſchäft für Uhren.

17^{50} M. Nachts leuchtende Militär-Ankeruhr 17^{50} M.

Meine Militäruhren M. 17,50 haben einfache, präziſe Konſtruktion, ſind praktiſch u. zuverläſſig im tägl. Gebrauch, u. daher die beliebteſten Uhren für das große Publikum geworden; ſie ſind in allen Teilen der deutſchen Armee und Kaiſerl. Marine zur vollen Zufriedenheit im Gebrauch. Man laſſe ſich durch Anpreiſung minderwertiger Sorten nicht irre machen, ſolche ſind heute nicht mehr mit Sorgfalt ausgeführt. Wer eine wirklich gutgehende Uhr beſitzen will, auf die man ſich unbedingt verlaſſen kann, verlange meine Deutsche Militäruhr.

Meine Militär-Ankeruhren ſind in Nickel 17,50 M., mit Goldrändern od. Stahlgeh. 19,50 M. erhältlich. *

E. Möbis, 14 Beuthſtraße 14 (Verkauf nur im Laden)

Gegründet 1903.

Verkäufe

Pelzteilzahlung. Kaufen Sie Ihre Pelzkragen und Muffen ſchon jetzt zu noch billigen Preiſen bei ſehr bequemer Zahlweiſe. Briefe erbeten Pelzwarenfabrik Kallis Berlin NW. 87. 1168*

Pelzgarnituren! Rieſenauswahl! Allerbilligſt! Hochelegante moderne Fuchskragen! Alaskafüchſe! Blaufüchſe! Silberfüchſe! Rotfüchſe! Kitfüchſe! Skunkskragen! Iltisgarnituren! Muffen! Silbertaſchen! Uhrenverkauf! Leihhaus! Warſchauerſtr. 7

Holzräder! aller Größen, Leiterwagen, eigenes Fabrikat, billig. Weidlich, Brunnenſtraße 86. 107K*

Pfandleihhaus, Hermannplatz 6. Maſſenauswahl! Pelzſachen! Skunkskragen, Skunksmuffen, Alaskafüchſe, Rotfüchſe, neue Herrenpaletots, Herrenanzüge, Teppichverkauf, Uhrenverkauf! Paſſende Feſtgeſchenke! 101K*

Holzräder aller Größen, Handleiterwagen. Kowalski, Schmidſtraße 43. 3504b*

Vogelfutter, billig, gut für alle Vögel, Weidemann, Neukölln, Hobrechtſtr. 28, Quergebäude 1. †82*

Leihhaus Blücherſtraße 10. Hohe Beleihung, Verkauf von Brillanten, Silbertaſchen, goldene, ſilberne Uhren, Armbanduhren, Ketten, Ankauf jeder Wertſache. 156K*

Pelzwaren und Muffen in Kreuzfuchs ſowie Weiß-, Blau-, Silber- und Alaskafüchſe, ferner Skunks, Marder, Iltiſſe. Ohne jeden Zwiſchenhandel in meiner Werkſtatt. Beer, Kölniſcher Fiſchmarkt 1, zwiſchen Breiteſtraße und Städtiſcher Sparkaſſe. Reparaturen ſchnell und preiswert. 151K*

Skunksſtolas, Muffen, Marder, Nerz, Alaska-, Blau- und Kreuzfüchſe, Herren-Gehpelze, Wagen-, Reiſepelze, Herren-Sportpelze, jetzt ſehr billig. — Ferner in Lombard geweſene Uhren, Ringe, Brillanten, ſilberne Taſchen, bekannt billig. Beleihung jeder Wertſache im Leihhaus Moritzplatz 58a. K150/1

Wintermäntel 65,— an, Modellneuheiten, Plüſchulſter, Tuchmäntel, Modellkoſtüme. Kallweit, Charlottenburg, Bismarckſtraße 59, II. 161K*

Leiterhandwagen, jede Größe, Kaſtenwagen, ſtarke Eiſenreifen, gute Holzarbeit, Holzräder, Auswahl. Schmiede, Landsbergerſtraße 19. 70K*

Dezimalwagen, Tafelwagen, Gewichte liefert ab Vorrat Wagner, Cöpenickerſtraße 71. 121K*

Pelzgarnituren! Alaskafüchſe, Rotfüchſe, Pelzkragen, ſchwarz, grau, 67,50, Muffen 67,50, Damenuhren, Herrenuhren, Ketten, Ringe, ſpottbillig! Pfandleihe, Brunnenſtraße 47. 192K*

Elegante Koſtüme, Damenmäntel, Damenulſter, Damenröcke, Bluſen, Herrenanzüge, Burſchenanzüge, Winterpaletots, Ulſter, Pelzſachen. Löwenthal, Neukölln, Berlinerſtr. 41. 12K*

Pelzgarnituren! Pfandleihhaus, Schönhauſer Allee 115 (Ring-, Hochbahnhof). Groß-Berlins ſpottbilligſte Einkaufsquelle! Skunkskragen, Alaskafüchſe, Rotfüchſe, Blaufüchſe, Kreuzfüchſe! Sommerpreiſe! Uhrenlager! Silbertaſchen! Bequemſte Fahrverbindung! Fahrvergütung! 86K*

Pelzgarnituren! Rieſenauswahl, extrabillig! Hochelegante Alaskafüchſe, Kreuzfüchſe, Blaufüchſe, Rotfüchſe, Fuchsmuffen, Skunkskragen, Iltisgarnituren! Silbertaſchen, Brillanten! Taſchenuhren! Nicht irren! Nur 86b Potsdamerſtraße 86b, altbekanntes Pfandleihhaus. 103K*

Krankenfahrſtuhl verkauft Schulze, Gleimſtraße 68, Seitenflügel parterre. †81

Zigarren, kleinen Poſten, Matſchke, Alte Jakobſtr. 1a I. 3582b

Regale, Brennholz, (trockenes) aus Lagergerüſten verkauft billig Geſund-Zentrale, Linkſtraße 40. 3603b

20 Oberbetten, Unterbetten, 50—150, Kopfkiſſen 25 aufwärts, Leinenbezüge, bunte Bezüge, Handtücher, Stores 40, Damenſtiefel, Laken. Lindner, Alte Jakobſtraße 84, I, 9—7. (Nähe Moritzplatz, Spittelmarkt.) 127/8

Nähmaſchinen! Singerbobbin, Adler, Schnellnäher, kleine, große, wie neu, billig. Reparaturen prompt. Koſtorz, Kottbuſerdamm 6, vorn hochparterre. 63K*

Möbel

Möbelverkauf. Komplette Wohnungseinrichtungen, Einzelmöbel, moderne Küchen. Große Auswahl. Teilzahlung geſtattet. Möbelhaus Luiſenſtadt, Köpenickerſtr. 77/78, Ecke Brückenſtraße, nahe Jannowitzbrücke. 86K*

Möbel-Rath liefert in großer Auswahl komplette Wohnungs-Einrichtungen ſowie reizende moderne Küchen bei bequemer An- und Abzahlung. Rath, Elſaſſerſtraße 44, am Oranienburger Tor. 138K*

Möbelkredit an jedermann. Kleinſte Anzahlung, bequemſte Abzahlung, größte Rückſicht. Einzelne Möbelſtücke gebe bereitwilligſt ab. Liefere auch nach auswärts. Landwehr, Müllerſtraße 7, eine Treppe. 141K*

Schlafzimmer, Wohnzimmer, Herrenzimmer, Küchen, Sofas, Umbauten, Seſſel, Büfett, Schreibtiſche, Chaiſelongues, Ausziehtiſche, Bierzugtiſche, Waſchtoiletten, Nachttiſche billigſt. Lombardhaus, Alte Schönhauſerſtraße 20. 5K*

Moebel-Boebel, Moritzplatz 58, Fabrikgebäude, Spezialität: Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen! Rieſenauswahl in nußbaum und eichenen Wohnzimmern, Schlafzimmern, Speiſezimmern, Herrenzimmern, Ruhebetten. 9 Etagen! Beſichtigung erbeten. 9—12, 3—7. Muſterbuch wird nicht verſandt. 287K*

Möbelgeſchäft, 58 Jahre beſtehend, verkauft jetzt Belle-Allianceſtraße 14a noch zu billigen Preiſen, ſolange Vorrat reicht, Speiſezimmer, Herrenzimmer, Schlafzimmer, moderne Küchen, Speiſezimmer, Eiche, 1350,—, Schlafzimmer 950,—, Küchen 380,—, einzelne Ankleideſchränke, Ruhebetten, Bettſtellen, Tiſche, Trumeaus, Teppiche, Kronen ſpottbillig, verliehen geweſene, zurückgeſetzte Möbel bedeutend unterm Preis. Sicheren Leuten Zahlungserleichterung. 36K*

Teilzahlung Stuben- und Kücheneinrichtung, Anzahlung 500, Wochenrater 15, auch Einzelmöbel. Möbelſchau, Brunnenſtraße 160, Eingang Anklamerſtraße. 250/40*

Möbel-Groß, Große Frankfurter Straße 141, zweites Geſchäft: Invalidenſtraße 5, Ecke Ackerſtraße, liefert ſtets zu billigen Preiſen gute Möbel gegen bar oder bequeme Teilzahlung. Kriegsbeſchädigte erhalten Rabatt. Anzeige mitbringen, Wert 5 Mark. 142K*

Chaiſelongues 90,— an, engliſche Bettſtellen, Patentmatratzen, Auflagematratzen. Tapezierer Walter, Stargarderſtraße 18. 150K*

Gefunden! haben Brautleute, daß man durch reellen Möbeleinkauf viel Geld ſpart! Ich empfehle meine enormen Vorräte gediegenſter Speiſe-, Herren-, Schlafzimmer, Küchen, Polſter- und Ergänzungsmöbel zu niedrigen Preiſen. Ständig Gelegenheitskäufe! Beſichtigung führt zum Kauf! „Berliner Möbelhaus" M. Hirſchowitz, im Südoſten, Skalitzerſtraße 25. 140K*

Reizende! farbige Küchen in großer Auswahl, entzückende ſiebenteilige Küchen 150,—. Beſichtigung lohnt. Möbelhaus Oſten, nur 30, Andreasſtraße 30. 169K*

Möbel-Cohn, im Oſten, Große Frankfurterſtraße 58, im Norden Badſtraße 47/48, liefert auf Kredit an jedermann bei kleinſter An- und Abzahlung ganze Wohnungseinrichtungen und einzelne Möbelſtücke ſowie farbige Küchen-Einrichtungen in beſter Ausführung. Beſichtigung meiner Möbel ohne jeden Kaufzwang gern geſtattet. Kriegsanleihe und Sparkaſſenbücher nehme gern als Anzahlung. Größte Rückſicht bei Krankheit und Arbeitsloſigkeit. Lieferung frei Haus. Liefere auch nach auswärts. 166K*

Bettſtelle, Kommode, Küchenſpind uſw. privat verkäuflich. Weſthoff, Manteuffelſtraße 44. 3604b

Musikinstrumente

Pianos auf Teilzahlung und zur Miete. Pianohandlung, Göbenſtraße 10a. 61K*

Bandonion, Künſtlergeige, Grammophon, Salonſpiegel Dörfer, Wallner-Theaterſtr. 45. †84*

Piano, ſchwarz, verkauft Clemens, Hausburgſtr. 2, 6—8. †58

Fahrräder

Friedenspreiſe! Friedensware Hunderte gebrauchter Fahrräder aller Gattungen, ſowie Rennmaſchinen, Gegenräder auch Erſatzbereifung 50,—, 60,—, 70,—. Fahrradlager, Weberſtraße 42. 80K

Bilder

Zwei Bilder, Landſchaften, Aquarell, 60×80, Ia, ſchwarz gerahmt, verkauft Adalbertſtraße 16, vorn II rechts, 4½—7. 127/11

Kaufgesuche

Zahngebiſſe! Platinabfälle, 1,80, Ketten, Ringe, Bruchabfälle, elektriſche Materialien, Filmabfälle, Zelluloid kauft Silberſchmelze Chriſtionat, Cöpenickerſtraße 20a (gegenüber Manteuffelſtraße). 117/3*

Film- und Zelluloidabfälle, alte Wachswalzen, Schallplatten, Hartgummi uſw. (Flaſchen nur bei Lieferung ins Haus) kauft zu höchſten Preiſen Matthäus, Berlin, Alte Leipzigerſtraße 21. 176K*

Spiralbohrer kauft Hecht, Beuſſelſtraße 8 (Geſchäftszeit 2 bis 7 Uhr). 139K*

Platinabfälle! Gramm bis 7,80! Zahngebiſſe! Ketten! Ringe! Militärtreſſen! Glühſtrumpfaſche! Filmabfälle! höchſtzahlend, Schmelzerei Metall-Einkaufsbureau, Weberſtr. 31. Telephon Alexander 4243. 261*

Platinabfälle, per Gramm bis 7,80 Mark, Ketten, Ringe, Beſtecke, Uhren, Tafelaufſätze, Treſſen, photographiſche Rückſtände, Papiere, Glühſtrumpfaſche, alte Zahngebiſſe, ſalpeterſaures Silber, deren Rückſtände und Gekrätze, Film- und Schildpattabfälle uſw. kauft Platin- und Silberſchmelzerei Groh, Berlin, Cöpenickerſtraße 29. Telephon: Moritzplatz 3476. Eigene Schmelze, direkte Verwertung. Geſchäftszeit von 9—1 und 3—6 Uhr. 171*

Platin, 7,60 pro Gramm, Zahngebiſſe, Ketten, Ringe uſw., Brillanten, Perlen, Farbſteine, Uhren kauft Juwelier Fuß, Seydelſtraße 32 Ecke Spittelmarkt. 181K*

Lacke, Bleiweiß und andere Malerartikel kaufen jeden Poſten gegen Barzahlung Deutſche Lack- und Farben-Induſtrie, Gneiſenauſtraße 5. (Nollendorf 2879.) *

Borax, Wachſe, Bleiweiß, Terpentinerſatz ſämtliche Lacke, Emaillelacke und ähnliches kauft ſtändig, höchſte Preiſe zahlend, Walter, Thaerſtraße 6. 191K*

Schellplatten, Phonowalzen, auch Bruch, kauft Th. Braun, Poſenerſtraße 3. †84

Spiralbohrer, neue Werkzeuge kaufen Berlin & Co., Puttlitzſtraße 6. 80*

Unterricht

Techniſche Privatſchule Dr. Werner, Regierungs-Baumeiſter a. D., Berlin, Neanderſtraße 3. Ausbildung zu Werkmeiſtern, Technikern, Konſtrukteuren. Maſchinenbau, Elektrotechnik, Hochbau, Tiefbau. 124/16*

Kunſtkopierei Große Frankfurterſtraße 67. 68K*

Tanzſchule Paul Siegche, Reichenbergerſtraße 34. Neue Kurſe. Anmeldungen Sonntags 3—8, wochentags 8—10 abends. 88K*

Tanzſchule Friedrich, Michaelkirchſtraße 39. Täglich Unterricht. 85K*

Kaufmänniſche Privatſchule von Hugo Strahlendorff, Beuthſtraße 11, am Spittelmarkt. Lehrpläne unentgeltlich. Unterricht in allen kaufmänniſchen Fächern ſowie in Kurzſchrift (Stolze-Schrey), Maſchinenſchreiben, Schönſchreiben, Deutſch, Engliſch, Franzöſiſch. Anmeldungen jederzeit. 100K*

Verschiedenes

Dauerwäſche reinigt, verkleinert und repariert Born, Reichenbergerſtraße 7. 78K*

Darlehn, 6 Prozent Teilrückzahlung, auf Hypothekenbriefe 5 Prozent, gibt Bankverein Charlottenburg, Wilmersdorfer Straße 163. 40K*

2000 **Mark** für hohe Zinſen auf kurze Zeit geſucht. Sicherheit 2 Zimmer-, 1 Küchen-Einrichtung. Angebote unter Z. 2 Hauptexpedition des „Vorwärts" erbeten. 3500b

Garderobe, Herren- und Damen-, ändert, wendet, reinigt, bügelt, Fülich, Schneidermeiſter, Alte Jakobſtraße 102, vorn II Treppen. K*

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Tüchtiger Schreibmaſchinen-Mechaniker, auch für die Abendſtunden geſucht. Grundner, Alte Jakobſtr. 25. [188/10

Bürſtenmacher ſucht Köhn, Kommandantenſtr. 20/21. 192K*

Betriebs-Arbeiter ſtellt für dauernde Beſchäftigung ſofort ein C. Voſe, Berlin SO. 33, Schleſiſche Straße 29/30, 4. Aufgang, 3 Treppen, Abteilung Erſatzſohlen. 3555b*

Packer, zuverläſſig, der auch Kiſten ausbeſſern kann, ſofort geſucht. Spielwarenfabrik Walther, Grünauerſtr. 21. 3593b*

An- und Umdrucker für ſofort ſucht Steindruckerei Walther Peck, Cöpenickerſtr. 40. [3593b*

Kräftigen Jungen für nachmittags. Meldungen nur 4—5. Theodor Barth, Manteuffelſtraße 57/58. 3501b

Geſellen auf Kohlenkieren ſtellt ein Paul Korth, Weißenſee, Langhansſtraße 4. †70*

Pförtner-Ehepaar für Villa mit Zentralheizung geſucht. Frau kann auch im Haus Aufwartung übernehmen. Lichterfelde-Weſt, Auguſta-Straße 4, Amt Lichterfelde 1279. 3598b

100 Frauen oder junge Mädchen auf ganz leichte Handarbeit verlangt Kuhemann, Straußfederfabrik, Kommandantenſtraße 58, 3 Treppen. 188/9*

Zuarbeiterinnen, tüchtige, ſtellen ſofort ein Paſchke u. Orenſtein, Seydelſtr. 27, Aufgang III. [6K*

Kräftige Frau zum Schreibmaſchinentragen ſucht Grundner, Alte Jakobſtr. 25. [188/11

Aufwärterin, 8—10, verlangt Vervielfältigungsbureau Expreß, Stralauerſtr. 25. [137/5

Motorpflugführer,

durchaus zuverlässig und gewissenhaft, welcher mit schweren Lastkraftwagenmotoren vollständig vertraut ist, zum sofortigen Antritt gesucht.

Meldungen von Leuten, die obigen Ansprüchen nicht genügen, sind zwecklos. 121L*

W. A. Zenker, Lohnpflug-Großbetrieb, Berlin-Lankwitz, Kaiser-Wilhelm-Str. 17.

Zimmerleute, Erdarbeiter, Mineure

verlangt 3166b*

Arbeitsnachw. Koppenſtr. 5

Elektromonteure

ſuchen Cronheim & Co., Martin-Luther-Str. 55. 3576b*

Ankerwickler

perfekt a. Gleich-Drehſtrom ſucht W. Uecker, N. Königſtr. 6.

Bis 100 Männer und Frauen

vom 21. Oktober zum Kartoffelbuddeln geſucht. Jeder kann ſich ſeinen Winterbedarf einbuddeln und nach Bedarf abholen. Akkordlohn pro Morgen 30 M. Außerdem morgens Kaffee, Mittag- und Abendbrot und Logis. Schlafdecken und Eßgeſchirr mitbringen. 100K*

Es kommen nur Leute in Frage, die wirklich Kartoffeln buddeln können. Abfahrt von Berlin Hamburger Bahnhof Montag, den 21. Oktober, früh 5 Uhr, nach Station Breddin, von dort Fuhrwerk nach Voigtsbrügge. Rückfahrt Sonnabend, 26. Oktober. Sofortige Anmeldung. G. Binde, Kyritz am Bahnhof 4.

Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen verlangt

Chemische Fabrik Glyzerol, Palisadenstr. 77. 118K*

Annahme-Stellen

für unſere Kleiderfärberei ſind noch zu vergeben.

A.-G. Lichtenberger Wollfabrik, Rittergutſtr. 121/122. [1242

Aeltere Kutſcher

verlangen Reuſch u. Plage, Selterfabrik, Zossener Straße 50. 3602b

Automobil- und Motorenschlosser

verlangt Flugzeugteilbau

Hans Loewenstein, Berlin-Baumschulenweg, Kiefholzstr. 177/78. 116K

Tüchtige Heizungsmonteure

ſtellt ſofort ein 1192*

Rietschel & Henneberg G. m. b. H.

Berlin S 42, Brandenburgstr. 81

Elektromonteure

und Hilfsmonteure für Licht und Kraft ſtellen ein

Marschel & Pannicke

Chauſſeeſtr. 54. 77K

Tüchtige, ältere

Dreher und Dreherinnen

ſtellt ſofort ein

Maschinenfabrik Karl Vogeler, Alt-Moabit 1. 115K*

Jüngeren **Maſchinenmſtr.** ſucht ſofort für dauernd Buchdruckerei Willi Wolffſohn, Michaelkirchſtr. 17. 127/3

Korbmacher und Einbinder

verlangt ſofort 198K*

E. Schlesinger & Co., Markusſtr. 18.

Schlosser

verlangt 90K*

Militärfahrzeugfabrik Emil Heinicke A.-G.

Berlin-Mariendorf, Großbeerenſtr. 18

Elektromonteure,

ſelbſtändige, verlangen 229/1

Gebauer & May, Stegliner Str. 12.

Tüchtige Maurer und Arbeiter

werden eingeſtellt 117K*

Hugo A. Singer, Prüßwände, Schöneberg, Geneſtſtraße 4.

Tüchtiger Heizer geſucht.

Chem. Fabrik, Zimmerſtr. 13.

Kutſcher u. Arbeiter verlangen W. Bode Nachf., Prinzeſſinnenſtr. 23.

Metallformer geſucht von

F. Groh, Inh. Groh u. Gelbert, Stalitzer Str. 44. [*

Schmiede u. Zuſchläger

verl. Cuvryſtr. 43.

Arbeiterinnen

verlangen 119/16*

Otto Müller, Akt.-Geſ., Reichenberger Str. 104.

Schraubendreherinnen

geübte, an Handschraubenbänke, sucht 82A*

Frankonia, Schraubenfabr. Neukölln, Köllnische Allee 178.

Straußfeder-Boa-Arbeiterinnen, geübte Kräfte, ſuchen 3597b

Frankenschwerth & Blank, Jeruſalemer Str. 65/66.

Laufmädchen

für ſofort verlangen 3599b

Bachmann & Löwenstein, Bluſen-Fabrikation, Kommandantenſtraße 76.

Aeltere Frauen

f. leichte Arbeit werden eingeſtellt

Dr. Fehlhaber, Fürſtenſtr. 18 (Nähe Moritzplatz).

Lehrfräulein

für Kontor zu ſofort oder ſpäter geſucht.

Dr. Fehlhaber, Fürſtenſtr. 18 (Nähe Moritzplatz). [1272

Austrägerinnen für den „Vorwärts"

werden eingestellt in folgenden Filialen

Berlin: Bärwaldstr. 42. Prinzenstr. 81. Markusstr. 36. Petersburger Platz 4. Lausitzer Platz 14/15. Lindenstraße 3. Wilhelmshavener Straße 48.

Neukölln: Neckarstr. 2. Siegfriedstr. 28/29.

Schöneberg: Meininger Straße 8.

Charlottenburg: Sesenheimer Str. 1.

Steglitz: Bernsee, Mommsenstr. 59.

Wilmersdorf: Wilhelmsaue 27 bei Schubert.

Ober-Schöneweide: Paul, Mathildenstraße 5.

Falkenberg: Salzmann, Gartenstadtstr. 10, für Alt-Glienicke.

Lichtenberg: Wartenberg-Straße 1 und Alt-Boxhagen 56.

Treptow: Gramens, Kiefholzstr. 412.

Meldezeit von 11 bis $1^1/_2$ Uhr und $4^1/_2$ bis 7 Uhr.

Kräftige Transportarbeiter

geſucht. Meldungen unter Vorlegung von Papieren

Auergesellschaft,

1992* Abt. Spedition A. Rudolfſtr. 9/10.

Tüchtige Monteure

für elektriſche Licht- und Kraftanlagen für Berliner und auswärtige Montagen ſucht 91K*

Sachsenwerk, Schiffbauerdamm 15.

Maschinenformer

geſucht *

Hartung Aktiengesellschaft, Berlin-Lichtenberg, Herzbergſtraße 128.

Selbſtändiger Schmied,

mit Rohrlegen und Pumpenanlagen vertraut, sofort gesucht.

Meldung an die Direktion der Gartenstadt Frohnau b. Berlin, Bahnhofsplatz. 122L*

Geſucht

Dreher-Lehrling

Lastwagenwerke M.A.N.-Saurer,

101IL Berlin SW. 68, Lindenstr. 1.

Ankerwickler für Gleichſtrom, **Kollektorbauer**

vollkommen perfekt und ſelbſtändig für alle Stromarten, für dauernde Beſchäftigung zu ſofort geſucht. 127/7

Fritz Gross, Berlin N 4, Chauſſeeſtraße 27. Elektromotor-Reparaturwerkſtatt, Ankerwickelei.

Tüchtige Werkzeugmacher, Spezialiſten auf Schnitte und Stanzen,

Dreher auf kombinierte Werkzeuge 127/6*

verlangt Werkzeugfabrik Mackiol, Stettiner Straße 38.

Platzarbeiter.

Einige zuverläſſige, ältere Arbeiter für dauernde Beſchäftigung auf meinem Betriebe in Adlershof geſucht. 168/12*

Fritz Wagener, Berlin SO 16, Cöpenicker Straße 30.

Der Abtransport der franzöſiſchen Zivilbevölkerung.

Berlin, 16. Oktober. (WTB.) Da ſich in der Gegend von Cambrai und Douai ſchon wochenlang ſchwere Kämpfe abſpielen, hat ſich die Heeresleitung verpflichtet geſehen, die Zivilbevölkerung rechtzeitig in Sicherheit zu bringen. Cambrai und Douai ſind bereits Anfang September, als engliſche Kanonen die Stadt zu beſchießen begannen, geräumt worden. Die Abbeförderung war eine ſehr ſchwierige Sache, da vor allen Dingen die Oſtausgänge der Stadt unter Feuer gehalten wurden. Man hatte der Bevölkerung durch öffentliche Anſchläge mehrere Tage zuvor die Abbeförderung bekanntgegeben. Darauf erfolgte die perſönliche Aufforderung an die Familien, Beſprechungen mit dem Bürgermeiſter, Ausgabe von Einteilungskarten an Familien, Einteilung in Kolonnen und die Verpflegungsausgabe für mehrere Tage. Außerhalb des Ortes wurden Sammelplätze angelegt, und von der Militärbehörde Pferde, Wagen und Eiſenbahnzüge zur Verfügung geſtellt, die für die Zeit und Dauer des Abtransportes der Bevölkerung für Militärzwecke geſperrt waren. Die Kolonnen wurden von Begleitungsmannſchaften übernommen, die ſie auf befohlenen Straßen nach Orten des Hintergeländes brachte, nach denen Quartiermacher vorausgeſchickt waren. Man hatte dafür Sorge getragen, daß Familienangehörige beiſammen blieben und es der Bevölkerung erlaubt, das Nötigſte von ihrem Hab und Gut mitzunehmen. Sie machten davon auch ausgiebig Gebrauch und führten auf Karren und ſelbſtgezimmerten Wägelchen und größeren Wagen alles Mögliche mit ſich. Auf den Waſſerſtraßen Nordfrankreichs transportierte man Greiſe, Kranke und Kinder, die den Anſtrengungen des Fahrens auf den Landſtraßen nicht gewachſen waren. So wurden ſachgemäß auf Kähnen aus Douai 500 Kranke und Krüppelkinder und 250 kranke Frauen aus Privathäuſern und Hoſpitälern unter Aufſicht eines Arztes und mit Unterſtützung mit Sanitätsperſonal vor den engliſchen Granaten in Sicherheit gebracht.

Amſterdam, 15. Oktober. Nach einem hieſigen Blatte werden in Holland vorläufig 100000 Flüchtlinge aus Belgien erwartet.

•

Engliſcher Bericht vom 16. Oktober. Unſere Patrouillen haben im Laufe der Nacht im Douai—Lille-Abſchnitt einige kleine Fortſchritte gemacht. Sonſt iſt nichts zu melden.

Die Freilaſſung der engliſchen Beamten in Rußland.

London, 15. Okt. Reuter erfährt, daß Tſchitſcherin der Freilaſſung der britiſchen Beamten in Rußland zugeſtimmt hat.

Kein neuer Anſchlag auf Lenin.

Berlin, 16. Oktober. Wie die ruſſiſche Botſchaft mitteilt, iſt die Meldung eines Leipziger Blattes, wonach auf Lenin in Kursk ein Anſchlag verübt wurde, vollſtändig unbegründet. Die ruſſiſche Botſchaft weiſt darauf hin, daß eine im Wortlaut übereinſtimmende Meldung vor einigen Wochen von verſchiedenen Zeitungen gebracht wurde, wonach in derſelben Stadt angeblich ein Anſchlag auf Trotzki verübt worden ſei.

Bolſchewik-Phantaſien.

Der Weltputſch.

Die bolſchewiſtiſche Regierung Rußlands läßt, wie aus dem Chriſtianiaer „Socialdemokraten" hervorgeht, von ihren diplomatiſchen Vertretern einen Beſchluß des Moskauer „Zentralen Exekutivkomitees" verbreiten, der die Ueberzeugung ausſpricht, daß die bolſchewiſtiſche Revolution in Deutſchland wie auch in den Ententeländern bevorſtehe. Dieſer Gedankengang iſt ebenſo bekannt wie er durch und durch unmarxiſtiſch iſt. Denn ſo gewiß der Weltkrieg nur eine Etappe in einer gewaltigen ſozialen Weltrevolution iſt, ſo gewiß dilettantiſch iſt die Auffaſſung, dieſer Prozeß müſſe ſich überall in ruſſiſchen Formen abſpielen. Selbſt wenn der Bolſchewismus für Rußland nützlich und heilſam wäre, wofür er noch den Beweis zu liefern hat, indem er das Volk vielleicht auf eine höhere Stufe der ſozialen Exiſtenz hebt, ſo wäre noch nicht bewieſen, daß die Arbeiterklaſſe anderer Länder zum gleichen Ziel den gleichen Weg zu nehmen hätte.

Intereſſant iſt, daß der Beſchluß in einer Zeit, die nach Frieden lechzt, eine überaus kriegeriſche Sprache führt. So heißt es darin:

> Indem wir das Schickſal der Ukraine, Polens, Litauens, der Oſtſeeprovinzen und Finnlands an das Schickſal der ruſſiſchen Arbeiterrevolution knüpfen, weiſen wir jeglichen Gedanken auf irgendwelche Verbindung mit dem Imperialismus der Entente zur Erreichung der Veränderung des Breſt-Litowsker Uebereinkommens zurück. Die Ketten, die die **engliſch-franzöſiſchen und japaniſch-amerikaniſchen Räuber** den Völkern bringen, ſind nicht im mindeſten beſſer als die deutſch-öſterreichiſchen Ketten.
>
> Der Kampf zwiſchen den **engliſch-amerikaniſchen und öſterreichiſch-deutſchen Räubern** kann jeden Tag in einen Kampf zwiſchen dem Imperialismus und der deutſchen Arbeiterklaſſe verwandelt werden. Das Allruſſiſche zentrale Exekutivkomitee erklärt vor der ganzen Welt, daß das ganze Sowjet-Rußland in dieſem Kampf mit allen Kräften und allen möglichen Mitteln die deutſchen Arbeiter beſchützen wird. Das Allruſſiſche zentrale Exekutivkomitee zweifelt nicht daran, daß Frankreichs, Englands, Italiens, Amerikas und Japans revolutionäre Arbeiterklaſſe ſich im ſelben Lager wie Rußland und das revolutionäre Deutſchland befinden werden.
>
> In Erwartung der kommenden revolutionären Ereigniſſe iſt es eine Pflicht des Allruſſiſchen zentralen Exekutivkomitees, mit verdoppelten Kräften **gegen die Banditen,** die auf unſer Territorium gekommen ſind, zu kämpfen, um gleichzeitig eine wirkſame Hilfe für die Arbeiterklaſſe Deutſchlands und Oeſterreichs vorzubereiten, ſowohl in militäriſcher Hinſicht wie in bezug auf Lebensmittel.

Eine ſolche Schimpfluſt gegen kriegeriſche Widerſacher, ein ſolcher Glaube an die Kraft der eigenen militäriſchen Gewalt findet ſich heutzutage nicht einmal mehr bei den Alldeutſchen. Das Verſprechen, Waffen zu liefern und Lebensmittel, während das eigene Volk hungert, kann, beim beſten Willen, parteigenöſſiſche Polemik nicht ausarten zu laſſen, doch nicht anders denn als kindiſche Renommiſterei bezeichnet werden. Wenn die Bolſchewiki ihrer Sache nützen wollen, ſo ſollen ſie zunächſt einmal in Rußland zeigen, wie man ein Volk frei und ſatt macht, dann werden alle Völker der Welt mit allen Mitteln das gleiche Glück anſtreben. Aber ſie werden, nachdem die Erde ſoviel Blut getrunken hat, nicht neue Blutſtröme fließen laſſen, um am Ende doch nur ein vielleicht bald verkrachendes ſozialdilettantiſches Experiment nachzuahmen.

In politiſcher Beziehung — denn alles andere iſt Spielerei — **iſt dem Aufruf zu entnehmen, daß ſich die bolſchewiſtiſche Regierung an der allgemeinen Friedenskonferenz nicht zu beteiligen** gedenkt. Das ruſſiſche Volk wird alſo auf dieſer Weltkonferenz unvertreten bleiben, um in ſeiner Ecke einer Phantasmagorie nachzuhängen. Glückliche Bolſchewiki! Armes Rußland!

Zivilbehörde über Militärbehörde!

Eine Verordnung zum Abbau des Belagerungszuſtandes.

Die vom Reichskanzler in ſeiner Rede angekündigte Verordnung, durch die der Belagerungszuſtand der Verantwortlichkeit der Zivilbehörden unterſtellt wird, erſcheint jetzt im „Reichsanzeiger". Sie lautet:

> Die Verordnung zur Ausführung **des Geſetzes über den** Kriegszuſtand vom 4. Dezember 1916 (Reichs-Geſetzbl. S. 1882) wird wie folgt geändert:
>
> 1\. § 1 erhält folgenden Abſ. 2:
>
> Der Obermilitärbefehlshaber kann **Anordnungen mit verbindlicher Kraft für die Militärbefehlshaber** erlaſſen.
>
> 2\. Es wird folgender § 8 hinzugefügt:
>
> Der Oberbefehlshaber trifft alle ſeine **Anordnungen und Entſcheidungen im Einverſtändnis mit dem Reichskanzler** oder dem von dieſem beſtellten Vertreter.

Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht ferner eine an den Reichskanzler und den Kriegsminiſter gerichtete Order, in der beſtimmt iſt, daß die Militärbefehlshaber die Befugniſſe, die ihnen auf Grund des in der Verordnung vom 31. Juli 1914 erklärten Kriegszuſtandes zuſtehen, nur im Einverſtändnis mit den von den Landeszentralbehörden beſtimmten Verwaltungsbehörden ausüben dürfen. Kommt ein Einverſtändnis zwiſchen den Militärbefehlshabern und der Verwaltungsbehörde nicht zuſtande, ſo iſt unverzüglich die Entſcheidung des Obermilitärbefehlshabers einzuholen. Mit der kaiſerlichen Verordnung und dieſer allerhöchſten Order iſt die Grundlage geſchaffen, daß alle auf Grund des Belagerungszuſtandes ergehenden Anordnungen der Militärbefehlshaber nur in Uebereinſtimmung mit den zuſtändigen zivilen Verwaltungsſtellen ergehen können und daß ſie letzten Endes unter die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers geſtellt werden.

Wer wird Chef des Kriegsernährungsamts?

Batocki lehnt ab.

Der frühere Chef des Kriegsernährungsamts und jetzige Oberpräſident von Oſtpreußen v. Batocki hat die ihm angebotene Wiederannahme des Amtes abgelehnt. Er begründet die Ablehnung mit ſchwerwiegenden ſachlichen Bedenken und mit der Unmöglichkeit, ſeinen jetzigen Poſten aufzugeben.

Die preußiſchen Nationalliberalen für gleiches Wahlrecht.

Wie die „Natlib. Cor." mitteilt, hat die nationalliberale Fraktion des preußiſchen Abgeordnetenhauſes in ihrer Sitzung vom 15. Oktober d. J. einmütig beſchloſſen, in der Erwartung ſachgemäßer Feſtlegung der mit der Verhältniswahl auszuſtattenden Wahlkreiſe, dem in der Herrenhauskommiſſion beſchloſſenen Kompromiß zuzuſtimmen, das die Einführung des gleichen Wahlrechts ſichert. Die bei dieſer Gelegenheit angeſchloſſene Ausſprache über die politiſche Lage ergab, daß die Haltung der nationalliberalen Reichstagsfraktion in der preußiſchen Landtagsfraktion Billigung fand.

Schämen ſich die Herren nun nicht ſelber ein wenig über das von den Lohmann u. Gen. bei den erſten Wahlrechtsleſungen aufgeführte Theater?

Der bayeriſche Miniſterpräſident zur Friedensfrage.

München, 16. Oktober. Miniſterpräſident v. **Dandl führte** in einer Rede in der bayeriſchen Kammer aus:

> Niemand werde verkennen, daß das Friedensprogramm Wilſons für weite Kreiſe den Verzicht auf Wünſche und Hoffnungen bedeute, aber der entſcheidende Gedanke müſſe bleiben, daß das deutſche Volk in dieſem Exiſtenzkampf faſt gegen die ganze Welt den Kampf führe, wonach wir auch allein unſere Kriegsziele bemeſſen dürfen. Dieſen Verteidigungskampf aber habe Deutſchland in Ehren beſtanden. Noch iſt es nicht entſchieden, ob der von der Reichsleitung unternommene Schritt wirklich den Frieden bringen wird, der uns unſer Leben läßt. Denn nicht jeden Frieden werden wir annehmen. Ein Friede, der uns unſer Volk zerſtückeln wollte, der unſerer Zuſammengehörigkeit und unſeren wirtſchaftlichen Bedingungen das Leben raubte, wäre nicht zu ertragen. Er müßte die letzten Kräfte zur Entſcheidung wachrufen.
>
> Deutſchland hat ſich nunmehr **auf den Boden des Prgramms Wilſons** geſtellt, aber in der Erwartung, daß die dort aufgeſtellten Grundſätze nach allen Seiten gerechte Anwendung finden werden. Unwürdige demütigende Zumutungen wären mit dieſen Grundſätzen nicht vereinbar. Die weitgehenden Zugeſtändniſſe Deutſchlands ſind in der Erwartung gemacht, daß der Friede ein Friede der Völkerverſöhnung, getragen vom Geiſte der Rechtlichkeit, und ein dauernder Friede ſein werde. Würden uns nun Bedingungen zugemutet, die in entehrender Weiſe unſere nationalen Lebensbedingungen zu verkümmern drohen, dann würde ein neuer Sturm der Entrüſtung ſich im ganzen Reiche erheben. Das deutſche Heer und das deutſche Volk ſeien nicht ſo zermürbt, daß ſie ſich gegen eine Vergewaltigung nicht mehr zu wehren vermöchten. Die ganze Nation würde einig ſein in dem Willen, das Vaterland vor Schande und vor Untergang bis zum Aeußerſten zu verteidigen.

Erſte Wirkungen der Amneſtie.

Kurt Eisner und Pilſudski aus der Haft entlaſſen.

Wie aus München gemeldet wird, iſt der unabhängige Sozialdemokrat Kurt Eisner, der bei der Streikbewegung im Januar verhaftet wurde und ſich ſeitdem in Unterſuchungshaft befand, auf Weiſung des Strafſenats im Reichsgericht geſtern abend entlaſſen worden.

Nach übereinſtimmenden Blättermeldungen befindet ſich auch Genoſſe Johann Pilſudski, der Führer der polniſchen Legion, wieder in Freiheit.

Wie Kundgebungen fabriziert werden.

Die alldeutſche Preſſe verbreitet ein Telegramm, das angeblich die Arbeiterausſchüſſe des Steinkohlenbergwerks Zollverein, Katernberg bei Eſſen, an den Reichskanzler gerichtet haben: „Das Volk wartet nur auf den Ruf der Regierung, um ſich zu erheben wie ein Mann." Und der Arbeiterausſchuß eines großen Handelshauſes in Velbert ſoll an den Prinzen Max gedrahtet haben, das deutſche Volk wolle lieber in Ehren untergehen, als vor der Geſchichte jammervoll feige erſcheinen, verflucht von Kindern und Enkeln. Das ſollen nur zwei Proben aus Tauſenden ähnlicher Kundgebungen ſein.

Jetzt erklärt der Arbeiterausſchuß der Firma Fr. Karl vom Bruck in Velbert, die in Frage kommt, weder er noch die Arbeiter der Firma hätten Derartiges unterſchrieben. Und die Arbeiterausſchüſſe des Bergwerks ſtellen feſt, daß ſie die Direktion zwar ermächtigt hätten, dem neuen Volkskanzler das Vertrauen der Arbeiterſchaft auszuſprechen, den Wortlaut der Kundgebung aber weder geſehen noch gebilligt hätten. Wozu der Schwindel? Damit diskreditiert man nur von vornherein einen Entſchluß, der, wenn er gefaßt werden müßte, den denkbar höchſten Ernſt und die denkbar tiefſte Tragik vorausſetzte.

Ein Aufruf der Konſervativen.

Die konſervative Reichstagsfraktion legt großen Wert darauf, öffentlich feſtzuſtellen, daß der Friedensſchritt der Regierung nicht mit ihrem Einverſtändnis erfolgt iſt. Gleichzeitig aber erläßt ſie einen Aufruf, in dem ſie behauptet, von dem Wunſche durchdrungen zu ſein, dem fürchterlichen Morden des Krieges ein Ende zu bereiten und den Völkerfrieden herbeizuführen. Ihr nächſter Schritt hierzu beſteht darin, daß ſie ſich bemüht, den Friedensſchritt der deutſchen Regierung bereits jetzt als völlig geſcheitert hinzuſtellen. Zu dieſem Zweck ſcheut ſich der Aufruf nicht vor beweisloſen Behauptungen wie folgender:

> Die Bedingungen, die der Präſident ſtellt, **laſſen in Verbindung** mit ſeinem ganzen Verhalten nur folgende Auslegung zu: Er will die Forderungen bis zur vollen Kapitulation, bis zur Auslieferung unſerer U-Boote und unſerer Rüſtung zu Lande und bis zur Vernichtung der deutſchen Kaiſermacht weiter emporſchrauben, um uns dann den Frieden der vollen Unterwerfung mit Abtretung von Elſaß-Lothringen und von Teilen der Oſtmark und Uebernahme vernichtender Kriegsentſchädigungen aufzuerlegen.

Wilſons letzte Note findet durchaus nicht unſeren Beifall, aber es muß doch nachdrücklichſt feſtgeſtellt werden, daß derartige Auslegungen einfach Stimmungsmache ſind und jeden Boden des Tatſächlichen verlaſſen. Sie ſind auch nur die Einleitung zu einem Aufruf zu den Waffen, unterzeichnet Graf Weſtarp und v. Heydebrandt.

Die Herren haben große Eile. Zu dieſem Appell wird die Zeit gekommen ſein, wenn die deutſche Regierung, nicht wenn ſie die Verhandlungen für geſcheitert erklären. Und auch dann ſind die Namen Weſtarp und Heydebrandt die denkbar ungeeignetſten, um den Volksmaſſen irgend welche Begeiſterung einzuflößen.

Nationaliſtiſche Kundgebung.

Der unabhängige Ausſchuß für einen deutſchen Frieden.

Der berüchtigte „Unabhängige Ausſchuß für einen deutſchen Frieden", der ſo viel zum Unheil unſeres Landes beigetragen hat, hielt geſtern im Abgeordnetenhauſe eine Verſammlung ab. Fuhrmann, Dietrich Schäfer und D. Traub hielten heftige Reden. Mit Wilſon, der Deutſchland beſchimpft habe, dürfe es keinen Frieden geben, der U-Boot-Krieg müſſe weitergeführt, die beſetzten Gebiete dürften nicht geräumt werden, ein unabhängiges Polen ſei für Deutſchland ebenſo gefährlich wie eine engliſch-franzöſiſch-amerikaniſche Armee. Lieber in Ehren untergehen, als in Schande leben! Für die gegenwärtige Lage wurde natürlich die neue Regierung verantwortlich gemacht, obwohl ſie dieſe Lage bei ihrem Antritt ſchon vorfand und im Einverſtändnis mit der Oberſten Heeresleitung die Konſequenzen aus ihr zog. Eine Reſolution im Sinne jener Reden wurde angenommen.

Wir können nur wiederholen, daß das Treiben jener Kindsköpfe gefährlicher iſt denn je. Niemand kann wiſſen, ob nicht wirklich noch letzte Anſtrengungen zur nationalen Verteidigung nötig ſein werden, jede dahin gerichtete Politik wird aber durch die alldeutſchen Schreier kompromittiert. Käme es ihnen wirklich darauf an, dem ſchwerbedrohten Vaterland zu nützen und nicht vielmehr darauf, ſich nach alter Manier als die allein echten Patrioten zu empfehlen, ſo würden ſie wiſſen, was ihnen hier zu tun übrig geblieben iſt, und würden wenigſtens jetzt den Mund halten!

Zuſatzrenten auf dem Papier.

Die Abgeordneten **Davidſohn** und **Stücklen** (Soz.) haben an den Reichskanzler folgende Anfrage gerichtet:

> Gemäß der Verfügung des Königl. preußiſchen Kriegsminiſters vom 22. Juli 1918 ſind den Kriegsbeſchädigten vom 1. Juli 1918 an Zuſatzrenten zu gewähren. Im Kreiſe Bomſt und in anderen Kreiſen ſind dieſe Zuſatzrenten nicht gezahlt worden. Anfragen der bezugsberechtigten Kriegsbeſchädigten blieben unbeantwortet.
>
> Iſt dem Herrn Reichskanzler dieſe Nichtbeachtung einer behördlichen Verfügung bekannt? Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um der Verfügung Geltung zu verſchaffen?
>
> Auch der „Reichsbund der Kriegsbeſchädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer" führt in einer Eingabe an das Kriegsminiſterium darüber Beſchwerde, daß die Teuerungszuſchläge der Schwerbeſchädigten vielfach noch nicht zur Auszahlung gelangen. Woran liegt das?

Die letzte Wahl unter dem Dreiklaſſenwahlrecht? Bei der Landtagserſatzwahl, die am Montag im Wahlkreiſe Daun-Prüm-Bitburg ſtattfand, wurde Gutsbeſitzer Reyſes (Ztr.) mit allen abgegebenen Stimmen gewählt.

Zur heutigen Straßenkundgebung Unter den Linden, über die wir im Beiblatt berichten, wird noch gemeldet, daß im ganzen drei Verhaftungen vorgenommen wurden.

Der Herr Profeſſor. „Wir ſind zu ſchüchtern", ſo belehrt uns ein Profeſſor Dr. K. Dove im roten „Tag": „wir erſchrecken vor uns ſelbſt, wenn wir uns als die rechtmäßigen Beſitzer eines Mehr von 5—6 Millionen Quadratkilometern denken ſollen." Der Herr hält nämlich jetzt den Augenblick für gegeben, ein ſolches Mehr an Kolonialgebiet zu fordern. Wahrlich, Herr Dove führt den Profeſſorentitel zu recht!

Letzte Nachrichten.

Die Kämpfe im Maasgebiet.

Amerikaniſcher Bericht vom 15. Oktober. Wir ſetzten unſere Angriffe zu beiden Seiten der Maas gegen den zähen Widerſtand des verſtärkten Feindes fort. Oeſtlich der Maas gewannen die Franzoſen und amerikaniſche Truppen Gelände. Weſtlich des Fluſſes machten wir weſentliche Fortſchritte, nahmen auch den Hügel 299, der dreimal aus der einen Hand in die andere überging. Wir brachen die Brunhild-Stellung an neuen Punkten.

Gewerkſchaftsbewegung

7. Verbandstag der Steinarbeiter Deutſchlands.

Im Leipziger Volkshauſe traten Montag früh 23 Delegierte, 2 Vertreter des Hauptvorſtandes, 8 Gauleiter und je 1 Vertreter der Redaktion, des Verbandsausſchuſſes ſowie der Reviſoren zuſammen, um die reichhaltige Tagesordnung zu beraten. Für die Generalkommiſſion iſt **Knoll**-Berlin, für die Bauarbeiterſchutzkommiſſion **Heinke**-Berlin anweſend.

Starke, Vorſitzender, erläuterte den gedruckt vorliegenden Geſchäftsbericht. Einen Auszug aus dem Geſchäftsbericht brachten wir bereits im Vorbericht. Redner bedauerte, daß es dem Vorſtand leider nicht möglich war, für die Steinarbeiter die Schwerſtarbeiterzulage herauszuholen, da die maßgebenden Behörden die Steinarbeiter nicht als Schwerſtarbeiter anerkennen; wohl deshalb nicht, weil die wenigſten Kreiſe die ſchwere Arbeit der Steinarbeiter kennen. Im weiteren betonte er, daß nach ſeiner Anſicht die kriegsbeſchädigten Steinarbeiter ſich wohl zur Hauptſache anderen Induſtrien zuwenden werden, da ein einarmiger Steinarbeiter kaum denkbar iſt; eher kann ein einbeiniger Kriegsbeſchädigter wieder im Steinarbeiterberuf beſchäftigt werden.

Für die Kaſſe berichtete **Walther**, Leipzig. Auch hierüber brachten wir bereits die Hauptzahlen im Vorbericht. Es berichtete dann noch Staudinger für die Redaktion, Kampfrad-Leipzig für die Reviſionskommiſſion und Lehner-Poſta für den Verbandsausſchuß.

Die Debatte wurde von Leich-Heidingsfeld eröffnet.

Starke führt nachträglich aus, daß es der Vorſtand gefliſſentlich unterlaſſen habe, zum Richtungsſtreit in der politiſchen Arbeiterbewegung Stellung zu nehmen. Sagen aber müſſe er, daß die Politik der Gewerkſchaften keine andere ſein konnte, als ſie geweſen iſt. Dieſe Stellung wird jetzt am beſten gerechtfertigt durch die Vorgänge auf innerpolitiſchem Gebiet, wodurch die Arbeiterbewegung endlich in die Lage verſetzt iſt, die Geſtaltung ihres Schickſals ſelbſt zu lenken. — Ein Redner tadelt das verkehrte Sparſyſtem des Vorſtandes während der Kriegszeit, das vom Verbandsausſchuß unterſtützt wurde. Die Entlaſſung von Gauleitern ſei ein Fehler geweſen. Auch die Entziehung der Gehälter an zum Heeresdienſt eingezogene Beamte ſei zu tadeln und müſſe nach ſeiner Anſicht das Gehalt nachgezahlt werden. Von anderer Seite wurde gegen den Burgfrieden geſprochen. — Damit hätte die Arbeiterſchaft eine ſcharfe Waffe aus der Hand gegeben.

Mehrfort-Löbau dagegen tadelt die Druckverlegung des Fachorgans; da die „Leipziger Volkszeitung" die Gewerkſchaften immer auf den rechten Weg gewieſen habe. Im übrigen ſei er mit Ausnahme der Gauleiterentlaſſung, mit den Maßnahmen des Vorſtandes einverſtanden. — An der weiteren Debatte beteiligen ſich noch Herrmann-Köln und Liewig-Hannover.

Knoll-Berlin, der Vertreter der Generalkommiſſion wendet ſich gegen die Kritik, die an dem Burgfrieden der Gewerkſchaften von einem Redner geübt worden iſt. Ebenſo auch gegen die Ausführungen eines anderen Redners, der die „Leipziger Volkszeitung" als beſte Wegweiſerin der Gewerkſchaften hingeſtellt hatte. Er iſt der Anſicht, daß dann, wenn die Gewerkſchaften der „Leipziger Volkszeitung" gefolgt wären, wohl heute wenig mehr von einer Gewerkſchaftsbewegung zu reden ſein würde.

Henze-Leipzig beſpricht ausführlich die Druckverlegung des Fachorgans und tadelt die Antwort, die der Vorſtand dem Leipziger Beſchwerdeführer dieſerhalb zuteil werden ließ. Redner betont, daß die Kollegen, wenn ſie auch jetzt dieſer Frage nicht mehr ſoviel Aufmerkſamkeit ſchenken, ſicher nach Kriegsbeendigung ſich wieder ſtärker mit dieſer Frage beſchäftigen werden.

Die weiteren Ausführungen der Delegierten ſtimmen zur Hauptſache den Vorſtandsberichten zu.

*

Am zweiten Verhandlungstage wurde die Debatte fortgeſetzt.

Erlacher-München meint, daß man dem Vorſtand wegen Zeichnung der Kriegsanleihe einen Vorwurf machen könne. Die Haltung des Fachorgans iſt in Bayern mit Freude begrüßt worden; der Redakteur verdiene Anerkennung, daß er es verſtanden habe, den politiſchen Richtungsſtreit aus dem Organe fernzuhalten. Die Kündigung der Gauleiter halte auch er für einen großen Mißgriff; im Intereſſe des Verbandes müſſen die Gaue wieder ihre angeſtellten Gauleiter haben.

Leich-Heidingsfeld ſprach ziemlich ſcharf gegen die Generalkommiſſion, vor allem gegen die Zuſtimmung zum Hilfsdienſtgeſetz, das doch wirklich ein Knebelungsgeſetz für die Arbeiter ſei. Redner erkennt jedoch an, daß die Spaltung der politiſchen Partei die Arbeiterklaſſe rieſig geſchädigt habe, und daß eine Spaltung in der Gewerkſchaftsbewegung von noch größerer Tragweite für die Arbeiterſchaft ſein werde.

Hirte-Berlin iſt mit dem Vorſtandsbericht im allgemeinen zufrieden; er hält die Entlaſſung der Gauleiter für einen Fehler. Nach ſeinen Erfahrungen als Mitglied eines Schiedsgerichts ſei das Hilfsdienſtgeſetz nicht ſo zu tadeln, wie Leich es getan habe; in manchen Fällen kommen die Hilfsdienſtpflichtigen eher zu ihrem Rechte, als vor manchem Gewerbegericht.

Poth-Frankfurt ſprach ebenfalls im Sinne der Berichterſtatter und zur Druckverlegung des Organs, er betonte, daß er ſehr wünſche, daß eine Wiedervereinigung der ſtreitenden Richtungen ſtattfinde, aber ſoweit gehe ſeine Selbſtüberwindung nicht, daß er es befürworten könne, den Druck der Zeitung einem Verlag zu übergeben, der den andern Teil der Arbeiter ſtändig beſchimpft.

In ſeinem Schlußwort ſprach **Starke** beſonders noch zum Hilfsdienſtgeſetz und für die Wiedereinſtellung der Gauleiter; ſeine Ausführungen ſchloſſen mit warmen Worten der Anerkennung für die Mehrheitspolitik. Auch **Staudinger** bekannte ſich rückhaltslos zur Politik der Mehrheit, an der er auch in Zukunft unbedingt feſthalten werde.

Der Antrag auf Rückverlegung des Drucks des Fachorgans in den Verlag „Leipziger Volkszeitung" wurde mit 18 gegen 4 Stimmen abgelehnt.

Darauf wurde dem Vorſtand einſtimmig Entlaſtung erteilt.

Zur Statutenberatung hielt Starke das einleitende Referat. Er empfahl die vorgelegte Vorſtandsvorlage, die eine minimale Beitragserhöhung von 10—30 Pf. vorſieht, zur Annahme. Auch die Unterſtützungsſätze ſollen ein wenig erhöht werden; weiter wird empfohlen, die Kranken- und Erwerbsloſenunterſtützung zu trennen.

In der Generaldebatte kam zum Ausdruck, daß die Mehrzahl der Redner der Vorſtandsvorlage zuſtimmt. Um kleine Anregungen und Monitas des Verbandstages zu berückſichtigen wird die Vorſtandsvorlage einer Kommiſſion zur engeren Beratung überwieſen.

Ueber Tarifweſen und Teuerungszulagen referierte Redakteur Staudinger; ſeine Ausführungen ſind in nachſtehender Reſolution zuſammengefaßt:

„In der Steininduſtrie hat erfreulicherweiſe die Entwicklung des Tarifweſens in den Jahren vor dem Kriege einen hervorragenden Platz eingenommen. Bedauerlicherweiſe hat aber mit dieſer Entwicklung die Einführung von Einheitstarifen nicht den gleichen Erfolg zu verzeichnen.

Nachdem nun der Zuſammenſchluß verſchiedener Verbände in der Steininduſtrie zur Ausführung gekommen iſt, erwarten die organiſierten Steinarbeiter, daß das Tarifweſen einheitlicher geſtaltet wird.

Der Verbandsvorſtand wird beauftragt, wie aus den geſtellten Anträgen hervorgeht, das einheitliche Tarifweſen auch in der Pflaſterſteininduſtrie zu fördern. Um dieſe wichtige Frage zu beſchleunigen, iſt es nötig, daß die betreffenden Vorlagen im Hauptbureau zur Ausarbeitung gelangen, denn nur durch die Vorlegung von Tarifmuſtern iſt ein ſchnelleres Tempo der ſchon längſt ſpruchreifen Frage zu ermöglichen. Der Verbandstag erwartet, daß die Herren Unternehmer für die Schleifereibetriebe, ſowie die bayriſchen Granitwerkſteininduſtriellen alles anbieten, daß die in Bälde zu erwartenden Verhandlungen ſchnell von ſtatten gehen.

Mit Genugtuung nimmt der Verbandstag davon **Kenntnis**, daß ſich nunmehr auch der Deutſche Steininduſtrieverband ohne jegliche Einſchränkung für die Schaffung von Einheitstarifen ausgeſprochen hat."

Seine Ausführungen klingen in der Verſicherung aus, daß der Vorſtand alle Bemühungen um Erhöhung der Teuerungszulagen weiteſtgehend unterſtützen würde.

Die Sitzung wurde auf Mittwoch früh vertagt.

Gewerkſchaftliche Arbeitsloſenfürſorge.

Das **Mainzer** Gewerkſchaftskartell richtete im Intereſſe der Arbeitsloſenfürſorge nachſtehende Eingabe an den Oberbürgermeiſter und die Stadtverordnetenverſammlung in Mainz:

„Nach menſchlichem Ermeſſen dürfte der Weltkrieg in abſehbarer Zeit ſein Ende erreichen. Die Umſchaltung unſeres ganzen Wirtſchaftslebens von den Kriegs- zu den Friedensverhältniſſen wird längere Zeit in Anſpruch nehmen und große Arbeitsloſigkeit im Gefolge haben. Schon in normalen Zeiten drückt die Arbeitsloſigkeit ſehr ſchwer; um ſo mehr aber nach der langen Kriegsdauer, wo ein großer Teil der Bevölkerung völlig verarmt iſt. Ganz beſonders hart würde die Arbeitsloſigkeit die ſeit Jahren im Felde ſtehenden Männer und deren Familien treffen. Die Arbeitsloſigkeit, verbunden mit weiterem Umſichgreifen von Not und Elend, trägt die größten Gefahren für eine gedeihliche Weiterentwicklung des wirtſchaftlichen Aufbaus im Innern Deutſchlands in ſich. Es muß daher Vorſorge getroffen werden, die von der wirtſchaftlichen Kriſe Betroffenen vor der äußerſten Not zu bewahren. Das deutſche Volk hat ſich im Laufe des Krieges, noch mehr als in früheren Jahren, ein Anrecht erworben, vor Not und Elend geſchützt zu werden.

Da eine reichsgeſetzliche Arbeitsloſenfürſorge noch nicht beſteht, es auch ſehr fraglich iſt, ob bis zu dem kritiſchen Zeitpunkt eine ſolche geſchaffen wird, halten wir es für dringend notwendig, daß die ſeinerzeit von der Stadtverordnetenverſammlung beſchloſſene Arbeitsloſenfürſorge ausgebaut wird.

Wir richten daher an den Oberbürgermeiſter der Stadt Mainz und die Stadtverordnetenverſammlung die dringende Bitte, Maßnahmen zu treffen, daß den Arbeitsloſen Arbeitsgelegenheit bei den vielen durch den Krieg rückſtändigen Arbeiten in den ſtädtiſchen Betrieben gegeben wird. Ferner bitten wir, genügende Mittel zur Erbauung von Wohnhäuſern bereitzuſtellen, um auch hierdurch die Arbeitsloſigkeit zu vermindern und gleichzeitig der Wohnungsnot zu ſteuern.

Da aber all dieſe Maßnahmen nicht ausreichen, alle Arbeitsloſen zu beſchäftigen, bitten wir, die für die Arbeitsloſen der Stadt Mainz geltenden **Unterſtützungsſätze zu erhöhen** und der verminderten Kaufkraft des Geldes anzupaſſen.

Es dürfte ſich ferner empfehlen, mit den maßgebenden Behörden der umliegenden Kreiſe wegen Schaffung von Arbeitsgelegenheit und einheitlicher Unterſtützungsſätze für die Bewohner der Umgegend von Mainz in Verbindung zu treten, um hierdurch den Zuſtrom der Arbeitsloſen von dem flachen Lande nach der Stadt zu unterbinden.

Weiterhin wären Anweiſungen ergehen zu laſſen, daß bei dem ſpäterhin erfolgenden Abbau der durch die Stadt geſchaffenen kriegswirtſchaftlichen Betriebe und bei Entlaſſungen in den verſchiedenen ſtädtiſchen Betrieben beſchäftigten Aushilfsarbeiter auf die ſoziale und wirtſchaftliche Lage der Betreffenden Rückſicht genommen wird."

Viſitation des Arbeiters.

Ein Maſchinenführer in einer Berliner Zigarettenfabrik hatte ſich zwei Päckchen Zigaretten angeeignet. Er iſt deshalb von dem Fabrikanten verwarnt, aber nicht entlaſſen worden, doch wies der Fabrikant ſeinen Geſchäftsführer an, ein wachſames Auge auf den Maſchinenführer zu haben, der übrigens in dem Verdacht ſtand, ſchon früher Zigaretten entwendet zu haben. Eines Abends, als der Maſchinenführer im Begriff ſtand, die Fabrik zu verlaſſen, rief ihn der Geſchäftsführer ins Kontor, um ihn zu viſitieren. Der Maſchinenführer weigerte ſich, dieſem Anſinnen ſtattzugeben, er wurde deshalb entlaſſen und klagte beim Gewerbegericht auf 225 M. Schadenerſatz wegen kündigungsloſer Entlaſſung. Das Gericht verurteilte den Fabrikanten zur Zahlung des Betrages mit der Begründung: Der Diebſtahl wäre an ſich ein Grund zur ſofortigen Entlaſſung, er kann aber jetzt nicht mehr als Entlaſſungsgrund geltend gemacht werden, weil er dem Beklagten ſchon länger als eine Woche bekannt iſt. Die Weigerung, ſich viſitieren zu laſſen, iſt kein Entlaſſungsgrund, denn eine Vereinbarung, wonach ſich der Kläger einer Viſitation zu unterziehen habe, iſt nicht getroffen worden. Der Kläger war alſo nicht verpflichtet, ſich viſitieren zu laſſen.

Ein Akt gewerkſchaftlicher Solidarität.

Die Kohlenerſparnis hat zur teilweiſen Betriebseinſchränkung in der Glasinduſtrie geführt, und ſo wurden auch die Glashütten in Friedrichsthal an der Saar, Louiſenthal an der Saar und St. Ingbert in der Pfalz ſtillgelegt. Die Firmen erhielten nur die notdürftigſten Kohlenmengen, um die Oefen unter Feuer zu halten, denn bei einer gänzlichen Stillegung iſt der mit ſehr hohen Koſten erbaute Glasofen faſt völlig ruiniert. Die Glasmacher wurden von den Firmen nicht entlaſſen, denn es hält bei der Betriebsaufnahme ſehr ſchwer, gelernte Arbeitskräfte zu erhalten; die Glasmacher erhielten als Entſchädigung 70 Proz. ihres bisherigen Arbeitsverdienſtes.

Leider waren alle Bemühungen, die Betriebe wieder regelmäßig mit Kohle zu beliefern, vergeblich, denn der Reichskohlenkommiſſar erklärte, daß erſt der Hausbrand und alle kriegswichtigen Betriebe beliefert werden müßten. Da der Verdienſtausfall für die Glasarbeiter immerhin erheblich war, ſo wandten ſich die organiſierten Glasarbeiter von Friedrichsthal an den freien und an den chriſtlichen Verband der Bergarbeiter mit dem Antrage, für die Glashütte Friedrichsthal eine Ueberſchicht im Monat zu verfahren, um dieſen Betrieb mit Kohle zu beliefern. Die Bergarbeiter haben dem entſprochen und ſich bereit erklärt, die Ueberſchicht auszuführen, ſo daß damit die Glashütte in Friedrichsthal wieder mit Kohle beliefert wird. Dieſe Schicht ſoll aber nur dann ausgeführt werden, wenn der Reichskohlenkommiſſar die ſo geförderte Kohle der Glasfabrik Friedrichsthal überweiſt. Die Direktion der Glasfabrik Friedrichsthal iſt gemeinſam mit der Vertretung des Verbandes der Glasarbeiter beim Reichskohlenkommiſſar in dem Sinne vorſtellig geworden; ſie erhielten eine Zuſicherung, daß dem ſtattgegeben wird.

Die Direktion der Glashütte wollte darauf „für die von den Bergarbeitern geleiſtete Ueberſchicht den Bergarbeitern eine beſondere Lohnzuwendung machen. Dies haben die Bergarbeiter nicht angenommen, ſondern ſie erklärten, daß, wenn die Möglichkeit zu Lohnerhöhungen beſteht, dieſe den Glasarbeitern zu gewähren ſei.

Die Mehrleiſtung der Arbeit durch die Bergarbeiter iſt um ſo höher anzuſchlagen, weil dieſe bei ihrer ſchweren Arbeit unter den Ernährungsſchwierigkeiten leiden, ſich aber trotzdem entſchloſſen haben, dieſe Arbeit auszuführen. Ein Akt ſchöner Solidarität!

Um die Betriebe in Louiſenthal und St. Ingbert aufnehmen zu können, ſind weitere Verhandlungen mit den in Betracht kommenden Organiſationen der Bergarbeiter eingeleitet.

Bayeriſcher Parteitag.

Nach einer ſehr regen Ausſprache über die Vorträge der Genoſſen **Segitz** und **Timm** gelangten nachſtehende Anträge zur Annahme: I. Die Lieferungsverbände ſollen angewieſen werden, die Familienunterſtützung an alle Kriegerfamilien gleichmäßig zu zahlen. II. Die Volksernährung betreffend wird gefordert: 1. Schärfere Bekämpfung des Wuchers und Schleichhandels. 2. Oeffentliche Bewirtſchaftung aller Gegenſtände des täglichen Bedarfs. 3. Vollſtändig freie Entwicklungsmöglichkeiten der Verbrauchergenoſſenſchaften (Konſumvereine) auch für Gemeinde- und Staatsbeamte. 4. Aufteilung des Großgrundbeſitzes und Aufhebung der Fideikommiſſe. 5. Schärfſte Bekämpfung aller indirekten Steuern, insbeſondere ſolcher auf Lebensmittel und alle notwendigen Bedarfsartikel. Ebenſo wurde angenommen ein Antrag, der verlangt, daß die durch militäriſche Einberufungen unterbrochenen Lehrverhältniſſe allenfalls durch Notprüfungen der in Frage kommenden Lehrlinge einen entſprechenden Abſchluß finden ſollen, ſowie ein weiterer Antrag, der die Umwandlung des Kriegsernährungsamts in ein Reichsernährungsamt wünſcht.

Von den übrigen Anträgen, die der Parteitag ebenfalls annahm, iſt zu erwähnen ein Antrag, der eine Entſchädigung der Gemeindevertreter befürwortet. Außerdem ein Antrag **Auer**, der die Militärgerichtsbarkeit berührt und die Reichstagsfraktion erſucht, baldmöglichſt eine Vorlage über eine Reviſion des Militärſtrafgeſetzbuches und der Militärſtrafgerichtsordnung einzufordern, in der insbeſondere die Aufhebung des Syſtems der Mindeſtſtrafen, eine Berückſichtigung der geminderten Zurechnungsfähigkeit und eine Erweiterung der Rechte der Angeklagten vorgeſehen iſt.

Der Landesvorſtand ſetzt ſich auf Grund der vorgenommenen Wahl künftig aus folgenden Genoſſen zuſammen: **Auer**-München, 1. Vorſitzender, Franz **Schmitt**-München, 2. Vorſitzender, **Treu**-Nürnberg und **Körner**-Ludwigshafen, Beiſitzer. Der Landesſekretär wird von dem Landesvorſtand im Einvernehmen mit dem Landesausſchuß beſtimmt. Mit einer zündenden Anſprache und einem begeiſtert aufgenommenen Hoch auf die völkerbefreiende Sozialdemokratie ſchloß der Vorſitzende die bedeutungsvolle Tagung.

Parteinachrichten.

Eine Parteiverſammlung des 16. ſächſ. Reichstagswahlkreiſes nahm am Sonntag mit großem Beifall ein Referat des Abgeordneten Genoſſen **Roßke** über die politiſche Lage des Landes entgegen, in welchem der Redner in großen Umriſſen die Umſtände darlegte, unter denen der Eintritt von Sozialdemokraten in die Regierung erfolgte. Genoſſe Roßke betonte am Schluſſe ſeiner intereſſanten Ausführungen:

Es iſt eine ſchamloſe Verleumdung, wenn ein Blatt der Unabhängigen ſchreibt, die Teilnahme von Sozialdemokraten bedeute einen Verkauf der Arbeiterintereſſen an die Kapitaliſten.

Nicht wir haben uns mit unſeren Anſchauungen dem Bürgertum genähert, ſondern bürgerliche Parteien mußten ſich notgedrungen **ſozialdemokratiſcher Denkweiſe anpaſſen**. Wir bleiben Demokraten und Sozialiſten. Wir haben den Arbeitern ſtets erklärt, daß wir die Durchführung unſerer Forderungen auf friedlichem, geſetzlichem Wege wünſchen. Tauſendemal haben wir betont, daß wir den Gedanken an eine Heugabel-Revolution ablehnen. Nicht auf einem Trümmerhaufen wollten wir die ſozialiſtiſche, demokratiſche Geſellſchaft errichten, ſondern im organiſchen Umbau die bürgerliche Ordnung oder Unordnung beſeitigen. . . . Daß unſere Genoſſen in den Reichsämtern im Intereſſe des Proletariats Erſprießliches leiſten können, wird ſich zeigen. Reifen können die Früchte ihrer Arbeit nur allmählich. Selbſtverſtändlich muß der demokratiſchen Spitze des Reiches ein breiter, feſter Unterbau gegeben werden, wenn Gutes geleiſtet werden ſoll. Der Eintritt der Sozialdemokraten in die Regierung war, was unbedingt zu beachten iſt, eine **Notſtandsaktion**. Nichts verpflichtet uns zu dauerndem Zuſammenarbeiten mit bürgerlichen Parteien. Ihre **vollſtändige Bewegungsfreiheit** haben Partei und Fraktion ſich bewahrt. Beſchließt die Mehrheit der Regierung etwas, was unſere Genoſſen glauben nicht verantworten zu können, werden ſie nicht zögern, ſofort aus der Regierung auszutreten. Es iſt kein idealer Zuſtand, daß Männer ſehr verſchiedener Weltanſchauung ſich zu einer Regierung zuſammenfinden. Das bedingt gewiſſe Rückſichtnahme. Uns wäre es lieber, wenn wir ganze ſozialdemokratiſche Arbeit machen könnten. Dazu ſind wir jetzt nicht in der Lage, weil wir im Reiche in der Minderheit ſind. An den Arbeitern und Proletariern liegt es, durch raſtloſe politiſche Arbeit ſich bei den nächſten Wahlen eine ſozialdemokratiſche Reichstagsmehrheit und ſolche Mehrheit im Landtag und in den Gemeinden zu ſchaffen. Dann werden wir auf die volle Demokratie und auf den Sozialismus nicht mehr lange zu warten brauchen.

Der leitende Redakteur der „Dresdener Volkszeitung", Genoſſe Dr. **Gradnauer**, beabſichtigt, in den nächſten Monaten ſeine Stellung zu verlaſſen, um, wie die „Volkszeitung" mitteilt, einem Rufe nach Berlin zu folgen, wo er ſich beſſer ſeiner parlamentariſchen Tätigkeit und der allgemeinen Parteiarbeit widmen kann.

Eine machtvolle Friedenskundgebung,

an der ſich etwa 7—8000 Perſonen beteiligten, fand am Sonntag in **Duisburg** ſtatt. Die Räume der Tonhalle erwieſen ſich als viel zu klein, die heranflutenden Menſchenmaſſen zu faſſen, weshalb noch eine Parallelverſammlung in den Gartenanlagen abgehalten wurde. Die Referenten beider Verſammlungen, die Genoſſen **Marckwald** und **Schluchtmann**, löſten durch ihre Ausführungen unter den Anweſenden ſtürmiſchen Beifall aus.

Hermann Brecour, der verantwortliche Redakteur und langjährige Berichterſtatter unſeres Kieler Parteiorgans, iſt am Dienstag, den 15. Oktober, ein Opfer der jetzt die Welt heimſuchenden Grippe geworden. Der Verſtorbene hat nur ein Alter von 37 Jahren erreicht und hinterläßt eine Frau und einen kleinen Sohn. Redaktion und Verlag der „Volkszeitung" gedenken des ſo ſchnell Verſtorbenen ob ſeiner gewiſſenhaften Pflichterfüllung in ehrender Weiſe.

Eingegangene Druckſchriften.

Die aufgeführten Bücher können durch die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenſtraße 3, bezogen werden.
(Die Anzeige der Bücher gilt jedoch nicht als Empfehlung.)

Soziales Muſeum Frankfurt a. M., 15 Jahresbericht 1917. Herausgegeben vom Vorſtand. 50 Pf. Selbſtverlag.

Ratcliff. Tragödie von Heinrich Heine. Muſik von Vollmar Andreä. Textbuch und Muſikauszug zu beziehen von Adolf Fürſtner, Muſikverlag Berlin W 10, Viktoriaſtr. 34a.

Wohnungsgeſetz von Schmittmann. 6 M. J. Guttentag, Verlagsbuchhandlung G. m. b. H., Berlin W 10.

Weltpolitik und Weltgewiſſen von Fr. W. Foerſter. 6,90 M. Verlag für Kulturpolitik.

Die alldeutſche Gefahr von Paul Rohrbach. 1,50 M. Hans Robert Engelmann Verlagsbuchhandlung, Berlin W 15.

Der Handelsboykott gegen Deutſchland in franzöſiſcher Beurteilung von Prof. Dr. H. Großmann. — **Handelsfreiheit oder Zwangswirtſchaft** von Julius Karl Grünhut. — **Der Seidengroßhandel** von Artur Schmidt, ſämtlich im Verlage von Reimar Hobbing.

Verantwortlich für Politik: Erich Kuttner, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Neukölln; für Anzeigen: Theodor Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenſtraße 3.
Hierzu 1 Beilage und Unterhaltungsblatt.